

SOEBEN ERSCHIENEN !!! Zwei Arbeitsmappen

Herausgegeben vom FDCL - Ökumenisch-Missionarisches Institut  
- Evangelische Studentengemeinde

CHRIST SEIN IN LATEINAMERIKA  
CHRIST SEIN HIER

- Arbeitsmappe KOLUMBIEN -
- Arbeitsmappe GUATEMALA -

Preis: jeweils DM 4,- (+ Porto)

Zu beziehen bei: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

SOEBEN ERSCHIENEN !!!

Jether Pereira Ramalho (Hrsg.)  
ZEICHEN DER HOFFNUNG UND DER  
GERECHTIGKEIT (130 S.)

Die Kirche und die  
Armen

Die englische Ausgabe ist beim Weltkirchenrat/Genf erschienen,  
die deutsche Ausgabe beim FDCL, Preis: DM 8,- (+ Porto)

Zu beziehen bei: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

ERSCHEINT IN KÜRZE !!! (Anfang Juni 81)

DAS DEUTSCH-ARGENTINISCHE ATOMGESCHÄFT (ca. 120 S.)

- Aus dem Inhalt:
1. Vertrag zwischen KWU und Argentinien
  2. Geschichte der atomaren Zusammenarbeit BRD - Argentinien
  3. Die Situation in Argentinien
    - a) Verletzung der Menschenrechte
    - b) Wirtschaftliche Situation
    - c) Gewerkschaftsbewegung
    - d) Außenpolitik Argentinien
  4. Die Beziehungen BRD - Argentinien
    - a) wirtschaftliche Beziehungen
    - b) Waffenexporte
  5. Arbeitsplatzsicherung durch Atomexporte?
  6. Aktionen in Canada, in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland

Preis: DM 7,- (+ Porto)

Zu beziehen bei: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 93

## 8. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Mai 1981

Solidaritätspreis DM 3,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**NICARAGUA:** Destabilisierungsplan der USA - Menschenrechte — **EL SALVADOR:** Wirtschaftskrise — **BRASIL:** Gewalt auf dem Lande — **BELIZE:** Unabhängigkeit - **COSTA RICA:** Rechtsruck — **KOLUMBIEN:** Konferenz des CRIC — **BOLIVIEN:** Hat die Junta versagt?

## INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT .....	3
<b>I. BERICHTE</b> .....	4
— BOLIVIEN: Gerangel um die Macht .....	4
— Brasilien: Attentatswelle .....	7
— CHILE: Christdemokratie verurteilt Gewalt gegen Pinochet .....	9
— BELIZE: Auf dem Weg zur Unabhängigkeit .....	11
— GRENADA: Weitere US-Destabilisierungsmaßnahmen .....	16
— KOLUMBIEN: 6. Kongreß des CRIC .....	18
— GUATEMALA: Brief aus Guatemala .....	24
— NICARAGUA: Ein Elektriker erzählt .....	27
<b>II. HINTERGRUND</b> .....	31
— NICARAGUA: Menschenrechte .....	31
»Die marxistische Gefahr in Mittelamerika« .....	35
— EL SALVADOR: Wirtschaftskrise stärkt die Oligarchie .....	40
Projekt Morazan .....	44
Interview mit Guillermo Ungo .....	47
— COSTA RICA: IWF-Politik und Arbeitskämpfe .....	50
Religiöse Subversive oder subversive Religion .....	55
— BRASILIEN: Neuer Prozeß gegen Gewerkschafter .....	58
CONTAG antwortet .....	58
Gewalt von Norden nach Süden .....	59
— CHILE: Die Gurus der »freien Gesellschaft« .....	65
<b>III. SOLIDARITÄT</b> .....	68
Kunst und Politik .....	70
Bücher für Nicaragua .....	71
Aufruf zur Pharma-Kampagne .....	73
Rezension: Gesunde Geschäfte der Krankmacher .....	73
Zeitschriftenschau .....	76

## Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Jahrgang 9 der  
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich  
(mindestens 11 mal im Jahr)

## Redaktion:

Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 7.5.1981

Abo-Preis: DM 35,—/Übersee: DM 60,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung  
Spendenkonto des Chile-Komitees — »Hilfe für Chile«  
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108  
Bankleitzahl 10010010

## Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
c/o FDCL  
Savignyplatz 5  
1000 Berlin 12  
Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-  
theken und Institutionen im Bundesge-  
biet über:  
con Medien- und Vertriebsgesellschaft,  
Postfach 106545,  
Osterstr. 36, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-  
legexemplare erbeten.

## ZU DIESEM HEFT

Wie oftmals in den letzten Monaten müssen wir auch diesmal wieder die aktuelle Entwicklung in Mittelamerika in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellen, und leider wiederum deshalb, weil es keine erfreulichen Nachrichten aus dieser Region gibt. Der Befreiungskampf in El Salvador geht trotz der von den Medien suggerierten "Ruhe" in unverminderter Härte weiter. Daß trotz der Bindung großer Kräfte an den Fronten versucht wird, innerhalb der "kontrollierten, d.h. von Regierungstruppen befreiten Gebiete, eine revolutionäre Verwaltung aufzubauen, schildert unser Bericht. Auf der Gegenseite könnte die Weigerung der Weltbank, weitere Kredite an die Junta abzusichern, dazu führen, daß die ohnehin frei agierenden reaktionären Kräfte vor allem aus der Landoligarchie weiter an Boden gewinnen. Auch in Nicaragua gehen die Versuche zur Destabilisierung der sandinistischen Regierung weiter. Bekannt wurde eine Studie der in den USA ansässigen Heritage-Stiftung, einem Sammelbecken reaktionärer Intelligenz und ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter, in der noch in den letzten Monaten der Carter-Regierung ein genauer Aktionsplan für den Sturz der Sandinisten ausgearbeitet wurde. Außerdem versuchen wir, noch einmal detailliert in einem Beitrag zu dem Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua Stellung zu nehmen.

Am 4. Mai konnten wir im ARD-Fernsehen verfolgen, in welcher dramatischer Weise Mittelamerika zur Zeit versucht, sich der kommunistischen Unterwanderung von Kuba und Nicaragua auszuwidersetzen. Lateinamerika"experte" Jochen Waldmann schilderte, unter welchen mysteriösen Bedingungen beispielsweise ein Flughafen auf der Karibikinsel Grenada gebaut wird, der dazu dienen könnte, die Ölstraße zu kontrollieren. Daher das große Interesse und die Finanzierung durch die Kubaner! Was er nicht sagte, war, daß die Kubaner nur ca. 40% der Kosten tragen und der Rest von der EG kommen soll. Gerade gegen diese geplanten Zahlungen ist die Reagan-Administration kürzlich bei der EG vorstellig geworden.

In Costa Rica wird zur Zeit ein mysteriöses Attentat dazu benutzt, den Weg für eine schärfere "Bekämpfung des Terrorismus" vorzubereiten. In einer Verhaftungsaktion wurde das Evangelium von Solentiname von Ernesto Cardenal als subversive Schrift beschlagnahmt.

Auf dem südamerikanischen Kontinent geht es dagegen weniger um Destabilisierung als um Stabilisierung – von Diktaturen. Die chilenischen Christdemokraten stellten unmißverständlich klar, daß ein gewaltsamer Sturz von Pinochet für sie ein Akt von Terrorismus gleichkäme. Wer erinnert sich nicht daran, daß sie den gewaltsamen Sturz Allendes zur moralischen Pflicht gemacht hatten?!

Die Kabinettsumbildung in Bolivien hat ein Ungleichgewicht in der Ausgewogenheit unter den Kokain-fraktionen der Junta hervorgerufen. Mehr und mehr scheint sich der Eindruck zu bestätigen, daß für die mächtigen Wirtschaftsinteressen weniger ein Garcia Meza als vielmehr ein mögliches Comeback von Hugo Banzer von Vorteil wäre.

In Brasilien würdigte die Rechte den Jahrestag der Machtergreifung des Militärs 1964 auf ihre Weise: eine Welle von Attentaten erschütterte das Land. Wer für die gespannte Atmosphäre verantwortlich gemacht werden muß, ist klar – es sind die Agitatoren der linken Parteien, die die Bevölkerung aufwiegeln. Unser Beitrag verdeutlicht weiterhin, daß die von Figueiredo propagierte "politische Öffnung" auf dem Lande inexistent ist. Gewalt und Vertreibung bilden den Alltag der Landarbeiter von Norden nach Süden.

# BOLIVIEN

## Gerangel um die Macht

Die Regierungsumbildung Ende Februar sollte die umstrittensten Offiziere aus der Schusslinie nehmen und García Meza eine Verschnaufpause verschaffen. Stattdessen kam der Stein ins Rollen, und die Differenzen innerhalb der Militärs wurden noch deutlicher. Durch die Veröffentlichung des Drogenberichts der 'Drug Enforcement Administration' DEA in den USA wurde bestätigt, dass ein viel grösserer Kreis von Militärs und Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung an den Kokaingeschäften beteiligt ist als bisher bekannt war. Bisher waren von jeder der drei grossen Gruppen der Kokain-Mafia Vertreter in der Regierung, und dadurch war ein gewisses Gleichgewicht und damit ein Konsens hergestellt. Nach der Kabinettsumbildung kamen zu den grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen im Militär noch das Machtgerangel innerhalb der Kokain-Mafia hinzu.

Nicht verstumme Spekulationen über einen Rücktritt oder eine Ablösung von García Meza deuten zwar darauf hin, dass sich ein erbitterter Machtkampf an der Staatsspitze abspielt, es aber bisher nicht gelungen ist, einen Kompromisskandidaten zu finden, der mit einer breiten Unterstützung im Militär rechnen kann. Spekulationen, dass mit Arce Gomez auch García Meza gehen muss, weil diese beide aufeinander angewiesen sind, haben sich bisher nicht bestätigt. Stattdessen hat der Diktator seinen übermächtigen Kompagnon aus dem Superministerium (Justiz und Inneres) zunächst auf den nicht minder wichtigen Kommandoposten in der Militärakademie versetzt.

Diese Ernennung führte zu erneuter Unruhe, vor allem unter den entschiedenen Gegnern des allgemein auch unter Kollegen wenig beliebten Arce Gomez. Es war zunächst nicht klar, ob der Aufstandsversuch in der Militärakademie im März ein Versuch von Arce Gomez war, die Macht ganz an sich zu reißen, oder ob damit seine Absetzung erreicht werden sollte. Ganz offensichtlich war die Rebellion aber gegen Arce Gomez gezielt und von einigen opponierenden Offizieren ausgenutzt worden, und allgemein gegen die Gruppe um García Meza gerichtet. Letztendlich konnte sich die regierende Junta ein weiteres Mal durchsetzen, und der Kopf der Rebellion General Cespedes bat in der brasilianischen Botschaft um Asyl. Es ist sicher überzogen, aus der Beteiligung von Cespedes auf Banzers direkte Verwicklung mit der Aktion zu schliessen, nur weil dieser dem Banzer-Lager zugerechnet wird. Es zeichnet sich aber inzwischen immer deutlicher ab, dass die Differenzen im rechten Lager sich an den Gruppen um den Exdiktator Banzer einerseits und um García Meza / Arce Gomez andererseits festmachen. Als Überraschung galt die Umbesetzung des Kommandopostens des II. Armeekorps in Santa Cruz. Anstelle des in Kokaingeschäfte verwickelten Generals Echeverria wurde der bekannte Konstitutionalist Gary Prado Kommandeur.

Nachdem zunächst zwei Politiker aus Banzers Partei zu Ministern ernannt wurden, woraus man eine Unterstützung Banzers für die Junta ableitete, ist die Regierung nach den letzten Ereignissen voll auf Konfrontation zu Banzer gegangen, als dessen Haltung zur Regierung klar wurde. Banzer hat auf einer längeren USA-Reise die Möglichkeiten und Perspektiven für eine US-Unterstützung ausgelotet und dabei festgestellt, dass wenig Aussicht besteht für diese "Coca-Regierung" die volle Unterstützung des State Departement zu erhalten. Banzer greift die Junta inzwischen offen an und wirft ihr Ineffizienz und Korruption vor. Deshalb hat er - darüber besteht keinerlei Zweifel - sich selbst als Möglichkeit für einen politischen Kompromiss dargestellt und in einer Pressekonferenz betont, die Krise müsse politisch und nicht mit Gewalt gelöst werden. Nach seiner Rückkehr wurde Banzer an Ostern unter Hausarrest gestellt. Gleichzeitig wurde der inzwischen zum General beförderte Putsch-Präsident vom November 79 verhaftet. Beiden wirft die Regierung Umsturzpläne vor.

### Hat die Junta versagt?

Inzwischen hat auch der Unternehmerverband Stellung bezogen, indem ein Junta-Freund durch einen Banzer-Anhänger als ihr Vorsitzender ersetzt wurde. Das Verhalten des Unternehmerverbandes und die deutliche Abgrenzung Banzers, der nach dem Putsch lange Zeit nicht klar Stellung bezogen hatte, deuten auf die Krise der Junta und ihre Legitimationsprobleme hin. Es ist dem Regime bisher nicht gelungen, für die Privatwirtschaft die erwarteten günstigen Profitbedingungen zu schaffen und zu garantieren. Nach dem Putsch war allgemein erwartet worden, dass Bolivien eine ähnliche Wirtschaftsentwicklung bevorsteht und bis zu einem gewissen Grad Argentinien.

Es stellte sich aber heraus, dass das Regime nicht fähig war, die angekündigte Politik konsequent durchzusetzen. Die Annäherung an Argentinien kühlte eher ab als dass sie sich intensivierte. Je nach politischer Laune und Opportunität sollte Bolivien den Andenkampf verlassen oder weiter darin mitarbeiten. Die Rohstoffpolitik und die Sanierung der Staatsunternehmen warten weiter auf den seit langem angekündigten Durchbruch für eine grundlegende Sanie-



Die schraffierten Stellen sind die Zentren der Coca-Anpflanzungen und der Verarbeitung zur Paste als Basis für Kokain

rung. Diese Regierung ist der Privatwirtschaft zu unberechenbar, als dass es sich lohnen könnte, auf sie zu setzen. Um eine Wirtschaftsordnung durchzusetzen wie in Chile, sind ausserdem auch andere Bedingungen in Bolivien nicht gegeben. Die Bourgeoisie in Bolivien ist zu schwach, um ohne die substantielle Hilfestellung des Staates die wirtschaftliche Entwicklung tragen zu können.

In dieser Situation scheint es einleuchtend, dass die Unterstützung für Banzer im rechten Lager zunimmt, denn die Privatwirtschaft und viele Staatsbedienstete sind in den sieben Jahren seiner Diktatur gut gefahren. Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, welche der beiden Fraktionen sich langfristig durchsetzt.

Es wäre verfrüht, aus den Differenzen im extrem rechten Lager die totale Unfähigkeit der Bourgeoisie zu erkennen und Hoffnungen für eine Strategie des Widerstandes daraus zu schöpfen. Im Endeffekt sind, besonders durch die unbeschreiblich hohen Einnahmen aus dem Kokainschmuggel (doppelt soviel wie legaler Export = 1,6 Mrd US\$), in der gegenwärtigen Situation die beiden rivalisierenden Gruppen mächtig genug, um sich mit Gewalt gegen die demokratischen Kräfte durchzusetzen. Es besteht auch soweit Konsens, dass die Demokratie der gemeinsame Gegner ist und gegenüber diesem Kampf interne Streitigkeiten zweitrangig sind. Bereits erfolgte Absprachen und Abgrenzungen der Kokaingruppen untereinander unterstreichen dies.

### Der Erdgasvertrag

Einen nicht besonders glücklichen Versuch Politik zu machen, hat die Junta mit dem Gasvertrag zwischen Bolivien und Brasilien unternommen. In aller Heimlichkeit wurden die seit Jahren ins Stocken geratenen Verhandlungen zum Abschluss gebracht. Alle bisherigen Regierungen haben die 1974 abgeschlossenen Verträge nicht unterzeichnet, weil in Bolivien heftige Kritik aus fast allen politischen Lagern laut wurde. Die Kritik richtete sich gegen die für Bolivien ungünstigen Bedingungen und den zu niedrigen Preis für die Rohstoffe des Landes.

Es bleibt zu fragen, was die Regierung García Meza veranlasste, erheblich ungünstigere Bedingungen anzunehmen. Die Industrieanlagen in Santa Cruz und die Eisen- und Stahlwerke bei Mutún ebenso wie weitere Industrieanlagen, die Brasilien als Gegenleistung für die Erdgaslieferungen bauen sollte, sind im neuen Vertrag nicht einmal erwähnt. Über 20 Jahre sollen 400 Mio Kubikfuss täglich nach Brasilien geliefert werden, fast doppelt soviel wie Argentinien z.Z. erhält (230 Mio). Dazu müssen neue Lager gefunden und Förderanlagen errichtet werden. Bolivien soll zwar einen Preis erhalten, der an den internationalen Ölpreis gebunden ist, muss aber die Kosten für den Transport bis Sao Paulo übernehmen und damit den Brasilianern ihre Gasleitung finanzieren.

Wohl hat der Internationale Währungsfonds und die sich weiter zuspitzende Wirtschaftskrise die Junta gedrängt, das Geschäft bald abzuschliessen, da der Gasverkauf kurzfristig, neben Kokain, die einzige grosse Einnahmequelle ist. Aber auch Brasilien verfügt nicht über eine derart grosse Flexibilität in seiner Energieplanung, dass Bolivien jede Bedingung annehmen muss. Diese Linie der Wirtschaftspolitik bedeutet eine Fortführung der Banzer'schen Ausverkaufspolitik zu für Bolivien noch erheblich ungünstigeren Bedingungen.

Quellen: Latin America Weekly; Presencia; Bolivia Semanal; Korrespondenten

## BRASILIEN

### Kein Ende der Attentatswelle in Sicht

"Stoppt die rote Bedrohung" oder "Nieder mit der korrupten Regierung, die die Ideale der Militärrevolution von 1964 verraten hat" waren die Aussprüche in Gruppen von Rechtsradikalen wie "Antikomunistische Bewegung", "Falange Neues Vaterland" oder "Kommando Kommunisten-Jäger", nachdem Präsident Figueiredo im Zuge seiner "schrittweisen politischen und demokratischen Öffnung" am 27. August 1979 eine Teil-Amnestie erlassen hatte: 3000 politische Gefangene wurden freigelassen, über 6000 emigrierte Sozialisten, Kommunisten und oppositionelle Militärs durften aus dem Exil heimkehren.

Jahrelang hatten Polizisten, Soldaten und angeheuerte Fanatiker mit Duldung der Militärregierung in mysteriösen Organisationen Linke verfolgt. Jetzt haben sie Angst, daß Journalisten, Rechtsanwälte oder Parlamentarier davon etwas ans Licht bringen könnten. Ihre Drohungen, Entführungen, Schießereien, Brand- und Bombenschläge usw. - allein im Jahre 1980 passierten ungefähr 30 solcher politischen Attentate - haben anscheinend zum Ziel, Gegenaktionen von Linken zu provozieren und ein Ende des Demokratisierungsprozesses zu erreichen.

Die bisher schrecklichste Terrorwelle kam am 27.8.80 in Rio, dem Jahrestag von Figueiredos Teil-Amnestie: Anschläge auf die Rechtsanwaltskammer, das Rathaus und die Redaktionsbüros einer linken Wochenzeitung forderten ein Todesopfer und sechs z.T. schwer Verletzte. Obwohl Figueiredo auch Spezialisten der Bundespolizei einsetzte, bezweifelten oppositionelle Abgeordnete, daß alle notwendigen Ermittlungen angestellt wurden und glauben, daß die Attentate zur "Operation Kristall" zählen, die von den Generälen Milton Tavares aus Sao Paulo und Antonio Bandeira aus Porto Alegre kommandiert werden. Um die Volkseelen nicht zum Überkochen zu bringen, präsentierten die Ermittlungsbehörden schließlich noch einen Sündenbock: einem gewissen James Watters wurden die Anschläge in die Schuhe geschoben. Ein offenes Geheimnis blieb weiterhin, daß die Täter in den Sicherheitsorganen selbst zu suchen sind oder dort viele Freunde haben.

Politische Attentate der Rechten ziehen sich wie ein Band durch Brasiliens Geschichte, aber so gut wie niemals wurden sie bestraft. Die Straffreiheit für die Attentate des vergangenen Jahres und die feurigen Reden der Generäle gegen den "revanchismo" brachten die Rechte im März und April dazu, den 17. Jahrestag des Militärputsches vom 31. März auf ihre Weise zu würdigen.

Der Terror lief nach ähnlichem Muster wie 1980 ab:

- Am 27. März drangen ungefähr 15 verummante Gestalten in den Sitz der "Tribuna da Imprensa" in Rio ein, zwangen 11 Arbeiter, sich ruhig zu verhalten und legten mehrere Bomber, deren Explosion die Grafik der Zeitung zerstörten. Obwohl der Tatort ganz in der Nähe sowohl der "Secretaria de Segurança Pública" als auch des 13. Bataillons der Militärpolizei liegt, entkamen die Täter unbehelligt. Die Behörden wiederholten ihre "Ohnmacht", mit den wenigen Spuren nichts anfangen zu können. Sie gaben nur zu, daß die benutzten Utensilien, importierte Präzisionstechnik, unter ihrer strengen Kontrolle stehen...

- Am 30. März wurde in den Regionalsitz des Partido dos Trabalhadores -PT- in Sao Paulo eingedrungen - Teile der Unterlagen wurden entwendet oder beschädigt.

- Am 1. April wurde das Haus des PMDE-Abgeordneten Marcelo Cerqueira in Rio durch im Garten gezündete Bomben beschädigt.

- Am 3. April zerstörten in Nebenräumen versteckte Bomben Teile der Einrichtungen der "Artes Gráficas Americana" und verletzten zwei Angestellte.

- Am 5. April wurde nun schon zum dritten Male das Centro de Estudos do Trabalho -CET- in Belo Horizonte heimgesucht und seine Einrichtungen verbrannt. Damit hat sich die Zahl der Attentate allein im Bundesstaat Minas Gerais in den letzten Jahren auf 41 erhöht.

Hélio Fernandes, Direktor der Tribuna da Imprensa, und Marcelo Cerqueira klagten das DOI-CODI (Spitzelorgan der Regierung an. Wenn da nicht nachgeforscht würde, wären alle Ermittlungen für die Katze. Abgeordnete, selbst der Regierungspartei PDS, befürchten, daß die "abertura" schon versagt habe, falls die Schuldigen nicht gefunden und bestraft würden.

Zum "Gedenken" an den 31. März 1964 aber hielten regierungstreue zivile und militärische Autoritäten ihre radikalsten Reden, richteten ihren Zorn gegen linke Führungen und Volksbewegungen und machten klar, daß sie gegen jede Art von "revanchismo" wären. So meinte General José Luiz Coelho in Belo Horizonte: "Nichts wird uns die geschehenen Unglücke vergessen lassen, die begangenen Verbrechen gegen Personen, Institutionen und die eigene Nation". Wie er griffen auch andere Generäle giftig politische Ex-Gefangene und ehemalige Emigrierte an, die für die großen Unglücke der vergangenen Jahre im Lande verantwortlich seien. In ihren Reden wiesen sie versteckt darauf hin, daß die Demokratie der Generäle Arbeiter und ihre verschiedenen Meinungsströme nicht berücksichtigt. General Ferraz Rocha fordert ein Anti-Terror-Gesetz, behält aber für sich, gegen wen es sich richten soll. Justizminister Abi-Ackel verteidigte das DOI-CODI mit dem Argument, daß es keine Beweise für dessen Schuld gebe. Präsident Figueiredo hält sich völlig zurück. Lapidar meint er, daß die "abertura" fortgesetzt werde, doch gebe es in ihr keinen Platz weder für rechte noch für linke Radikale. Und die Attentate würden ihn schon nicht vom eingeschlagenen Weg abbringen.



Ein zerstörter Zeitungskiosk, der linke Publikationen verkauft hatte

## CHILE

### Christdemokraten verurteilen Gewalt gegen Pinochet

Mit seiner Ankündigung des Plebiszits für den September 80 hatte Pinochet für eine kurze Phase die (gleichermaßen verbottene) Opposition von links und seitens der Christdemokraten in eine gemeinsame Front gegen sich zusammengedrängt. Als Pinochet das Plebiszit nach den Regeln einer Diktatur gewonnen hatte, war dem momentanen taktischen Zusammengehen der Boden entzogen. Aber nicht nur das: Inzwischen grenzt sich die Christdemokratie wieder scharf gegen links ab, besonders gegen die chilenische KP. Deren Erklärung, der Kampf gegen die Diktatur sei mit allen Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes, zu führen (vgl. LN 88), denunzieren Vertreter der Christdemokratie inzwischen als "Terrorismus", so Ex-Senator und Ex-Minister Juan Hamilton in einem Interview mit der seiner Partei nahestehenden Zeitschrift HOY (Nr. 193).

Die gegenwärtig artikuliert Auffassung der Christdemokraten zur Rolle der Gewalt ergänzen wir mittels eines Griffs in unser Archiv um die Argumentation, mit der der frühere christdemokratische Präsident Frei den Sturz der Allende-Regierung gerechtfertigt hatte.

Die Antwort auf die Frage, warum man Allende stürzen mußte, Pinochet aber nicht gewaltsam stürzen darf, vermuten wir in Hamiltons Hinweis auf die Situation in Nicaragua. Anders gesagt: Auch von der chilenischen "Mitte", wo sich die DC gern placiert sieht, ist der Abstand nach rechts halt geringer als nach links.

#### Was gelernt? ... Aber was ...?

Auf die Frage, mit welchen Mitteln die DC gegen die Diktatur kämpfen wolle, antwortet

HAMILTON: Das Zeugnis, die Überzeugung, der Dialog, die gesellschaftliche Übereinkunft zur Verteidigung demokratischer Werte... HOY: Glauben Sie, daß diese Waffen taugen?

HAM: Ich glaube, die Aufgabe ist lösbar und der Kampf kann wirksam sein. Auf diesem Weg wurde die Sklaverei abgeschafft, Gandhi erreichte die Unabhängigkeit Indiens, und King hatte Erfolg im Kampf gegen die Rassendiskriminierung. Und in den letzten Monaten haben uns Walesa und seine Solidarität ein dramatisches Beispiel in Polen gegeben.

HOY: Der kommunistischen Position sollen sich die Radikalen der Gruppe Anselmo Sule anschließen, der - in Mexico- gesagt haben soll, daß, da "die inneren Wege versperret sind, ... nur der Weg der Rebellion bleibt... wir bereiten uns für den Aufstand vor". Glauben Sie, daß dieser Aufruf unter den Radikalen in Chile Widerhall findet?

HAM: Wenn man die Haltung Corvaláns kennt, läßt sich die Sules ableiten. Und ich glaube nicht, daß die Meinung Sules die der großen Mehrheit der chilenischen Radikalen ist, die sich um die Sozialdemokratie gruppieren...

HOY: Der "Weg der Rebellion" könnte, wenn er im Innern Wiederhall findet, die terroristischen Akte steigern...  
 HAM: Das ist das Risiko solcher Regime wie des gegenwärtigen. Wir leben fast schon 8 Jahre unter dem Ausnahmezustand, und heute ist der Terrorismus eine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung. Wie ihn niederwerfen? Dafür ist es unabdingbar, einen politischen Rahmen zu schaffen, der auf einem Mehrheitskonsens besteht, eine politische Lösung, die gewählt und nicht aufgezwungen ist. In autoritären Regimen ist die größte Gefahr des Terrorismus auf der einen Seite die Gewalt seitens der Autorität, um den Terrorismus zu unterdrücken, und auf der anderen Seite die Zustimmung, die terroristische Anschläge in der Bevölkerung finden können, wenn es ihr untersagt ist, mitzuwirken und sich frei auszudrücken.  
 HOY: Einige behaupten, daß sich die Christdemokraten insgeheim über den Erfolg einiger Terroranschläge freuen...  
 HAM: Wir freuen uns nicht. Im Gegenteil, wir verurteilen die gewaltsamen Äußerungen gegen das gegenwärtige Regime. Uns ist dabei völlig klar, daß, wenn die Strategie der Gewalt Erfolg hat und sich durchsetzt, wir Demokraten in der gleichen Weise an den Rand gedrängt würden, wie es bei dem sandinistischen Triumph in Nicaragua geschah.

Kurz nach dem Putsch 73, den die Christdemokraten mitgetragen hatten, gab Ex-Präsident Frei einem Korrespondenten der spanischen Zeitung ABC ein Interview, in dem er den Putsch nicht nur billigte, sondern zur moralischen Pflicht erklärte. Was Frei damals in demagogischer Verdrehung der UP-Regierung anlastete, gilt für die Diktatur heute weitgehend tatsächlich.

FREI: Und ich sage Ihnen, und ich möchte, daß Sie das wiederholen, daß wenn eine Regierung sich weigert, Sozialgesetze zu erfüllen, die Warnungen der Rechtsanwaltskammer überhört, das höchste Gericht beschimpft und ihm nicht Folge leistet, die ungeheure Mehrheit des Kongresses geringschätzt, das wirtschaftliche Chaos hervorruft, streikende Arbeiter verhaftet und tötet, die individuellen und politischen Freiheiten niederwalzt, den Markt unversorgt läßt, um Lebensmittel und andere Produkte den marxistischen Monopolisten des Schwarzmarkts zu übergeben, wenn eine Regierung sich so verhält, wenn sich in einem Land Bedingungen ergeben, wie sie sich so klar und überwältigend wie in Chile nie in der Weltgeschichte ergeben haben, dann verwandelt sich das Recht zur Rebellion in Pflicht.

(Zitiert nach der chilenischen Zeitschrift ERCILLA, 17.-23. Oktober 1973.)

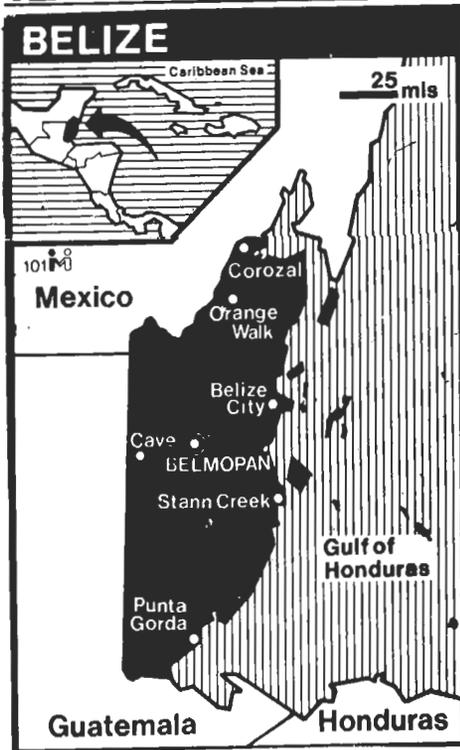
## BELIZE

### Auf dem Weg zur Unabhängigkeit

Am 11. März wurde in London zwischen Großbritannien und Guatemala ein Rahmenabkommen unterzeichnet, das den über 100 Jahre alten Disput über Belize (ehemals Britisch-Honduras) beenden und die Vorbedingungen für die im September d.J. vorgesehene volle Unabhängigkeit dieser britischen Kolonie schaffen soll. Während die als gemäßigt geltende Regierungspartei Peoples United Party, angeführt von Premierminister George Price, und ein großer Teil der Bevölkerung das Abkommen als die gegenwärtig bestmögliche Lösung feierten, zeigten Demonstrationen in den Tagen nach der Unterzeichnung, daß es auch Unzufriedene gibt. Diese sehen vor allem die Abtretung eines Streifens Hoheitsgewässers und die Nutzung einiger Koralleninseln - Cays genannt - als weitgehende Konzession an. Die gewaltsamen Demonstrationen, die von einem inzwischen durch massiven Druck seitens der Regierung beendeten Streik im öffentlichen Dienst begleitet waren, haben bereits sechs Todesopfer gefordert und zu zahlreichen Verhaftungen und zur Ausrufung des Notstandes geführt. Diese heftigen Reaktionen sind nur zum Teil auf provokative Aktivitäten der oppositionellen konservativen United Democratic Party zurückzuführen, die das Londoner Abkommen als "Ausverkauf" bezeichnet, sondern gründen auf einem traditionellen Mißtrauen gegenüber Guatemala und auf der Furcht vor dessen repressivem Regime.

Der Grund für die bis heute nicht vollzogene Unabhängigkeit Belizes, das 1862 erst britische Kolonie wurde und 1964 Selbstregierung nach innen erhielt, liegt an den ständigen Annektionsdrohungen durch das von einem rechtsgerichteten Regime geführte Guatemala, dessen Invasionsabsichten bisher vermutlich nur durch die 1700 Mann starke und technologisch hoch gerüstete britische Armee verhindert wurden. Guatemala rechtfertigt seine Annektionsforderungen mit dem Verstoß gegen den Vertrag von 1859, worin sich England verpflichtete, eine Straße zwischen Guatemala City und dem nächsten karibischen Hafen zu bauen und Guatemala seinerseits die Grenzen mit Belize anerkennen und seine territorialen Ansprüche auf Belize aufgeben werde. England hat die Straße nie gebaut. Die daraus abgeleiteten Ansprüche Guatemalas auf das Territorium von Belize, das weder vom kolonialen Spanien noch vom unabhängigen Guatemala je kolonisiert worden war, werden vom Volk von Belize mit Recht als Ungeheuerlichkeit empfunden.

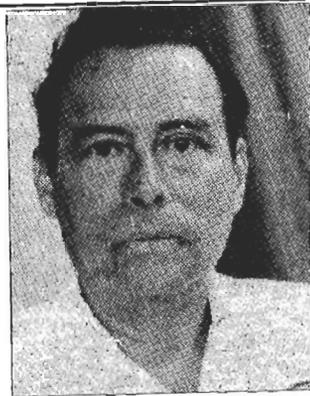
Der größte Erfolg des Londoner Abkommens wird von Price und seinen Anhängern darin gesehen, daß es keinerlei Landabtretungen geben wird, wie sie etwa in dem Teilungsplan des ehemaligen Labour-Außenministers Owen, der eine 20%ige Landabtretung an Guatemala vorsah, enthalten war.



Die in dem Abkommen vorgesehene Nutzung der zu Belize gehörigen und weiterhin unter dessen Landeshoheit verbleibenden Inseln Ranguana und Sapodilla durch Guatemala dürfte wohl der umstrittenste Punkt sein, da die Bevölkerung von Belize eine starke emotionale Bindung an ihre Cays hat, die nicht zuletzt auf die siegreiche "Schlacht von St. George's Cay" im Jahre 1798 zurückgeht, durch die eine übermächtige spanische Invasionsflotte abgewehrt wurde. Guatemala erhält die Nutzungsrechte ("the use and enjoyment of") an diesen beiden unbewohnten Inseln und die Hoheitsrechte über die daran angrenzenden Gewässer, wodurch die Rechte von Belize in diesem Gebiet auf die Dreimeilenzone beschränkt werden.

Weiterhin erhält Guatemala freie Hafeneinrichtungen in Belize City und Punta Gorda, das Recht über belizianisches Gebiet zwei Ölpipelines zur Küste zu bauen (Guatemala sitzt nach neuesten Untersuchungen auf einem großen Ölfaß) und Transitrechte auf einer von England zu bauenden Straße.

Der plötzliche Verzicht Guatemalas auf das bisher beanspruchte belizianische Territorium erklärt sich durch die wachsende Verunsicherung der Militärregierung. Somozas Sturz und die zunehmenden Kriegs- und Guerillaaktivitäten in El Salvador, Honduras und Guatemala selbst haben vermutlich mehr zum Einlenken beigetragen als alle bisherigen zum Belize-Problem verabschiedeten UN Resolutionen. So sieht das Londoner Abkommen auch vor, daß keines der beiden Länder subversive Bewegungen des anderen Landes unterstützt. Daran dürfte besonders Guatemala gelegen sein, das befürchtet, daß die guatemaltekeische Guerillabewegung besonders nach Abzug der britischen Truppen auch von Belize aus operieren könnte.



Premier George Price

Durch das 16 Punkte umfassende Abkommen erhält Guatemala einen Kanal zum offenen Meer hin, während bisher die Hoheitsgewässergrenze zwischen Belize und Honduras verlief, wodurch Guatemala vom offenen Meer abgeschnitten wurde und lediglich ein Stück Küstengewässer in der Dreimeilenzone besaß.

Nachdem auch Mexiko, Panama und Venezuela die guatemaltekeischen Forderungen gegenüber Belize ausdrücklich ablehnten, blieben Guatemala als einzige Sympathisanten noch die Regierungen von Honduras und Paraguay. Washington scheint das Feld im guatemaltekeisch-belizianischen Konflikt den Briten zu überlassen. Jedenfalls fühlt sich, wie guatemaltekeischen Zeitungen zu entnehmen ist, die Junta von Guatemala in diesem Punkt von Präsident Reagan verraten. Dieser hatte anlässlich des kürzlichen Besuchs von Premierministerin Thatcher der britischen Politik in Belize volle Unterstützung zugesagt, während sich Frau Thatcher mit der US-Politik in El Salvador einverstanden erklärte.

Wie die militärische Sicherheit von Belize nach der Unabhängigkeit garantiert werden soll, wird wohl erst in dem endgültigen Abkommen festgelegt werden, das in den am 20. Mai beginnenden erneuten Verhandlungen ausgearbeitet werden soll. Es ist die Rede von einer internationalen Truppe aus verschiedenen britischen Commonwealth-Ländern, aber auch von der weiteren Präsenz britischer Truppen. Die Price-Regierung ließ durchblicken, daß sie es begrüßen würde, wenn eine solche Truppe auch Mitglieder aus lateinamerikanischen Ländern umfassen würde wegen der größeren Vertrautheit mit der repressiven und aggressiven Politik Guatemalas. Diese dürfte besonders bei Nikaraguensern vorhanden sein. Es ist aber das oberste Anliegen Englands jegliche militärische Unterstützung durch Kuba und Nicaragua, zu denen Belize freundschaftliche Beziehungen pflegt, auszuschließen und ein Überwechseln Belizes ins sozialistische Lager zu vermeiden. Dies dürfte jedoch zumindest unter der von Price geführten Regierung ziemlich unwahrscheinlich sein. Price bezeichnet sich selbst als christlicher Demokrat, wenn auch nicht mit der christdemokratischen Weltunion verbunden, wird allerdings von der rechten Opposition im Lande und von der guatemaltekeischen Regierung zu den Kommunisten gerechnet. Dieses Image dürfte sich Price nicht zuletzt durch sein unkonventionelles Verhalten eingehandelt haben, dessentwegen er sich allerdings in der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut. Immerhin

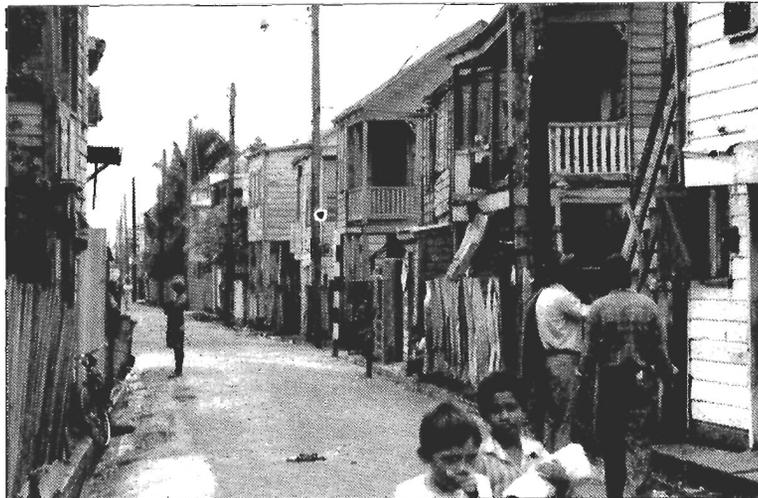


Am Nationalfeiertag wird die siegreiche "Schlacht von St. George's Cay" gefeiert

hat er das Amt des Premierministers seit 30 Jahre inne. Er wird beschrieben als ein ehemaliger Gewerkschaftsführer, der sich im Wahlregister als "Arbeiter" eingeschrieben hat; er legt wenig Wert auf Protokoll, trägt einfache Kleidung, lebt allein in einem auffälligen von Termiten befallenen Holzhaus, haßt Telefone, sammelt Müll auf seinem Weg zum Büro und hört sich an einem Tag in der Woche die Klagen von normalen Bürgern an. Aber von diesem Charisma einmal abgesehen, verfolgt Price eine eindeutig westlich orientierte Politik. Die transnationalen Gesellschaften Nestlé und Hershey sind in der belizianischen Landwirtschaft engagiert, Tate und Lyle kontrollieren die Hauptexportindustrie Zucker und die Ölschüffrechte liegen in Händen US-amerikanischer Gesellschaften. Belize weist ein langjähriges nach dem Westminstermodell funktionierendes politisches System auf und es bildet auch im sozio-ökonomischen Bereich einen Kontrast zu anderen mittelamerikanischen Ländern. Lt. UN Statistik hat Belize das höchste Pro-Kopf-Einkommen in dieser Region (einschließlich Mexiko), die Arbeitslosigkeit liegt bei 6% und 95% der Bevölkerung können lesen und schreiben.

Trotzdem ist Belize kein Paradies. Seine sozialen und ökonomischen Probleme werden sichtbar in zunehmender Armut, Kriminalität und Drogensucht. Die steigenden Importpreise, besonders für Öl, können durch die gegenwärtigen Exportprodukte Zucker, Holz, Zitrusfrüchte, Bananen und Meerefrüchte immer weniger ausgeglichen werden. Wegen der unterentwickelten und wenig diversifizierten Landwirtschaft sind 22% aller Importe alltägliche Nahrungsmittel. Aber Belize hat im Gegensatz zu anderen karibischen Ländern ein großes Entwicklungspotential, besonders in der Landwirtschaft und im Forstbereich, denn gegenwärtig werden nur 15% des kultivierbaren Landes genutzt. Belize hat auch ein nicht unbedeutendes hydro-elektrisches Potential und zumindest eine Ölexploration hat bisher positive Ergebnisse erbracht. Wegen seiner geographischen Lage erhofft sich Belize Vorteile als Brücke zwischen dem karibischen und dem mittelamerikanischen gemeinsamen Markt. Die demographischen und kulturellen Voraussetzungen für eine solche Brückenfunktion sind jedenfalls gegeben in einer multiethnischen Bevölkerung aus Schwarzen, Kreolen, Mestizen, Kariben, Mayas und anderen Nationalitäten.

Quellen: Caribbean Contact,  
The Guardian  
Central America Report



Bevölkerung und Architektur sind überwiegend karibisch



Belize hat eine multiethnische Bevölkerung.



## Der 6. Kongreß des CRIC

Während der letzten Märzwochen konnte man eine gewisse Unruhe unter den Bewohnern des kleinen Ortes Toribío beobachten. Toribío liegt in einem Indianergebiet im Norden des Cauca Departments. Seine Einwohner, die keine Indianer sind und sich ihren Lebensunterhalt überwiegend als Zwischenhändler oder Landeigentümer verdienen, sahen mit einer gewissen Besorgnis, was für eine intensive Tätigkeit von den Indianern des 'resguardo' entwickelt wurde, die während der letzten beiden Wochen aus den Bergen herunter kamen. Sie brachten Holz, Stöcke, Stroh, Vieh und Maultiere mit sich, die mit Kartoffeln, Yuca und Bananen beladen waren.

All das wurde zur Schule oder zu dem Haus des 'cabildo'<sup>2</sup> gebracht. Beide lagen außerhalb des Dorfes. In jenen Tagen wurde der Militärposten der Region verstärkt sowie mehr und mehr Straßenkontrollen durchgeführt. Niemand konnte genau wissen, worauf so viel Aktivität zurückzuführen sei und Gerüchte gingen umher wie z.B. "die Indianer werden die Schule anzünden". Andere fürchteten daß es sich um Vergeltungsmaßnahmen der Mitglieder einer Indianergruppe des CRIC handele, die vor einigen Wochen auf Befehl der militärischen Befehlshaber von Toribío nackt gefesselt wurden und mehrere Tage draußen liegen gelassen worden waren. Die Zweifel wurden zerstreut als der Bürgermeister der Ortschaft erklärte, daß dort zwischen dem 30. März und dem 4. April der VI. Kongreß des Regionalen Indianerrates des Cauca unter Beteiligung von etwa 2 000 Indianerdelegierten aus dem Department und verschiedenen Regionen des Landes stattfinden werde. In dieser Woche wurde der Alkoholkonsum strikt verboten. Die Schule und das Haus des Priesters wurden den Organisatoren des Kongresses von dem Geistlichen von Toribío, einem Paez Indianer, zur Verfügung gestellt.

Während dessen wurde in Popayán (der Hauptstadt des Departments), eine ökologische Woche veranstaltet, an der Indianervertreter und Professoren verschiedener kolumbianischer Universitäten teilnahmen. Diese klagten die Luftverschmutzung und die zunehmende Zerstörung der Ländereien, des Wassers und des Viehbestandes an, unter der dieses Department zu leiden habe, vor allem wegen der Papierfabrik und der Holzindustrien und wegen der Schwefelgewinnung in der Puracé-Region, die von dem multinationalen Unternehmen Celanese unter dem Schutz und Protektorat der kolumbianischen Regierung durchgeführt werde. In all ihren Redebeiträgen betonten die Indianer, daß der Schutz ihrer Ländereien, ihrer Tiere, der Gewässer und Wälder eng mit ihren Kämpfen verbunden sei, daß das einen Teil ihrer Kultur darstelle und ein Aspekt von zentraler Bedeutung in den Bildungsprogrammen, die der CRIC in den Indianergemeinschaften eingeführt habe, sei. Eine Reihe von Veranstaltungen fanden gleichzeitig statt, so in Popayan, Cali, Medellín und Bogotá. Alle unterstützten die Durchführung des sechsten Kon-

gresses des CRIC, der zugleich den 10. Jahrestag seiner Gründung feierte.

Seit Freitag, den 27. und Sonnabend den 28. März kamen Indianervertreter aus entlegenen Regionen Kolumbiens zu dem Büro dieser Organisation in Popayán: sie kamen von der Sierra Nevada von Santa Marta im extremen Norden des Landes, es kamen die Vertreter des COIA (Indianerrat und Organisation Arushaca), nach neun Tagen ununterbrochener Reise. Nach 11 Reisetagen zu Fuß, in Kanus und im Bus kamen Indianer aus den Llanos Orientales, Vertreter der Organisation UNUMA (gemeinsame Arbeit), von der Indianerdelegation aus Vaupez und aus der Amazonas Region. Indianer aus dem Zentrum des Landes, aus den Departments Caldas (die Reservate Cañamomo, la Montaña und Iomaprieta) und aus Tolima (CRIT-Regionaler Indianerrat aus Tolima) aus der Upaina Gemeinde (Tanimuca) aus den Departments Nariño und Chocó. Außerdem waren lateinamerikanische Indianer als "brüderliche Delegierte" ebenso wie Vertreter des südamerikanischen Indianerrates CISA anwesend. Als nicht-indianische "Delegierte mit Beobachterstatus" nahmen Repräsentanten verschiedener Gewerkschaften des Landes, von Landarbeiter- und Kleinbauernorganisationen, von Organisationen der Lehrer, Professoren und Studenten ebenso wie Mitglieder von verschiedenen Forschungszentren teil. Die große Mehrheit stellten die "offiziellen Delegierten", d.h. die Vertreter der verschiedenen Indianergemeinschaften des Cauca: Paeces, Guambianos und Coconucos.

Nachdem die Teilnehmerausweise verteilt worden waren, begann am 29. die Reise nach Toribío in Bussen, die zuvor gemietet worden waren. Die Stimmung war kamaradschaftlich und gutgelaunt, an einer Stelle wurden Matten und Decken verteilt, an einer anderen die Zeitung "Unidad Indígena" (Indianereinheit) und das Kongressprogramm.

Die Besucher sollten jedoch auch einen Eindruck davon gewinnen, was in der kolumbianischen "Demokratie" die Militarisierung der Indianerzone, der sogenannten "Zonen öffentlicher Ordnung" bedeutet. Auf der kleinen Landstraße, die nach Toribío führt, hielt das Militär jeden einzelnen Bus an und ließ die Reisenden aussteigen und sich auszuweisen. Indianergruppen wurden festgenommen und geschlagen. Agenten der Geheimdienste F-2 und B-2 beschäftigten sich damit, die nicht-indianischen Eingeladenen zu inspizieren und Photos von ihnen zu machen. Später forderten die Offiziere des Militärpostens von Toribío die Abreise der nicht-indianischen Teilnehmer. Jedoch ohne Erfolg, da das Exekutivkomitee des CRIC sein Recht darauf geltend machte, "daß es berechtigt sei, all jene zu seinen Versammlungen einzuladen, die es einzuladen wünsche". Das Militär hatte einen übergeordneten Befehl, Konfrontationen zu vermeiden. Obwohl weiterhin Schikanen und Provokationen stattfanden, konnte nichts die friedliche Entwicklung der kulturellen Veranstaltungen und der Arbeitstreffen, die am Montag begannen, aufhalten. Dazu trug vor allem die "zivile Garde" bei, eine Gruppe von 250 Indianern, die mit Armbinden des CRIC versehen und mit einem Stock bewaffnet waren und das Ein- und Ausgehen der Teilnehmer kontrollierten. Sie bewachten das Schulgrundstück Tag und Nacht und organisierten sogar die Verteilung der Mahlzeiten.

Während der ersten Tage verpflichtete dieselbe zivile Garde auf friedliche Weise die Mitglieder der Geheimdienste, denen es trotz allem gelungen war, sich zu infiltrieren, das Schulgrundstück zu verlassen.

Um drei Uhr morgen s am Montag, den 30 März wurden die Holzöfen in der "Küche", einem großen umzäunten Gebiet, angezündet, wo

sich verschiedene große Gruben befanden. Eine Gruppe von Frauen und Männern lösten sich schichtweise bei der Essensvorbereitung ab. Wie geplant begannen die Veranstaltungen des Kongresses um 8 Uhr morgens. Außer den Willkommensgrüßen und der Vorstellung der teilnehmenden Delegationen ist bei diesem Kongreß ein neues Phänomen hervorzuheben: die Teilnahme der Kinder aus den sechs zweisprachigen Schulen des CRIC, die gemeinsam mit ihren "Kameraden" aus anderen Orten gekommen waren und ein Spezialprogramm hatten, das das Baden im Fluß, Tänze, Spiele und Treffen mit den Indianerlehrern zum Gedankenaustausch einschloß.



WIR WOLLEN EINE  
ERZIEHUNG, BEI  
DER MAN UNS UN-  
SERE GESCHICHTE  
ERZÄHLT



GEMEINSAM WERDEN  
WIR UNSERE RECHTE  
VERTEIDIGEN

NIEMAND WIRD UNS  
AUFHALTEN KÖNNEN



Der Bericht des Exekutivkomitees bezog sich auf die letzten drei Jahre und gab einen gewissen Rahmen derjenigen Themen vor, die in den verschiedenen Arbeitskommissionen zu behandeln sein würden: der größte Fortschritt der Organisation und der zentrale Punkt ihres Kampfes war auch in diesem Zeitraum der Kampf um das Land gewesen.

Zu einem Zeitpunkt, an dem über 30 000 Hektar wieder erobert waren, wurden Kämpfe um die Wiedereroberung des Landes an 45 Stellen des Departments geführt, die eine Fläche von etwa 12 Millionen Hektar ausmachten. Dieser Kampf, den "wir nur mit Lanzen, Spießen und Stöckern bewaffnet führen mußten inmitten von Verfolgung, Folter, Tod und Militarisierung unserer Dörfer" konnte verdeutlichen, daß die Repressionswelle, die im Januar 1979 ausbrach, die Indianerbewegung des Cauca nicht hat lähmen können. Als Errungenschaft dieser Zeit wurde die Schaffung und der Fortschritt der Indianergenossenschaftszentrale, die in Popayan besteht, hervorgehoben. Die Bilanz der gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Organisationen ist weniger positiv: es sind insgesamt 45 Genossenschaften und 35 gemeinschaftliche Unternehmen. In den vergangenen drei Jahren wurden nur 7 Gemeinschaftsläden gegründet und einige dieser Organisationen beginnen zu verschwinden, was teilweise der Repression zuzuschreiben, aber auch auf Individualismus, fehlende Kontrolle durch die Gemeinschaft und mangelnde Verwaltung zurückzuführen ist. Dies hängt mit fehlenden Kenntnissen und mangelnder Erfahrung zusammen. In der allgemeinen Bilanz wurde auch von dem zweisprachigen Erziehungsprogramm berichtet, das zur Zeit in sechs Schulen durchgeführt wird, wo 100 Kinder "in ihrer eigenen Sprache und in Spanisch lesen und schreiben lernen".

In bezug auf das Programm zur Verteidigung der politischen Gefangenen wurde bekannt gegeben, daß man die Freilassung von 450 Genossen erreicht habe, von diesen befanden sich 120 in den Kriegsgerichtsprozessen. Mit stürmischem Applaus wurden die Genossen des vorigen Exekutivkomitees begrüßt, die vor einigen Tagen nach zwei Jahren Gefangenschaft freigelassen worden waren.

Auch wurde auf die wichtige Rolle der internationalen Solidarität hingewiesen, "die die Stimme des Protestes erhob, als in Kolumbien Indianer ermordet wurden. Amnesty International und hunderte von anderen Organisationen konnten die Repressionswelle teilweise aufhalten." Auch wurde berichtet, daß sich zu der Zeit über 52 Indianer in den Gefängnissen des Departments befanden. In den drei ersten Monaten dieses Jahres seien 12 Indianerführer ermordet worden.

Während der folgenden Tage hielten neun Arbeitskommissionen ihre Sitzungen ab, in denen die Probleme, denen die Organisation jetzt gegenüber steht, im Einzelnen besprochen wurden. Ein zentrales Thema der "Landkommission" war die Position des CRIC gegenüber nicht-indianischen Landarbeitern und Kleinbauern im Department, die die Unterstützung der Organisation in dem Kampf um das Land ersuchten. Die Delegierten sprachen sich klar und eindeutig dafür aus, daß man diesen Landarbeitern und Kleinbauern Solidarität entgegenzubringen habe: "Allein kommen wir nirgendwo hin", bestätigte einer der Delegierten, wobei er jedoch anmerkte, daß sie sich in regionalen - oder in Dorfkomitees zu organisieren hätten, wobei sie berücksichtigen müßten, daß der CRIC eine Indianerorganisation mit besonderen Charakteristika sei. Dasselbe Problem stellte sich in Regionen, wo Landarbeiter und Bauern, die der Rasse der Neger angehören, um ihre Rechte kämpften. Auch diskutierte man ausführlich das Problem der nicht-indianischen Landarbeiter und Bauern, die im Innern der Reservate oder in Zonen leben, wo der CRIC ihre Schaffung vorantreibt. Man kam dabei zu dem Schluß,

daß man mit ihnen eine gemeinsame Arbeit erreichen müsse," wobei man die nicht-Indianer zu respektieren habe, die bei den Aktivitäten der Gemeinschaft oder bei dem Stadtrat mitarbeiteten. Weiterhin treten Probleme in den 'resguardos' auf, die an andere 'resguardos' angrenzen und wo gleichzeitig das Landproblem sehr dringlich ist. Bei der Diskussion dieses Punktes kam man zu dem Schluß, daß "dort Erweiterungen nicht möglich seien, da wir sonst das Land unserer eigenen Genossen besetzen würden". Vielmehr seien Lösungen in der Richtung zu suchen, daß "in nahegelegenen Großgrundbesitzen Land zurückgewonnen und neue 'resguardos' gegründet würden."

In der "Kommission für Anthropologie und Indianerkämpfe" wurde die schädliche Rolle, die das Instituto Linguístico de Verano spielt, angeklagt, es versuche ebenso wie die verschiedenen religiösen Sekten die Indianerkultur zu zerstören. Auch wurde die Tätigkeit von Anthropologen diskutiert, die ihre Arbeit für persönliche Zwecke nutzten, ohne die Führer der Dörfer selbst und die indianischen Organisationen ernst zu nehmen und somit die indianische Bewegung verwirren und spalten würden. Auch wurde die Arbeit von "ehrlichen aber irrenden" Anthropologen als schädlich empfunden, die oft an Forschungsarbeiten, die von der Regierung gefördert wurden, teilnahmen. Bei diesen Punkten beschloß man, daß "die Personen, die sich mit den Kämpfen der Indianer solidarisch fühlten, sich organisieren sollten, um eine bessere Auswertung, eine bessere Kontrolle und eine höhere Verantwortung bei der Arbeit zu erreichen". Diese Tätigkeiten dürften nur mit Wissen der Nationalen Indianerkoordination geschehen, sodaß vermieden wird, daß sie nur unverbindliche Gastbesuche abstatten, was ihre Arbeit bisher charakterisiert hat.

In der Kommission von Wirtschaftlichen Gemeinschaftsorganisationen wurde ein Bericht von jeder einzelnen Organisation gegeben. Man hob hervor, daß "die gemeinsame Arbeit in den indianischen Gemeinschaften Tradition besitze und daher kein fremdes Element, das sich nur schwer anpassen könne, eingeführt wird." Die unmittelbare Aufgabe ist ihre Stärkung und "das darf nicht nur wirtschaftlich geschehen, sondern auch auf organisatorischer und erzieherischer Ebene. So können wir uns den Problemen besser stellen." Es wurde angenommen, daß ein grundlegender Punkt in der Arbeit des CRIC "die Förderung dieser Organisationen als einer weiteren Form des Kampfes in der Verteidigung der Indianergemeinschaften des Cauca ist."

In der "politisch-ideologischen Kommission" wurden im wesentlichen die Positionen des CRIC in bezug auf die notwendige politische und organisatorische Autonomie bestätigt. Sie sei eine Notwendigkeit, für seine Mitglieder, die mit ihrem Charakter als Indianer-Bauern, eigene Forderungen besäßen und gleichzeitig einen Teil der ausgebeuteten Sektoren der kolumbianischen Gesellschaft darstellten. Ausdrücklich bekundeten sie, daß sie "es nicht zulassen werden, daß man sie von jenen trennt." Das Dokument in bezug auf "den ideologischen Rahmen der Indianerbewegung", was dort diskutiert wurde, enthält interessante Beiträge in bezug auf die Position der Indianerbewegungen vor allem in Perá und Bolivien (das sogenannte 'Weltindianertum' ('indigenismo cosmoic')) ebenso wie gegenüber der Theorie der 'indianischen Nationalitäten' und zu der integratoristischen Position, wie sie von der Regierung und der Kirche gefördert wird.

Der Kongreß gipfelte in einer Plenarversammlung, in der die Schlußfolgerungen der verschiedenen Kommissionen abgestimmt wurden.

Nachdem das Exekutivkomitee gewählt worden war, wurde eine Demonstration durch die Straßen von Toribío veranstaltet. Juan Gregorio Palechor, einer der Indianerdelegierten, der im Cauca am meisten geliebt und verehrt wird und über 40 Jahre Kampferfahrung besitzt, widmete seine Schlußrede einer einfachen Ehrung der ermordeten Indianer-Genossen. Vor 10 Jahren wurde am gleichen Ort DIE erste Versammlung abgehalten, in der der Regionale Indianerrat des Cauca geschaffen wurde. Seit damals bis heute - sagt Palechor - "ist nur der erste Stein gelegt worden".

Der Abschied der Teilnehmer fand in derselben fröhlichen und brüderlichen Atmosphäre statt. Der CRIC hatte dem Spruchband, das quer über dem Dorfeingang hing, einen konkreten Sinn verliehen. Dort konnte man bis zum Schluß lesen: "Willkommen Genossen".

- 1) 'resguardo': Es sind die Ländereien (Reservate), die den Indianergemeinschaften gehören. Ihre Bezeichnung datiert aus der Kolonialzeit, in der entsprechende Dekrete des Königs erlassen wurden. Obwohl sie durch eine besondere Eigentumsform geschützt sind, die die Eigenschaft der Unveräußerlichkeit besitzt, haben die Gemeinschaften ihre Ländereien verloren. Diese fielen in die Hände der Großgrundbesitzer. Der CRIC kämpft für die Wiederherstellung und Erweiterung der 'resguardos'.
- 2) 'cabildo': Ist die politisch verwaltungsmäßige Einheit des 'resguardo', die von der Gemeinschaft gewählt wurde. Der Indianerrat besteht aus den 'cabildos'.

#### MITTEILUNG

Der vollständige Text der Schlußfolgerungen des Kongresses, die genannten Dokumente ebenso wie die übrigen Materialien des CRIC können bezogen werden über

ABELA - (Grupo Colombia)

K.S.G. Ulrike Hammer  
Beethovenstr. 28  
6000 Frankfurt/Main

# GUATEMALA

## Ein Brief aus Guatemala

Nachrichten aus Guatemala zu bekommen ist nicht einfach, die Kontrolle und Unterdrückung geht so weit, daß Guatemalteken, die in Costa Rica die "Recortes de Guatemala" mit Hilfe von guatemaltekischen Tageszeitungen erarbeiteten, Ende letzten Jahres beim Abholen der offiziellen Zeitungen auf der Post verhaftet wurden und ihnen und ihren Familien die Abschiebung angedroht wurde. Costa Rica als sog. "liberales Musterlände" macht Hatz auf die politische Linke und speziell auf politisch engagierte Exilierte. o.g. Guatemalteken sind inzwischen nach Nicaragua abgeschoben worden. Zum Glück nach Nicaragua, denn eine Abschiebung nach Guatemala hätten sie sicher nicht überlebt. Das Militär verfolgt - unterstützt durch paramilitärische Gruppen und rechtsradikale Parteien - erbarmungslos jegliche oppositionelle Gruppe. Ein Netz von den "orejas" genannten Spionen garantiert den staatlichen Stellen ständige Information über die "Subversion". Gewerkschaftsführer, populäre Geistliche, Parteiführer; man hat die politisch-landschaft Guatemalas gründlich "gesäubert". Alle Gruppen arbeiten mit der allgegenwärtigen Todesandrohung, die Arbeit geht weiter, aber ihre Organisation ist mehr als schwierig, denn alles muß streng geheim und schnell durchgeführt werden, ehe die Information über die Aktivität durchgesickert ist. Information über diese Arbeit weiterzugeben ist mehr als problematisch. Die politischen Freunde kennt man, jeder Dritte könnte ein "oreja" sein. Informationen an den Falschen weiterzugeben, bedeutet den Tod in Guatemala.

Unter dem Eindruck von der Entführung und Ermordung seines Bruders hat sich ein Mann spontan entschlossen, sein Wissen über die Repression in der Gegend von Chimaltenango zu Papier zu bringen. Sein Bruder, als Oppositioneller bekannt, weil er laut über die Unterdrückung und den Terror sprach, bezahlte das mit dem Tod. Nach längeren Gesprächen mit einem Ausländer faßte er Vertrauen zu ihm und übergab ihm die Information, um sie veröffentlichen zu lassen.

Wir drucken diesen Brief ab um klarzumachen, daß trotz des internationalen Schweigens über die Situation in diesem Land von Regierungsseite ein unvorstellbarer Terror herrscht und daß sich die Menschen organisieren, um diesen Terror zu begegnen, sie brauchen jede Art von Unterstützung und es ist wichtig daß endlich über die politische Situation berichtet wird, um der jetzt von einigen nordamerikanischen Senatoren begonnenen Kampagne zu begegnen, die die Wiederaufnahme der Waffenlieferungen der USA mit der Theorie der sowjetisch/kubanischen Unterwanderung rechtfertigen wollen.

Es handelt sich hier um den schon lange anhaltenden Kampf des guatemaltekischen Volkes, über dessen Auswirkungen und Opfer jegliche Nachrichten unterdrückt werden.

Información de Guatemala  
 El departamento de Chimaltenango han  
 sido masacrados y secuestrados en los munici-  
 pios hombres, mujeres y niños con la  
 compenior los de sus linajes en las carreteras  
 quemados y torturados, los secuestrados  
 llegan a los 77-12 horas de la noche  
 en carro, en Altiplano y lanchas para el  
 secuestrador porque el Pueblo no se da cuenta  
 los departamentos donde han sido secuestrados  
 son los siguientes  
 Solola y sus municipios  
 Quiché y " "  
 Quezaltenango sus municipios  
 Han sido masacrados por el mismo  
 Ejercito del Gobierno los que han  
 sido Criminales  
 los torturados son los Comisionados  
 militares de cada Pueblo y los OREJAS  
 del Gobierno  
 El presidente duceca en su Compañia  
 politica Ofrecio a los Campesinos

ayuda para la agricultura mejorar carre-  
 teras para todos lo que ha dado es la  
 muerte trátala dolor y lagrimas a las  
 familias porque ha sido desaparecido con  
 familiar padre madre y hijos Hogare  
 uno de tratan necesitan sus ayuda  
 TOTAL SECUESTROS  
 Chimaltenango en sus municipios  
 San Juan Comalapa 80  
 San Martin Gijotepeque 150  
 Solola  
 Santa Lucia 40  
 " Clara La Laguna 12  
 San Juan " " 2  
 " Pedro " " 3  
 Santiago Atitlan 50  
 San Lucas Totulman 10  
 El día 3 de Abril de 1981 desaparecieron  
 deca al pueblo de San Pedro La Laguna  
 juntamente con los Comisionados militares  
 mismo Pedranos. y un Coronel Pedrano  
 muy malo

## Übersetzung

## Informationen über Guatemala

Im Departement Chimaltenango wurden in verschiedenen Gemeinden Männer, Frauen und Kinder umgebracht und entführt. Arme Bauern lassen sie erschossen in den Straßen zurück, verbrannt und gefoltert, die Entführer kommen zwischen 11 und 12.00 Uhr in der Nacht, per Auto, Flugzeug oder mit Booten, damit das Dorf nichts davon bemerkt. In folgenden Departementsgab es Entführungen:

Sololá und zugehörige Ortschaften  
 Quiché und zugehörige Ortschaften  
 Quezaltenango und zugehörige Ortschaften

Sie wurden von den Streitkräften der Regierung umgebracht, die diese Verbrechen begehen. Die Betrüger sind die Militärkommissare eines jeden Dorfes und die "orejas" (Spione) der Regierung.

Der Präsident Lucas versprach den Bauern in seiner Kampagne Hilfe für die Landwirtschaft und den Ausbau der Straßen für alle, gebracht hat er Tod, Trauer, Schmerz und Tränen in den Familien, weil Familienangehörige verschwunden sind, Väter, Mütter und Kinder, Orte voller Trauer, sie brauchen Hilfe.

## GESAMTZAHL DER ENTFÜHRTEN

Chimaltenango in den zugehörigen Ortschaften	
San Juan Comalapa	80
San Martín Giletepeque	150
Sololá	
Santa Lucia	40
Santa Clara La Laguna	12
San Juan La Laguna	2
San Pedro La Laguna	3
Santiago Atillan	50
San Lucas Toliman	10

Am 3. April 1981 wurde das Dorf San Pedro La Laguna beschossen, beteiligt war der Militärkommissar Pedranos selbst und ein Coronel Pedrano, der sehr schlecht ist.

## NICARAGUA

## Ein Elektriker erzählt

Eigentlich wollte ich nur ein defektes Mikrofon reparieren lassen. Die Reparatur dauerte zusammengerechnet vielleicht fünf Minuten, doch ich blieb zwei Stunden. Solange unterhielten wir uns, oder besser, der Elektriker erzählte und ich lieferte die Stichworte. Neben der Meinung des Handwerkers vermittelt das aus dem Gedächtnis aufgezeichnete Gespräch auch einen Einblick, wie es um die Arbeitsmoral zumindest eines Teils der Nicaraguaner bestellt ist und wie schwer durchsetzbar der Ruf nach mehr Effizienz seitens der Regierung sein muß. Oder wo sonst ist es möglich, mit einer qualifizierten Arbeitskraft zwei Stündchen zu verplaudern?

"So, dein Mikro ist kaputt", empfängt mich der Inhaber der Elektrowerkstatt, "dann setze dich erst mal hierhin." Er wischt mir einen Holzschemel ab, und ich setze mich neben ihn vor die Werkbank, auf der sich allerlei elektronische Kleinteile bunt zusammenmischen. "Bist du ein Yankee"?, fragt er mich. Ich antworte, daß ich Westdeutscher bin. Da hellt sich seine Mine auf, die Deutschen mag er gern. Sowohl die BRD als auch die DDR haben Nicaragua bisher finanziell und technisch unterstützt. Die genaue Höhe der Entwicklungshilfe beider deutscher Staaten kennt er nicht, aber allein, daß sie der jungen sandinistischen Revolution helfen, stimmt ihn freundlich.

"Wenn du ein Yankee wärest, könntest du gleich wieder abhauen", sagt er, "obwohl es ja auch ehrenhafte Gringos gibt, aber die sind dünn gesät. Allerdings, wenn die unterdrückten Schwarzen, wenn die Puertoricaner in New York und die Chicanos (Mexikaner, die in den USA arbeiten) gemeinsam eine Volksbewegung auf die Beine stellen würden, dann sähe manches anders aus".

"Ein halbes Jahrhundert unterstützten die USA das Somozaregime", fährt er fort, "und brachten statt Brot nur Gewehre und Tod. Während des Krieges (gemeint ist die Endoffensive der Sandinistischen Befreiungsfront) kamen durch diese Tür die Soldaten der Nationalgarde und mit einem Hieb des Gewehrkolbens zerschlugen sie mir das Schlüsselbein. Ich wollte das Radio, das sie mitnehmen wollten, nicht rusrücken. Am Ende nahmen sie es dann doch mit, diese Diebe. Obendrein vorgewaltigten sie die Tochter meiner Nachbarn. Meinen Neffen haben sie bei einer Razzia einige Stunden in den Kühlschrank gesperrt und dann erschossen. Das war so: die Sandinisten hatten eine rot-schwarze Fahne an den Enden mit Steinen beschwert und so über einen Lichtmast geworfen. Die Aufschrift FSLN konnte man weithin lesen. Dann durchsuchten die Hurensöhne der Nationalgarde das ganze Viertel und vor Wut, weil sie niemanden von der FSLN finden konnten, brachten sie mehrere Bewohner des Blocks um. Auch meinen Neffen."



Ob ihn die Aktion der Sandinisten nicht sauer gemacht hat, frage ich ihn, schließlich hat einer seiner Familienangehörigen dabei sein Leben verloren. "Nein", sagt er, "die Aktion war gut. Und daß die Nationalgardisten solche Verbrecher waren, dafür können die Sandinisten nichts."

Wir kommen wieder auf die USA zu sprechen, durch deren Hilfe die mittelamerikanischen Diktaturen so lange die Zeit überdauern können. "Dieses Land ist wirklich das Verderben der Menschheit", sagt der ca. 50-jährige Vater von 7 Kindern, "weißt du was, in deinem Land sind ein ganzer Haufen Atomraketen stationiert, wenn die Yankees mit der UdSSR Krieg anfangen, dann ist Deutschland für immer ausstrahlt von der Landkarte. Deswegen müssen wir zusammenhalten, wir Nicaraguaner und Deutsche. Die Yankees werden noch alle umbringen. Schau, die Mörder in El Salvador bekommen auch jede Kugel aus Washington. Aber in El Salvador werden sie den Kürzeren ziehen. Die Hurensöhne, die das Volk ermorden, werden alle sterben. Wahrscheinlich wird es viel länger dauern bis zur Befreiung. Schon jetzt sind dort mehr Menschen ums Leben gekommen, als in Nicaragua bis zum Sieg. Aber verlieren werden sie die Schlacht, genau wie in Vietnam. Und uns kriegen sie erst recht nicht".

Ich werfe ein, daß in Chile schließlich auch die Konterrevolution gesiegt habe. "Ja, Chile", antwortet er, "die Bedingungen in Chile waren ganz anders als heute in Nicaragua. Schau, der Dr. Allende hat einen dicken Fehler gemacht: der hat nach dem Sieg der Volksfrontregierung die reaktionären Streitkräfte übernommen. Das Volk war nicht bewaffnet. Aber hier in Nicaragua haben wir nach dem Sieg die Nationalgarde aufgelöst und das Volk in Volksmilizen bewaffnet. Das ist ganz was anderes". Ob er auch in den Volksmilizen organisiert ist, will ich wissen. "Nein, bis jetzt noch nicht. Bei 7 Kindern ist das schwierig, auch noch Sonntags zur Übung zu gehen. Aber ich werde bald eintreten".

Aus einem weiteren Grund sind ihm die Deutschen so sympatisch: er hat gelesen, daß in einer Westdeutschen Stadt (Frankfurt) vor ein paar Monaten eine große Demonstration aus Solidarität mit El Salvador war. Steine sind gegen Fensterscheiben von Multinationalen Konzernen geflogen, Autos wurden in Brand gesetzt. "Ja", sagt er, "die Deutschen setzen sich sehr für unser Bruderland ein". Ich bringe es kaum übers Herz zu erklären, daß das nur eine kleine radikale Minderheit ist, die Mehrheit der Bevölkerung solche Aktionen jedoch unter Terrorismus subsumiert. Das würde dieser Mann auch kaum verstehen, der sein ganzes Leben in einem Land verbrachte, wo stets nur der Staat und seine Organe terroristisch waren.

Dann reden wir über Sandinismus und Marxismus. "Die Sandinisten", erklärt er mir, "sind keine Kommunisten, aber der Marxismus ist ein brauchbare Wissenschaft um die Ökonomie zu erklären und zu entwickeln. Wenn ich dir dein Mikrofon repariere, dann mit meiner Arbeitskraft und mit Ersatzteilen, die ebenfalls von Arbeitskraft produziert worden sind. Das ist dann der Wert der Reparatur". Stimmt, da habe ich nichts einzuwenden.

Was Ausbeutung ist, hat der Elektriker auch aus nächster Nähe erleben können. Das Haus gegenüber gehörte einst einem Somoza-Anhänger. 800 hatte er davon und darüber hinaus 20 Haciendas (Landgüter). Zu einem Spottpreis erbaut und gekauft und zu Wucherpreisen vermietet. Jetzt sind diese Häuser verstaatlicht und zu festgesetzten

Preisen günstig zu mieten.

Ich erzähle von den Hausbesetzungen in Berlin und in vielen anderen Städten Westdeutschlands. Da leuchtet sein Gesicht und die Deutschen werden ihm noch sympatischer.

Schon seit einer Weile ist mein Mikrophon repariert, wir probieren es aus, und freuen uns, daß es funktioniert. "Tschüß Bruder", sagt der Elektriker, "hat mich gefreut, dich kennengelernt zu haben, und besuche mich bald wieder".



## Nicaragua und die Menschenrechte

Wollte man den Schlagzeilen in der bundesdeutschen Presse Mitte Februar Glauben schenken, so befand sich Nicaragua wohl endgültig auf dem Weg in einen totalitären Staat. Man konnte Schlagzeilen lesen wie "Aus für die Menschenrechtler in Managua" (SZ), "Maulkorb fürs Menschenrecht" und "Opposition gerät unter Druck. Regierung verhaftet führende Menschenrechtler" (FR). Was sind die Hintergründe für diese Meldungen?

### Chronologie der Ereignisse

Am 11.2. verfügte die Regierungsjunta die Schließung des Büros der "Ständigen Menschenrechtskommission Nicaraguas" (CPDH). Sie beschlagnahmte die Anlagen und das Archiv. Der Organisation wurde vorgeworfen, sie sei keine juristische Person und nicht legal zugelassen. Die Menschenrechtskommission hatte des Öfteren auf Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua unter der neuen Regierung hingewiesen. Unter anderem erhob sie den Vorwurf, es gebe 8.000 politische Gefangene, 800 Verschwundene, in nicaraguanischen Gefängnissen werde gefoltert, und es habe Erschießungen gegeben. Während die Frankfurter Rundschau am 14.02. die Schließung des Büros meldete, erhielt die Organisation in Managua ihr Archiv zurück und konnte ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die Bedingung war das Ausscheiden des Vorsitzenden des CPDH José Esteban Gonzales. Dieser wurde am 20.2. verhaftet und angeklagt, gegen das Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Staatssicherheit verstoßen zu haben. Am 3.3. ließ man Gonzales wieder frei, nachdem er seine Behauptungen über die Lage der Menschenrechte in Nicaragua widerrufen hatte.

### Geschichte des CPDH und ihr Vorsitzender Gonzales

Das CPDH wurde 1967 von Miguel Escoto (jetziger Außenminister) gegründet. Unter den Mitgliedern waren ein Vertreter der späteren Gruppe der Zwölf (bekannte Oppositionelle mit Verbindung zur Industrie, zum Handel und den Mittelschichten), Fernando Cardenal und eben jener Gonzales. Diese Kommission war maßgeblich an der Aufdeckung der Verbrechen des Somoza-Regimes beteiligt. Die UN stützte sich bei ihrer Verurteilung Somozas vor allem auf das Material des CPDH. Daher rührte auch ihr guter Ruf. Am 19. Juli 1979 verließen unter anderem d'Escoto und Cardenal die Kommission und übernahmen Regierungsgeschäfte. Zur gleichen Zeit versuchte Gonzales in Caracas den Präsidenten Campins und den Christdemokraten Calvani zu bewegen, ihn für die Regierungsjunta vorzuschlagen. Doch dies gelang nicht. Gonzales übernahm den Vorsitz des Menschenrechtsbüros. Entgegen anderslautender Pressemitteilungen wurde das CPDH weder von der UNO noch von anderen internationalen Organisationen anerkannt. Dagegen erhielt die von der Regierung eingesetzte Menschenrechtskommission die Anerkennung der UNO und anderer internationaler Organisationen. Interessanterweise ist Gonzales gleichzeitig Vorsitzender der Christlich-Sozialen Partei Nicaraguas, die in scharfer Opposition zur Regierung steht. Gonzales reiste, anfangs sogar durch öffentliche Gelder unterstützt, durch das Ausland und erzählte überall

von den Menschenrechtsverletzungen unter der neuen Regierung. Kurz vor seiner Verhaftung war Gonzales in Europa, wo er mit Parlamentariern aus der BRD, Spanien, Belgien und Italien zusammentraf. In Rom empfing ihn außerdem der Papst. Für seine Tätigkeit erhielt Gonzales nachweislich Gelder aus Argentinien und Chile, die er nicht deklarierte. Deswegen wurde gegen ihn ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingesetzt. Bei der Durchsichtung des Büros fand man politisches Propagandamaterial, das mit der Arbeit des CPDH sehr wenig zu tun hatte. Außerdem entdeckte man ein Code-System, aufgrund dessen wegen Spionagetätigkeit gegen Gonzales ermittelt wird. (2). Einige Mitglieder des CPDH traten zurück und beschuldigten Gonzales, das Büro für partei-politische Interessen mißbraucht zu haben.

### Die Vorwürfe der CPDH

#### 1.: 8000 politische Gefangene in Nicaragua

In dieser Zahl enthalten sind ca. 6.200 nach dem Bürgerkrieg verhaftete Somoza-Anhänger, zumeist National-Gardisten. Diese standen, bzw. stehen unter ständiger Kontrolle des Roten Kreuzes. Von diesen 6.200 sind knapp 1000 ohne Verfahren wieder freigelassen worden. Weitere ca. 1000 von den verbleibenden 5331 Gefangenen wurden Mangels Beweisen, aus Alters- oder Krankheitsgründen auf freien Fuß gesetzt. Noch einmal 1000 Verurteilte erhielten Haftstrafen unter drei Jahren und werden noch diesen Sommer aus dem Gefängnis entlassen. (3)

#### 2.: 800 spurlos Verschwundene

In dieser Liste lassen sich einige bereits unter Somoza umgebrachte Nicaraguaner finden, so auch der Sandinist Escobar. Desweiteren werden Somoza-Anhänger genannt, die in das Ausland geflüchtet sind. Außerdem gibt es viele Somozisten, die aus Furcht vor Bestrafung ihrer begangenen Taten unter falschem Namen in nicaraguanischen Gefängnissen einsitzen. Deswegen können ihre Angehörigen sie nicht auf finden und melden diese dann als vermißt. Die UN-Kommission registrierte zwischen Juni und Juli 1979 insgesamt 64 Vermißte.

#### 3.: Es gäbe Erschießungen und Folterungen in den Gefängnissen.

Beide Vorwürfe werden von der Regierung als Lüge scharf zurückgewiesen. Erschießungen hat es allenfalls in den ersten Wochen nach dem Sieg gegeben. Dies waren persönliche Racheakte, jedoch niemals von der Regierung angeordnete Erschießungen. Vielmehr versuchte die Leitung der FSLN diese Erschießungen zu verhindern (z.B. mußten die Waffen abgegeben werden) und zog soweit möglich die Verantwortlichen zur Rechenschaft. Die Zustände in den Gefängnissen, die aus der Zeit Somozas stammen, werden von dem Innenminister Tomas Borge als "schrecklich" bezeichnet. Sie sind viel zu eng für die vielen Kriegsgefangenen. Dabei muß man berücksichtigen, daß unter Somoza Gegner der Diktatur eher umgebracht worden sind, als daß man sie in Gefängnisse gesteckt hat. Gerade Borge setzt sich für eine Verbesserung der Situation in den Gefängnissen und für eine Resozialisierung der Gefangenen ein. Doch die Mißstände, die als "Erbe" Somozas zu betrachten sind, lassen sich nicht auf allen Gebieten sofort beheben. Bei Investitionen im öffentlichen Sektor verfahren die Sandinisten nach dem Prinzip, Vergünstigungen vor allem an jene zu leiten, die unter der Diktatur am meisten gelitten haben. Einsehbar, daß die einstigen Unterdrücker dabei an letzter Stelle stehen.

Der von verschiedenster Seite erhobene Vorwurf, die Gerichtsbarkeit sei nicht gesetzlich verankert, weil die Sondertribunale Recht sprechen würden, ist nicht haltbar, denn die Sondergerichte wurden am 19.02. aufgelöst. Sie wurden benötigt, um die ca. 6.200 Kriegsgefangenen möglichst schnell verurteilen zu können und sie waren sicherlich keine Willkürgerichte. (4)

### Stellungnahme internationaler Organisationen

Wie bereits erwähnt, wurde die offiziell von der Regierung einberufene Menschenrechtskommission anerkannt. Die Internationale Juristenkommission, Vertreter der UNO, Amnesty International und andere Organisationen haben bestätigt, daß es keinerlei Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua gäbe. Am 14.02.1981 bezeichnete Amnesty International den Vorwurf, in Nicaragua gäbe es Verletzungen der menschlichen Grundrechte wie unter Somoza als völlig unzutreffend. Bei genauerer Untersuchung erweisen sich somit die Vorwürfe des CPDH, die in erster Linie von Gonzales vertreten wurden, als völlig haltlos. Diese Behauptungen sind ein Gemisch aus zum Teil objektiven Mißständen (Zustände in den Gefängnissen), nach dessen Ursachen jedoch nicht gefragt wird, Halbwahrheiten und Lügen.

### Wachsender Druck auf Nicaragua

Diese Menschenrechtskampagne darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern sie steht im Zusammenhang mit dem wachsenden Druck seitens der USA auf Nicaragua.

Auf politischer Ebene versucht man die Regierung Nicaraguas durch die Menschenrechtskampagne und durch den Vorwurf, Nicaragua sei ein Satellit Kubas, bzw. der UdSSR, zu diskreditieren. Art und Weise der Berichterstattung über die Menschenrechtskommission lassen eine inszenierte Pressekampagne vermuten. Bezeichnenderweise ist der AFP-Korrespondent in Nicaragua gleichzeitig Redakteur bei "La Prensa" dem Sprachrohr der bürgerlichen Opposition Nicaraguas. Die AFP-Meldungen über die Schließung des CPDH ging in die Welt und wurde z.B. von der Frankfurter Rundschau kommentarlos übernommen.

Die USA greifen massiv in Nicaragua ein durch den Auszahlungsstopp der 15-Mio. Dollar des von der Carter-Administration bewilligten 75-Mio. Dollar Kredites. Hinzu kommt die Einfrierung des 9,5-Mio. Dollar Kredits, der für Weizenkäufe vorgesehen war. Dabei muß man bedenken, daß 85% der 50.000 t Weizen, die Nicaragua jährlich benötigt, durch nordamerikanische Gelder finanziert werden.

Militärisch wird Nicaragua permanent an der Grenze zu Honduras durch bewaffnete Somozisten bedroht. Jede Woche haben die Sandinisten an dieser Grenze Todesopfer zu beklagen. Am 21. 03. dieses Jahres überreichte Miguel d'Escoto General Haig ein Protestnote, worin er seine Sorge darüber ausdrückte, daß in militärischen Trainingslagern in Florida und in anderen Bundesstaaten der USA hunderte von Exilsomozisten für Terroranschläge und eine mögliche Invasion in Nicaragua ausgebildet werden. Darüber berichtete die Zeitschrift "Parade" am 15.03. sowie die "New York Times" am 16.03.. Außerdem brachte die Fernsehgesellschaft ABC darüber eine Reportage (5).

Es wird deutlich, wie auf allen Gebieten versucht wird, die sandinistische Revolution zu kippen. Dies paßt in das Konzept der US-Mittelamerikapolitik (vgl. in diesem Heft: das Papier der Heritage-Stiftung), die nicaraguanische Revolution zum Scheitern zu bringen

und um jeden Preis ein "zweites Nicaragua" (El Salvador) in Mittelamerika zu verhindern. Die Haltung des US-Außenministers Haig zu Nicaragua wird deutlich, wenn er sein Bedauern über den Sturz Somozas äußert. In einem Bericht des in diesem Heft abgedruckten "Heritage-Reports", Washington DC, heißt es: "Aber obwohl die marxistische Regierung Nicaraguas eventuell durch eigene Fehler fallen kann, erfordert die Sicherheit El Salvadors die Beschleunigung der Beseitigung der Regierung von Managua."

Es besteht mehr denn je die Notwendigkeit, über die Entwicklung und Prozesse in Nicaragua ausführlich zu berichten und die sandinistische Revolution auf ihrem Weg zu einer neuen Gesellschaft zu unterstützen.

#### Anmerkungen:

- (1) vgl. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 15.03.81
- (2) vgl. Presseerklärung der Botschaft Nicaraguas zur CPDH
- (3) vgl. Latin vom 20.02.81
- (4) ebd.
- (5) vgl. Informationsdienst El Salvador, Nr. 30



## »Die marxistische Gefahr in Mittelamerika«

Eine Studie der Heritage-Stiftung, Washington D.C.

Diese Studie ist ein noch zu Carters Zeiten entstandenes Produkt der Heritage-Stiftung. Ähnlich wie das Hoover-Institut und das Comité Santa Fé handelt es sich um ein Sammelbecken reaktionärer Professoren und ehemaliger Mitarbeiter des Geheimdienstes. Im Herbst letzten Jahres formulierte sie die künftige Strategie der Mittelamerika-Politik Reagans.

### *Rückkehr zu einer traditionellen Sicht*

Obwohl die Regierung Carter richtig ging in der Annahme, es seien einige Veränderungen in Mittelamerika nötig, beging sie einen grossen Fehler, als sie sich den "Leidenschaftlichen Linken" (wie sie der US-Botschafter in El Salvador nennt) zuwandte. Als die Regierung endlich merkte, dass es sich bei diesen "leidenschaftlichen Linken" um marxistische Revolutionäre handelte, hatte sich in Nicaragua eine marxistische Regierung gebildet, waren El Salvador potentiell tödliche Wunden beigebracht worden, hatte die Rebellion in Guatemala an Kraft gewonnen und hatte in Honduras der Terrorismus Fuss gefasst.

In naher Zukunft müssen die USA zu einer traditionelleren Sicht Mittelamerikas zurückkehren, wenn sie die Expansion des Marxismus aufhalten wollen. Die Carter-Regierung lieferte ein Bild der Unterstützung der Linken und der Feindseligkeit gegenüber der Rechten, und allein diese Auffassung hat viele der Probleme in der Region heraufbeschworen. Eines der potentiell schwerwiegendsten Probleme besteht darin, dass die Sowjets glauben können, die USA würden auf ihr Eindringen in dieses Gebiet nicht energisch reagieren. Bisher scheinen die Sowjets sehr vorsichtig getestet zu haben, wie tief das Wasser ist, aber in den nächsten sechs Monaten müssen die USA Aktionen durchführen, die allen am Konflikt beteiligten Seiten, einschliesslich der Sowjets, ein richtiges Bild liefern, um deren gefährliche und manchmal vielleicht nicht wiedergutzumachende Manöver zu vermeiden.

Die Entwicklung der Ereignisse, die jetzt in Mittelamerika vonstatten gehen, ist so schnell, dass es umgehend zu entscheidenden Modifizierungen in der Politik der USA kommen muss. Die tiefsten Punkte, die man in der Ökonomie El Salvadors und Nicaraguas erwartet und die tiefe Auswirkung auf die innere und regionale Sicherheit haben werden, werden am Ende der Ernteperiode liegen, im Frühjahr 1981.

Es gibt grundlegende Unterschiede zwischen den Menschen und den Problemen dieser drei Länder. Der Kommunismus ist die Gefahr, die allen droht, solange er in einem der Länder mit gewisser Kraft existiert, werden die anderen ebenfalls bedroht sein. Aber obwohl die marxistische Regierung Nicaraguas eventuell durch ihre eigenen Fehler fallen kann, erfordert die Sicherheit El Salvadors die Beschleunigung der Beseitigung der Regierung von Managua. Eine bedeutende Schwächung der kommunistischen Guerillas in El Salvador würde den Druck erhöhen, der jetzt gegen die Re-

gierung Nikaraguas ausgeübt wird. Die Guerilla in Guatemala erhält materielle und moralische Hilfe von den Kommunisten in anderen Teilen der Region, und jeglicher Rückschlag für diese Kräfte in El Salvador und Nicaragua würde nicht nur die Aufständigen in Guatemala schwächen, sondern könnte auch Mexiko zu der Überzeugung bringen, dass es seine gegenwärtige Duldung gegenüber der Tatsache, dass die kommunistischen Partisanen sein Territorium benutzen, überdenken muss. Die gegenwärtigen Probleme in diesen Nationen sind voneinander verschieden, aber miteinander verbunden, und die Lösungen sind für alle identisch.

### *Die Achillesferse der sandinistischen Regierung*

Diese Studie untersucht knapp die aktuelle Lage in einem jeden dieser drei Länder und empfiehlt potentielle Strategien, die wirksam die Beibehaltung der Unabhängigkeit dieser Nationen und den Schutz lebenswichtiger Interessen der USA fördern können.

Die marxistische nikaraguensische Regierung (bestehend aus der Sandinistischen Führung und der ihr untergeordneten Junta), die seit dem 19. Juli 1979 an der Macht ist, verliert nach und nach die Unterstützung des Volkes, aufgrund ihres Ungeschicks bei der Bewältigung der schwerwiegenden ökonomischen Probleme und bei der Erfüllung ihrer Versprechen an das breite Spektrum gesellschaftlicher Kräfte, die die Revolution unterstützt hatten. Die ökonomischen Beschränkungen werden etwa um den Dezember 1980 herum noch schwerwiegender sein und können zumindest eine begrenzte Unzufriedenheit in der Bevölkerung hervorrufen, vor allem zum Ende der gegenwärtigen Ernteperiode (Mai- Juni 1981), wenn die Nation ein krasses Gelddefizit haben wird, es sei denn, sie erhält massive Auslandshilfe.

Die Regierung Carter trat für die finanzielle Unterstützung der Sandinistischen Regierung ein, im Glauben, eine ökonomische Krise in den nächsten zwei oder drei Jahren könnte die Revolution "radikalisieren" und noch mehr Schwierigkeiten für die demokratischen Kräfte schaffen, die marxistische sandinistische Regierung zu verdrängen. Die von den USA seit Juli 1979 gegebene finanzielle Hilfe (von annähernd 125 Millionen Dollar, die schon gezahlt wurden oder noch zu zahlen sind) macht aus den USA den wichtigsten Helfer der Sandinisten.

Bei einem Fest im Juni 1980 bemerkte der sowjetische Botschafter in Nicaragua, dieses Land sei ein internationales Experiment, denn es könnte sich hier um die erste sozialistische Revolution handeln, die gemacht wird mit Hilfe des örtlichen privaten Sektors und mit Fonds aus den USA. Für all ihre Hilfe haben die USA nur wenig Anerkennung von den Nikaraguensern bekommen. Die US-Botschaft in Nicaragua weist darauf hin, dass die sandinistische Regierung versucht, die Publicity über die Finanzhilfe der USA zu verringern, und Führer des privaten Sektors sind der Meinung, einer der vielen Fehler der US-Regierung sei die Hilfe für Nicaragua. Sie sagen, die Nikaraguenser hören mehr von dem Geld, das die USA nicht geben als von dem, was sie geben. Private nikaraguensische Ökonomen meinen, die Höhe der Auslandshilfe habe es unmöglich gemacht, dass die Bevölkerung des Landes die wahren Auswirkungen des Zerfalls der Ökonomie zu spüren bekommt.

Während sie die Wirtschaft schlecht verwaltet, hat die Sandinistische Regierung ihre Militärkräfte, den Sicherheitsdienst und die Polizei gebildet, die allerdings aufgrund des Mangels an Organisation und Moral noch schwach sind. Die Regierung

indoktriniert die Jugend, angefangen bei den Vierjährigen über eine von kubanischen und sandinistischen Lehrern geleitete Alphabetisierungskampagne. Örtliche Geheimdienste in Guatemala und El Salvador sind der Meinung, dass die Sandinisten ausserdem den aufständischen Kräften beider Länder logistische und moralische Unterstützung gewähren.

### *Die emotionale Bindung des Volkes an die Sandinisten*

Trotz ihrer wachsenden Enttäuschung über die Sandinistische Regierung haben die nikaraguensischen Werktätigen noch immer eine emotionale Bindung an die revolutionäre Bewegung.

Es ist zu erwarten, dass diese Bindung in dem Masse schwächer wird, in dem sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert. Es gibt schon jetzt einige Anzeichen für eine wachsende Treue der Arbeiter zu ihren Arbeitgebern des privaten Sektors und einer sich verringerten Treue zu den von der Regierung geförderten Gewerkschaften. Obwohl die Nikaraguenser gerade einen harten Bürgerkrieg hinter sich haben, der praktisch 2,5% der Bevölkerung umgebracht hat, gibt es einige Anzeichen für eine wachsende Zustimmung der breiten Basis zu der Idee, die Waffen zu ergreifen und die Sandinistische Regierung zu stürzen. Und diese Unterstützung des Volkes für den Sturz der Sandinistischen Regierung kann in dem Masse wachsen, indem sich die ökonomischen Problemen weiter entwickeln. Es gab schon örtlich organisierte Bewegungen, bewaffnete Erhebungen auf kleiner Ebene gegen die Regierung, und Teile des Inlandes haben sich in offen feindselige Gebiete für die sie besuchenden Regierungsvertreter gewandelt.

Zweifellos könnten diese unzufriedenen Nikaraguenser in bewaffneten Kampf gegen die Sandinisten von den ehemaligen Angehörigen der Nationalgarde unterstützt werden, die jetzt im Exil leben. Aber diese Militärs werden von den Menschen in Verbindung gebracht mit demehmaligen Staatschef Somoza, der in einem breiten Teil der nikaraguensischen Bevölkerung unpopulär war. Welche Auswirkungen der Tod Somozas auf die Akzeptierung einiger dieser Gardisten durch die Nikaraguenser haben wird, wird davon abhängen, wie weit diese Gardisten in der Lage sind, ihren Ruf der Korruption und Brutalität zu überwinden. Wenn die Gardisten den Grad ihrer Akzeptierung im Volk überschätzen und in den Kampf eintreten, könnten sie eher die Unterstützung für die Sandinisten festigen.

Abgesehen von ihren anderen Problemen zeigen die Sandinisten auch Anzeichen innerer Uneinigkeit. Anfänglich waren Tomas Borge, der Innenminister, und Sergio Ramirez, Juntamitglied, die Schlüsselfiguren. Heute wurden sie, was die Macht betrifft, durch den Verteidigungsminister Humberto Ortega und seinen Bruder Daniel, Juntamitglied, ersetzt. Der Stern des Landwirtschaftsministers Jaime Wheelock steigt ebenfalls, und einer der Helden der Revolution, Eden Pastora, hat beträchtlich an Einfluss verloren.

Ausserdem hat die Sandinistische Armee, in der es anfänglich keinen Rang gab, jetzt eine Struktur mit Rang angenommen und befolgt auch das Protokoll, zur Enttäuschung der jungen Revolutionäre, die in den Bergen gegen Somoza gekämpft haben und die jetzt meinen, dass sie unter schlechter Führung stehen. Aber jeglicher Kampf zwischen den Führern und Mitgliedern der Sandinistischen Front könnte, wenn er nicht durch nicht-kommunistische Nikaraguenser beeinflusst wird, durchaus dazu führen, dass eine kommunistische Regierung von einer anderen abgelöst wird.

Es wird nicht möglich sein, und zwar ganz unabhängig vom Grad der Unzufriedenheit im Volk, die gegenwärtige kommunistische Regierung anders als durch eine militärische Aktion zu verdrängen. Unter geeigneten Umständen sind die Nikaraguenser selbst bereit, diese Aktion zu beginnen, und jegliche militärische oder parlamentarische Hilfe der USA wäre überflüssig und unangebracht.

### *Die »freien« gesellschaftlichen Kräfte*

Die demokratischen Kräfte in Nicaragua existieren zur Zeit und sind einsetzbar. Die katholische Kirche ist einflussreich. Es gibt viele politische Parteien, von der gemäßigten Linken bis zur konservativen Rechten, und sie sind sich einig in ihrer Opposition zu den Sandinisten. Die Kirche und diese politischen Parteien haben vor, gegen die kürzlich erfolgte Ankündigung zu protestieren, man werde die Wahlen zu einer neuen Regierung 1985 durchführen, drei Jahre später, als sie es erwartet haben. Es gibt in Nicaragua eine freie Zeitung, beeinflusst durch einen mutigen jungen Mann namens Pedro Joaquin Chamorra, Sohn des ehemaligen Eigentümers.

Die freien Gewerkschaften wetteifern erfolgreich um die Beteiligung der Arbeiter, die langsam das Vertrauen in die von den Sandinisten geschaffenen Gewerkschaften verlieren. Der private Sektor ist vereint unter einer Dachorganisation, dem COSEP, der mit Autorität für sie alle spricht. Obwohl der private Sektor innerhalb der von den Sandinisten geschaffenen Parameter arbeiten muss, hat er einen realen Einfluss aufgrund seiner ökonomischen Erfahrungen in einer Nation, die von einer Regierung verwaltet wird, die keine tiefe ökonomische Erfahrung besitzt und dank der wachsenden Zustimmung der Arbeiter zu den Arbeitgebern und nicht zu der Regierung.

Schliesslich befindet sich unter den freien demokratischen Kräften in Nicaragua die Ständige Menschenrechtskommission, geleitet von José Esteban Gonzales. Dieser Mann erhielt beträchtliche Aufmerksamkeit seitens der amerikanischen Botschaft und der internationalen Presse, als er über die Menschenrechtsverletzungen unter Somoza berichtete. Seit die Sandinisten die Macht ergriffen haben, erhält er wenig Aufmerksamkeit, obwohl die Bilanz der Regierung in Sachen Menschenrechte miserabel ist. Gonzales empfängt täglich fünfzig bis sechzig Personen, die besorgt sind um ihre verschwundenen oder inhaftierten Angehörigen. Er hat kein Geld für seine Arbeit, denn seine ehemaligen Gönner haben ihre Hilfe zurückgezogen. Augenblicklich ist er so bedroht von den Sandinisten, dass er jede Nacht woanders schlafen muss.

### *Die Sehnsucht des Volkes*

Die USA müssen die Sehnsucht des nikaraguensischen Volkes nach einer freien Gesellschaft unterstützen, für die es so lange beharrlich gekämpft hat. Mit den Problemen der regionalen Sicherheit im Hinterkopf und vor allem anderen sollten wir uns weniger Sorgen machen um die Natur jener Gesellschaft und ihrer Regierung als um ihre Neigung und Fähigkeit, eine ständige Quelle der Unterstützung für marxistische Revolutionen in anderen Teilen Mittelamerikas zu sein. In einem gut aufgebauten und speziell gegen die marxistisch-sandinistische Regierung gerichteten Programm sollten wir unsere begrenzten Mittel einsetzen, um die freien Gewerkschaften, die Kirche, den privaten Sektor, die unabhängigen politischen Parteien, die freie Presse und all jene zu unterstützen, die tatsächlich die Menschenrechte verteidigen. Wir sollten aufhören, eine Regierung zu unterstützen, die bankrott ist und die ganz deutlich plant, durch ihre Polizei und ihre Sicherheitskräfte an der

Macht zu bleiben, und deren Interessen denen der Nachbarn und der USA entgegengesetzt sind. Je länger diese Regierung an der Macht bleibt, umso stärker wird der Sicherheitsapparat sein, und umso schwieriger wird es sein, sie zu verdrängen. Wir dürfen das nikaraguensische Volk nicht aufgeben, aber wir müssen die sandinistische Regierung aufgeben.

Es ist sinnlos, diese Regierung durch Finanzhilfe der USA zu stützen, die ausserdem nur wenig Propagandawirkung im nikaraguensischen Volk hat. Die USA sollten aufhören, der sandinistischen Regierung grossangelegte Finanzhilfe zu geben, um so den mittelamerikanischen Revolutionären ein deutliches Zeichen zu geben, dass sie nicht vorhaben, linke Bewegungen in der Region zu stützen. Wenn die Sowjets diese Botschaft empfangen, können sie begreifen, dass es mit ihrer unerwarteten Möglichkeit, eine weitere linke Regierung in der Hemisphäre einzurichten, endgültig vorbei ist.

60% der kürzlich durch die 75 Millionen Dollar freigesetzten Gelder sind für den privaten Sektor bestimmt. Dieser Sektor bezweifelt, dass er all dieses Geld wirklich bekommt, und was auch immer er bekommt, er wird es anwenden müssen innerhalb der von den Sandinisten bestimmten Parameter. Immerhin werden die übrigen 40% dazu benutzt werden, um den Sandinisten zu helfen, die gegenwärtigen ökonomischen Probleme zu lösen. Obwohl der private Sektor diese Fonds unter den genannten Bedingungen erhält, hat er die USA gebeten, die Unterstützung für die Sandinistische Regierung beizubehalten, weil die Carter-Regierung ihnen keine andere Alternative zur Unterstützung des privaten Sektors angeboten hatte.

Eine Hilfe für die demokratischen Institutionen in Nicaragua, die richtig kanalisiert wird, kann viel wirksamer und weniger teuer sein als unser gegenwärtiges Hilfsprogramm für die Sandinistische Regierung.

Die Nikaraguenser wollten Somoza nicht, und ebensowenig wollen sie die gegenwärtige Sandinistische Regierung. Trotz ihrer Waffenprahlerei ist die Regierung noch schwach und kann mit einer bestimmten, koordinierten und konzentrierten Anstrengung beseitigt werden. Aber wenn wir den Nikaraguensern helfen wollen, dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir ein realistischeres Verständnis der marxistischen Gefahren in der Region als das von der jetzigen US-Regierung an den Tag gelegt wird.

# EL SALVADOR

## Die Wirtschaftskrise stärkt die Oligarchie

Mit der verbindlichen Zusage an die Oligarchie El Salvadors, die schon in der Anfangsphase steckengebliebene Landreform nicht mehr weiterzuführen, hat Präsident Duarte die Bankrott-erklärung für seine "Reformpolitik" abgegeben. Damit wird die Machtstellung der Oligarchie, die nie tatsächlich geschwächt war, offiziell bestätigt. Daß Duartes Politik auch international als gescheitert angesehen wird, bestätigt die Ablehnung weiterer Kreditbürgschaften für El Salvador durch die Weltbank Mitte März d.J.

Durch die permanente Kriegssituation, in der sich das Land seit Monaten befindet, und nicht zuletzt durch die sehr effektiven Sabotageaktionen der Guerilla gegen Energieversorgung und Produktionsstätten, rückt die salvadorienische Wirtschaft Tag für Tag dem Kollaps näher.

Die Zahlen sind alarmierend: Das Defizit im Staatshaushalt beträgt 225 Mio. Colones (fast 100 Mio. Dollar). Das Brutto- sozialprodukt für 1980 ist real um mindestens 17% gesunken und fällt damit auf das Niveau von 1974 zurück. Für das laufende Jahr ist ein noch weitaus größerer Einbruch jetzt schon vorauszusehen. Etwa 50% der industriellen Produktion ruht, die offiziell mit 30% angegebene Arbeitslosenrate wird von Wirtschaftsfachleuten auf mindestens 50% geschätzt. Die Alianza Productiva, der Zusammenschluß der kleinen und mittleren Privatwirtschaft, gibt an, daß im Zeitraum von einem Jahr 300 Unternehmen mit mehr als 15000 Arbeitsplätzen schließen mußten. Diese tiefgreifende Krise ist mehr als auf direkte Kriegseinwirkung auf die Tatsache zurückzuführen, daß das in- und ausländische Kapital seit mehr als einem Jahr praktisch nicht mehr in El Salvador investiert. Präsident Duarte gab gegenüber dem US-Kongreß an, daß etwa 300 Mio. Dollar an Investitionen zur Wiederbelebung der salvadorianischen Wirtschaft notwendig wären. Der salvadorianische Geschäftsführer einer seit langem in El Salvador erfolgreich arbeitenden deutschen Firma erklärt die Investitionsmüdigkeit so: "Erstens gibt es keine Garantie, wie dieser Krieg ausgehen wird. Zweitens weiß man nicht, wie weit die Regierung Duarte mit ihrem Reformprogramm gehen wird, Vielleicht werden sie morgen die Fabriken verstaatlichen, wie sie heute dabei sind, den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz zu enteignen. Das ist kein Klima für Investitionen. Wir brauchen die Rückkehr zur freien Privatwirtschaft!"

Dahinter wird das eigentliche, das politische Problem sichtbar: Die gegenwärtige Machtkoalition aus konservativen Militärs, Großgrundbesitzern, Industriekapital und Christdemokraten ist eine künstliche, eine Notlösung. Wenn überhaupt irgendwo, ist sie militärisch handlungsfähig - da haben die Christdemokraten nicht mitzureden. Politisch und vor allem wirtschafts- und sozialpolitisch heben sich die Interessen innerhalb der Koalition gegenseitig auf und lassen der wirt-

schafflichen Talfahrt freien Lauf.

"Die Wirtschaftspolitik der Christdemokraten hat doch nur ein Ziel: Dämme aufbauen gegen die Unterstützung, die die bewaffnete Linke bei den Campesinos und bei den Massen städtischer Armer hat," sagt der Unternehmenschef und es ist ihm unschwer anzumerken, daß er sich von dieser Sympthusearbeit nicht viel verspricht.

### Beispiel: Landreform

Die Landreform ist der Kernpunkt des Reformprogramms der Regierung und soll zumindest Teile der Campesinos, die ja die Mehrheit im Lande stellen, an die Regierung binden und von der Guerilla isolieren. "Sie binden damit niemanden. Profitieren tun sowieso nur die Bauern, die onehin gegen die Guerilla sind." Diese Sprache der Unternehmer ist erstaunlich klar - ganz im Gegensatz zu den sehr ideologischen Erklärungen der Christdemokraten.

Das Scheitern der "Reform" zeigt sich an folgender Tatsache: Nur der erste Abschnitt der Landreform, der die Enteignung von Landgütern mit mehr als 500 ha betraf wurde durchgeführt. Die für die salvadorianische Wirtschaft entscheidenden ertragreichen Kaffeeplantagen sind jedoch alle zwischen 250 und 500 ha groß und sollten in der zweiten Phase der Reform umverteilt werden. Dies konnte von der Oligarchie, deren wirtschaftliche Macht auf den Kaffeeprofiten basiert, verhindert werden. Damit konnte das Ziel der Christdemokraten - die Bauern durch wirtschaftliche Zugeständnisse von der Opposition zu trennen - nicht erreicht werden.

Teile der enteigneten Großgüter sind bisher nicht bezahlt worden. Die Regierung bietet als Entschädigung Schuldscheine an, mit 30 Jahren Laufzeit und 6% Verzinsung angesichts der galloppierenden Inflation von ca. 30% wahrlich kein lukratives Angebot. Die Reaktion der Reichen, ob nun direkt betroffen oder nicht, ist Sabotage der Regierungsprogramme. Sie investieren einfach nicht mehr. Sie wollen nicht zulassen, daß sich dieses christdemokratische Reformprogramm, hinter dessen Fassade sie sich wegen des wachsenden inneren und äußeren Drucks zurückgezogen haben, verselbständigt und eines Tages wirklich ihre wirtschaftliche Macht antasten könnte. Deshalb bremsen sie, wo sie können. Im Januar bot Duarte ihnen das Wirtschaftsministerium an. Der Unternehmerverband wollte gleich die ganze Hand und verlangte alle entscheidenden Posten für die Bereiche Wirtschaft, Produktion und Finanzen. Für die Christdemokraten wäre das der endgültige Untergang gewesen, also zogen sie schnell die Hand zurück. Erreicht haben die Großgrundbesitzer zumindest, daß die Agrarreform endgültig und offiziell abgebrochen wurde.

### Beispiel: Arbeitslosigkeit

Eine Regierung, die im Bürgerkrieg steht, kann sich eine so hohe Arbeitslosigkeit (50%) nur leisten, wenn sie ohnehin entschlossen und auch in der Lage ist, eine rein militärische Lösung durchzusetzen. Wäre die salvadorianische Regierung, d.h. ihr Militär, dazu in der Lage und hätte sie dazu den notwendigen außenpolitischen Rückhalt so wäre sie auf die Mitwirkung der Christdemokraten nicht mehr angewiesen.

Deren einzige Überlebenschance liegt also darin, alles daran zu setzen, durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine noch breitere Unterstützung für die revolutionäre Linke zu verhindern. Daher kommen die vielen restriktiven Maßnahmen, die Devisenbeschränkung, die fast totale Importsperr, die Investitionen im Bereich öffentlicher Arbeiten.

Für die Rechte und zumindest die Führung des Unternehmerverbandes grenzt eine solche Wirtschaftspolitik schon an Sozialismus. Nach chilenischem Muster wollen sie, bewußt Massenarbeitslosigkeit und Kaufkraftschwund in Kauf nehmend, den völlig freien Markt wieder herstellen. Ihre Sabotagemöglichkeiten sind durchschlagend: Kapitalflucht und Betriebs-schließungen.

#### Die Klassische und die demagogische Lösung

Inzwischen ist zur Gewißheit geworden, daß die internationalen Banken nicht mehr bereit sind, irgendetwelche Investitionen oder Kredite abzusichern. Damit aber ist für die Unternehmer das große Geschäft, mit minimalen Löhnen in El Salvador schnell das große Geld zu machen, vorerst geplatzt. Diese wirkt sich mit Sicherheit auf das gesamte Klima von Geschäften und Investitionen im Lande aus. Die Folge wird sein: Weiter steigende Inflationsraten und Arbeitslosenzahlen auf der einen Seite, weitere Radikalisierung der Arbeiterschaft auf der anderen. Die Lösung der Krise jedenfalls wird unmöglich.

Wie im militärischen, so auch im politischen und wirtschaftlichen Bereich ist die einzige Stütze, die der Regierung bleibt, die Unterstützung durch die USA. Letztendlich werden die USA die Entscheidung fällen, welchem der beiden Konzepte sie die besseren Chancen einräumen, das Land zu "befrieden": Dem rein militärischen der Oligarchie, der Militärführung und der Unternehmerführer, die unter keinen Umständen bereit sind, an den sozialen Verhältnissen etwas zu ändern und die das Land in diese Krise und bis in den blutigen Bürgerkrieg gebracht haben oder dem der Christdemokraten Duartes, die versuchen, sich selbst als Alternative zu der revolutionären Veränderung aufzubauen. In ihrer Bereitschaft, dies mit brutalem Einsatz militärischer Gewalt gegen jeden Widerstand durchzusetzen, stehen die salvadorianischen Christdemokraten den Militärs kaum nach.

#### Die Alternative

Die salvadorianische Linke hat die gerade in Bezug auf die Wirtschaftspolitik unüberbrückbaren Widersprüche innerhalb der Machtkoalition erkannt. Ihre Argumentation, daß dadurch die Wirtschaftskrise objektiv unlösbar geworden ist, zielt ganz bewußt auf die Teile des Bürgertums, und damit auch der Unternehmer, die nicht bereit sind, das Land nach der Devise "alles oder nichts" in die Katastrophe zu stürzen. Die FDR/FMLN Opposition hat wiederholt klar gemacht, daß in El Salvador ohne sie, das heißt auch, ohne grundlegende soziale Reformen, keine Lösung mehr möglich ist. "Vaterland für alle - oder für niemand" heißt eine ihrer Parolen. Teile der Unternehmer und des Mittelstandes scheinen inzwischen bereit, ein "EL Salvador für alle" der rein militärischen Lösung, und dem damit einhergehenden völligen wirtschaftlichen

Zusammenbruch, vorzuziehen. In einer Ende März veröffentlichten Erklärung des Kleinunternehmerverbandes FENAPAS (stellt ca. 80% der Arbeitsplätze im Industrie- und Handwerkssektor) heißt es: "Die derzeitige Regierungskoalition ist alles andere als pluralistisch. Sie ist zu einem Indeterminis für die normale ökonomische Entwicklung geworden. Hoffnung und Toleranz sind erschöpft, die Politik der Regierung ist zum Scheitern verurteilt."

Die Äußerungen des FENAPAS werden sowohl als Warnung sowohl an die Großunternehmer als auch an die Junta gewertet, daß es für den Verband evtl. die Möglichkeit des Dialogs mit der FDR gäbe, wie es ihn ja vor 14 Monaten gegeben hat. "Päsident" Duarte schwankt zwischen allen Stühlen. Seine Möglichkeiten, mit politischen Zugeständnissen alle Machtflügel beisammen zu halten, sind gleich Null. Die Manöver, die die Interessengegensätze innerhalb der Regierung verdecken sollen, verlängern nur die Leiden des Volkes in El Salvador. In Teilen des Landes herrscht ein dringender Mangel an Nahrungsmitteln. Die USA verschlimmern diese Leiden durch ihre Waffenlieferungen. Wenn die USA nun erneut eine Wirtschaftshilfe von 126 Mio Dollar ankündigen, kann das bei der mangelnden Investitionsbereitschaft der Wirtschaft nur heißen, daß die Gelder nur unzufriedene Unternehmer bei der Stange halten soll und sie für Gewinneinbußen zu entschädigen.

Der sich abzeichnende völlige wirtschaftliche Zusammenbruch El Salvadors wird vor allem die breite Bevölkerung treffen. Sie, die jetzt schon am meisten unter dem Krieg der Regierung gegen das Volk zu leiden hat. Eine wirkliche Lösung kann es nur ohne US-Einmischung geben, mit der FDR/FMLN als tragendem Faktor, für die Bevölkerung.



## Projekt Morazan:

### Wiederaufbau im kontrollierten Gebiet

Eine der Provinzen, in der das Militär bisher vergeblich versucht hat, die Guerilla zu vernichten, ist die Provinz Morazan. Hubschrauber mit Bord-MG, Flugzeuge mit Phosphorbomben, alles, was die USA an moderner Technologie für den Anti-Guerilla-Kampf nach El Salvador geflogen haben - in Morazan kam es zum Einsatz. Trotz Panzern und schwerer Artillerie konnte die Armee nicht in das bergige, dicht bewaldete Gebiet vordringen. IN Morazan hat die FMLN politisch und militärisch ihre Positionen ausbauen können. Der Rückhalt in der Bevölkerung war hier immer besonders stark. Morazan zählt jetzt zu den von der Guerilla kontrollierten Gebieten. Konkret heißt das:

- Frauen und Männer haben sich dem Revolutionären Heer angeschlossen
- Kinder übernehmen Kurier- und Spähdienste
- Alte und Junge arbeiten in den Werkstätten und kleinen Fabriken zur Herstellung von Waffen
- Männer und Frauen kümmern sich um die Lebensmittelversorgung und Wasserbeschaffung
- alle lernen, mit Waffen umzugehen.



Die "muchachos" sichern die Zugänge zu den befreiten Orten

In Morazan konkretisiert sich von Tag zu Tag mehr die Poder Popular, die Volksmacht:

- Grundnahrungsmittel werden kollektiv produziert und verteilt, die Zuckerernte wurde zum ersten Mal kollektiv eingebracht
- eine Alphabetisierungskampagne für die gesamte Bevölkerung der Provinz ist angelaufen (EDUCACION POPULAR)
- Hospitäler werden errichtet, in denen die Bevölkerung mit den Aufgaben der Hygiene- und Gesundheitserziehung vertraut gemacht wird (MEDICINA POPULAR)
- politische Kommissionen werden gebildet (Organos de PODER POPULAR)

In der Mitte April von der Guerilla eingenommenen Stadt Villa del Rosario in Morazan sind Bevölkerung und Guerilla dabei, nicht nur die Verteidigung des Ortes, sondern vor allem ein neues Leben zu organisieren. Am Ostersonntag wurde zum ersten Mal nach fast einem Jahr wieder eine Messe gehalten. Die Kirche war vorher vom Heer als Kaserne benutzt worden, der Priester seit langem vertrieben wegen "subversiver Tätigkeit". Inzwischen ist auch ein Gesundheitsposten in Rosario eingerichtet worden, brigadistas de salud der FMLN begannen sofort, die kranken und unterernährten Kinder des Ortes zu behandeln, die seit Monaten keinen Arzt mehr gesehen hatten. In Versammlungen der Bewohner wurde eine neue Verwaltung der Stadt bestimmt und Kommissionen für Gesundheit, Sauberkeit und Verteidigung gebildet. Eine andere Kommission bereitet die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktion vor, die völlig zum Erliegen gekommen war.

Die Eroberung der Stadt Villa del Rosario und der sofortige Beginn der Aufbauarbeit weckten im ganzen Land große Hoffnungen. Das Militär wird mit allen Mitteln versuchen, diese Stadt zu zerstören, und mit ihr alle darin liegenden Hoffnungen. Eines der wichtigsten Projekte in Morazan ist ein seit Anfang Fe-



In Morazán beginnt die Bevölkerung den Alltag neu zu organisieren

bruar 81 in den Bergen von der Guerilla installierter Kurzwellensender. Dieser Sender ist deshalb von fundamentaler Bedeutung, da er das einzige Medium in den Händen der FMLN ist, das in der Lage ist, die totale Informationsschranke zu durchbrechen, die die Junta errichtete, als sie die gesamte Opposition in den Untergrund trieb. Radio Venceremos kann nun die Bevölkerung nun wieder mit Nachrichten versorgen, Berichte geben über die Fortschritte des politisch-militärischen Kampfes, die Niederlagen des Feindes und über die Situation an allen Fronten des Befreiungskampfes. Darüber hinaus hat die Opposition mit diesem Sender wieder die Möglichkeit, nach außen zu treten. Allerdings lassen die technischen Möglichkeiten von Radio Venceremos noch sehr zu wünschen übrig: der Sendebereich ist sehr klein, der Empfang ist noch ziemlich schlecht. Der technische Umbau ist geplant, ebenso wie die inhaltliche Gestaltung des Programms.

Alle diese Projekte in Morazan geben der FMLN/FDR die Möglichkeit, der Bevölkerung ihre Vorstellungen von einem neuen, gerechten Leben klarzumachen. Hier - am Beispiel Morazan - kann die Bevölkerung konkret nachvollziehen, wie das Leben in El Salvador aussehen soll, wenn die faschistische Militärjunta vertrieben ist.

Zur Verwirklichung dieser Vorstellungen und zum Ausbau der Projekte ist sehr viel Geld nötig. Wir haben bisher den militärischen Kampf des Volkes von El Salvador moralisch, politisch und materiell unterstützt. 1,5 Millionen DM konnten durch die breite Solidarität in der BRD der FMLN für Waffen übergeben werden. Die konsequente Fortsetzung dieser Solidarität liegt in der Unterstützung des politischen Kampfes der FMLN/FDR und den Versuchen des Volkes inmitten von Terror und Blutvergießen ein befreites Gebiet zu schaffen.

Deshalb rufen wir euch auf: Spendet für die Projekte in Morazan, unterstützt die Bevölkerung und die FMLN/FDR bei ihrer Aufgabe, das Leben neu zu organisieren!

El Salvador-Komitee Berlin

Spenden bitte an: Ulrike Nusser-Müller-Busch  
Bank für Handel und Industrie (Berlin)  
Konto-Nr.: 944 26 01 00  
BLZ 100 800 00

## Interview mit Guillermo Ungo

Die Möglichkeit eines Dialogs zwischen der militärisch-christdemokratischen Regierungsjunta und den Oppositionskräften in El Salvador hat in den letzten Wochen viel Anlaß zu Spekulationen gegeben. Verschiedene lateinamerikanische Regierungen und internationale politische Kräfte wie Sozial- und Christdemokratie haben erste Versuche zur Vermittlung unternommen.

Der Präsident der salvadoreanischen Frente Democrático Revolucionario (FDR), Guillermo Ungo, nahm in der mexikanischen Wochenzeitschrift PROCESO (Nr. 233 vom 20. 4. 1981) zu diesen Versuchen und den Aussichten einer politischen Lösung in El Salvador Stellung:

Ungo: Begriffe wie "Dialog", "Wahlen", "Demokratie" oder "Menschenrechte" haben viele Nuancen, und die Unterdrücker in unserem Land verstehen darunter etwas ganz anderes als das Volk. Wir müssen sehr vorsichtig sein, denn der "Dialog" kann auch ein Manöver sein, das das militärische Programm zur "Endlösung" nur verschleiern soll. Mit den Wahlen, die wir seit einem halben Jahrhundert alle zwei Jahre gehabt haben, ist es uns genauso gegangen: sie waren nichts anderes als ein Instrument im Dienste der Repression. Wir haben immer unsere Gesprächsbereitschaft betont - besonders seit November vergangenen Jahres -, aber wir wollen einen Dialog mit Sinn und Ziel - keinen Todesdialog. Denen, die das Wort "Gesprächsbereitschaft" im Munde führen, während sie das Volk massakrieren, können wir nicht vertrauen. Unser Vertrauen gilt dem ehrlichen Gespräch, das Frieden und Demokratie wiedergewinnen hilft. Daher halten wir eine Teilnahme der USA in diesem Dialog für unerlässlich, da die Vereinigten Staaten die einzige politische und militärische Stütze der Regierungsjunta sind. Ohne sie ist es unmöglich, durch Verhandlungen zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Ohne sie gäbe es d. och wieder nur Versprechungen, die in unserem Land noch nie gehalten worden sind. Die FDR sieht eine Vermittlung als ein Instrument an, das Zeugen zuläßt, die dem ehrlichen politischen Willen der Teilnehmer Glaubwürdigkeit verleihen. Wir sind interessiert, gewillt und bereit, eine politische Lösung zu suchen - aber eine politische Lösung, die im Interesse des Volkes liegt: für eine demokratische Regierung und ein demokratisches Regierungsprogramm, das die sozialen Veränderungen durchführt, die das Volk will.

Das direkte Gespräch mit der Junta halten wir, zumindest für den Augenblick, nicht für sinnvoll, da es nur zu einem weiteren Mittel des politischen und ideologischen Kampfes und der Propaganda für beide Seiten werden würde. (...) Wir sind deshalb sehr froh, daß der Vatikan, Monsignore Rivera y Damas, sowie die Regierungen Mexikos, Panamas und Venezuelas ihre Bereitschaft gezeigt haben, in dem Konflikt zu vermitteln. Weitere bedeutende politische Kräfte wie die Internationale Christdemokratie und die Sozialistische Internationale haben sich ebenfalls in diesem Sinn geäußert.

(...) Wir wären sogar damit einverstanden, daß an der Suche nach einer politischen Lösung nicht nur die FDR, sondern auch Kreise demokratischer gesinnter Militärs und der Christdemokratie El Salvadors beteiligt werden. Es muß jedoch klar sein, daß ein solcher Weg nur gangbar ist, wenn die faschistischen Elemente aus der Regierungsjunta verschwinden. Es wäre kindisch zu glauben, die Faschisten seien an einem ehrlichen Dialog interessiert. (...)

Frage: Die FDR besteht also darauf, zunächst einen Dialog mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu führen, um so einen gewissen Druck auszuüben und die salvadoreanische Oligarchie auszuschalten?

Ungo: Ein Dialog mit den Vereinigten Staaten könnte mit der Hilfe Dritter – internationaler politischer Kräfte oder interessierter Regierungen – realisiert werden. Was den Dialog mit der salvadoreanischen Regierung angeht, so könnte auch der über Mittelsmänner laufen. Das wäre eine Möglichkeit zu sehen, ob Napoleón Duarte wirkliche Macht und politische Handlungsfreiheit besitzt, oder ob er nur eine Art Gefangener der faschistischen Militärs ist. Es würde sich dann zeigen, ob es noch Demokraten in der Regierung gibt.

Für uns ist klar, daß das Militär die Regierungsjunta beherrscht und natürlich gegen einen Dialog ist, denn genau diese Gruppe würde als erste verschwinden müssen, bevor man zu irgendeiner Einigung gelangen könnte. Zwei Ereignisse aus jüngster Zeit illustrieren die Position des Militärs. Eines ist der "Wink" an diejenigen Regierungsmitglieder, die ein mögliches Interesse am Dialog mit der Opposition haben könnten. In der vergangenen Woche wurde eine offizielle Mitteilung der Armee veröffentlicht, in der eine Liste von 138 Personen publiziert wurde – einschließlich Priestern Personen, die bereits tot sind, aller Führer der FDR und FMLN, sowie Personen, die sich bereits seit langem aus der Politik zurückgezogen haben –, die allesamt der Subversion verdächtigt und somit zu Todeskandidaten werden.

Der zweite Vorfall ist das jüngste Massaker – das zum täglichen Morden noch hinzukam – an 24 Menschen, das als "Zusammenstoß mit der Armee" bezeichnet wurde. Ausländische Journalisten, Verwandte und Bekannte der Ermordeten konnten jedoch nachweisen, daß die 24 gewaltsam aus ihren Häusern geholt und von den Soldaten ermordet wurden.

Frage: Gesetzt den Fall, Duarte wäre an Gesprächen mit der FDR interessiert. Glauben Sie, der harte Kern des Militärs könnte in diesem Fall einen neuen Putsch inszenieren?

Ungo: Wir können diese Möglichkeit nicht ausschließen. Die jetzige Regierung praktiziert andererseits schon eine Politik der Repression und des Völkermords, so daß ein weiterer Rechtsputsch unnötig ist. Die Rechte ist schon fest an der Macht. Ein weiterer Putsch würde ihr die Schminke vom Gesicht wischen und die Verkleidung vom Leibe reißen; die angeblich demokratische Regierung mit Beteiligung von Zivilisten. Das würde weder den USA noch dem intelligenten Teil der nationalen Oligarchie passen. Daher glaube ich, daß diese Möglichkeit relativ gering ist, wäre es doch der politische Selbstmord des faschistischen Regierungssystems in unserem Land. (...)

Frage: Sie erwähnten vorhin "demokratisch gesinnte Kreise der Armee". Beziehen Sie sich da auf Militärs wie den Obersten Adolfo Majano? Welche Verbindungen hat die FDR zu ihm?

Ungo: (...) Zwischen der FDR und Majano hat es Kontakte gegeben. Majano hat klar gesagt, daß er nicht zur FDR gehört. Aber er befindet sich in einem Prozeß zunehmender Übereinstimmung mit ihr. Wir haben seine Äußerungen sehr positiv aufgenommen.

Ausschluß und Diskussionsfeindlichkeit, die alle Regierungen unseres Landes einschließlich der jetzigen Junta praktiziert haben, gab es auch innerhalb der Armee. Sie standen in starkem Kontrast zum Diskussionsprozeß, der innerhalb der Opposition immer ausgedehnter wurde. Oberst Majano ist eines der Opfer der Ausschlußpolitik der Regierung und des Militärs. Er befindet sich jetzt im Ausland. Weitere

Informationen haben wir nicht über ihn. (...) Es wäre verfrüht, Verständigungsmöglichkeiten mit ihm zu sehen. Wir sehen in ihm aber einen Faktor auf militärischer Ebene, mit dem zu reden sein wird.

Frage: Könnten Sie sich vorstellen, sich mit Oberst Majano zu treffen?

Ungo: Sicher. Oberst Majano hat meiner Meinung nach Fehler begangen, hat zu häufig gezögert. Aber ich glaube, er hat demokratisches Interesse und eine demokratische Haltung bewiesen, und er vertritt eine Gruppe innerhalb der Armee, die ebenfalls unter der Repression der derzeitigen Junta leidet.

Frage: In ihrem denkwürdigen "Weißbuch" versuchen die USA sowjetische und kubanische Einmischung in den salvadoreanischen Konflikt zu beweisen. Die FDR hat diese "Informationen" als Lüge zurückgewiesen. Wir würden gern etwas eingehender über dieses Thema sprechen.

Ungo: Es ist nicht das erste Weißbuch, das eine US-Regierung produziert. Eines veröffentlichte sie vor ihrer Intervention in Guatemala zu Zeiten von Castillo Armas und ein weiteres vor ihrem Einmarsch in die Dominikanische Republik.

In Wirklichkeit sind diese Weißbücher der Berechtigungsschein der USA für eine Intervention. Das ist eine alte Technik. Das Weißbuch über El Salvador hatte jedoch auf internationaler Ebene keine großen Auswirkungen. In diesem Fall glich die Reagan-Administration dem Berg, der kreißte und eine Maus gebar. Die Argumentationsbasis dieses Weißbuchs ist falsch, und alle Welt weiß das. Wir haben keinerlei militärische Hilfe von keiner Regierung – ich betone das Wort Regierung – erhalten. Wir haben breite Solidarität empfangen als internationalen Ausdruck des Pluralismus, der in unseren Reihen herrscht. Schon die Konstitution der FDR und der FMLN beinhaltet einen ganzen Fächer verschiedener ideologischer Tendenzen. Wir haben Beweise internationaler politischer, diplomatischer, moralischer, humanitärer und materielle Solidarität von den verschiedensten Kräften erhalten; aus den USA selbst und der Mehrheit der kapitalistischen Länder, mehr als aus sozialistischen Ländern. Die USA könnten ebensogut behaupten – obwohl auch das falsch wäre –, daß sich die Sozialistische Internationale zu unseren Gunsten in den salvadoreanischen Konflikt einmischt. Die salvadoreanischen Volksorganisationen haben in Wirklichkeit ganz allein versucht, sich "Kriegsgerät" zu beschaffen. Sie haben es hauptsächlich auf dem internationalen Markt bekommen mit Hilfe gewisser Einzelpersonen und politischer Kräfte verschiedener Länder, niemals jedoch mit Hilfe einer Regierung.

Frage: Glauben Sie, daß die USA noch direkter militärisch in El Salvador intervenieren könnten, als sie es heute schon tun?

Ungo: Die US-Regierung ist da immer zweideutig gewesen. Die Reagan-Administration hat auf diese Frage nie eine eindeutige Antwort geben wollen. Wir schließen diese Gefahr nicht aus. Wir wissen nicht, ob es sich dabei nur um eine Drohung oder um Erpressung handelt. Was wir wissen, ist, daß es den USA immer schwerer fallen wird, noch direkter als bisher in El Salvador zu intervenieren, da sie sich dadurch international isolieren würden. Außerdem wird in weiten Kreisen der amerikanischen Bevölkerung – die Gesamtheit der Kirche, Vereine und Organisationen, Mitglieder der Demokratischen Partei und selbst der Republikanischen Partei – die Vorstellung von einem Einmarsch in El Salvador zurückgewiesen. Auf jeden Fall aber würde es den USA leichter fallen, in unser Land hinein- als wieder herauszukommen, da eine Invasion den Konflikt unweigerlich auf ganz Mittelamerika ausdehnen würde. Ich glaube, daß die US-Regierung ihr Konzept der "nationalen Sicherheit" ernsthaft überarbeiten muß, da sie sonst leicht in ihre eigene politische Falle tappt.

# COSTA RICA

## IWF-Politik und Arbeitskämpfe

Im Schatten der revolutionären und politischen Entwicklung in El Salvador, Nicaragua und Guatemala sowie auf dem Hintergrund einer sich zuspitzenden Finanz- und Wirtschaftskrise, häufen sich während der letzten Monate Meldungen über Menschenrechtsverletzungen, Streiks, brutale Polizeieinsätze, Bombenanschläge etc., die - von der bundesdeutschen Presse kaum beachtet - zu äußerster Besorgnis Anlaß geben. Der folgende Beitrag versucht einen Erklärungsansatz für die gravierende Wirtschaftskrise zu bieten, wobei besonders auf die Politik der amtierenden konservativen Regierung und des internationalen Währungsfonds (IWF) eingegangen werden soll. Daran schließt sich eine Darstellung einiger Beispiele der Repression und ihrer möglichen Auswirkungen an.

Die ökonomische, soziale und politische Entwicklung Costa Ricas weist zwar in vielerlei Hinsicht Unterschiede zu der Mehrzahl der anderen lateinamerikanischen Länder auf, was u.a. zu der Mythosbildung einer "Schweiz Lateinamerikas" führte, beruht jedoch auf ganz spezifischen inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen, die kurz vorgestellt werden sollen.

Aufgrund der ungünstigen Bedingungen für den spanischen Raub- und Plünderungskolonialismus (keine oder nur wenige indianische Arbeitskräfte und verwertbare mineralische und pflanzliche Rohstoffe), wurde das Land erst relativ spät - in der Mitte des 19. Jahrhunderts - im Zuge des Kaffee- und Bananenbooms fest in das kapitalistische Weltmarktssystem eingegliedert. Die Entwicklung seit dieser Zeit zeigt - trotz einiger gelungener Reformansätze und im Gegensatz zur oben genannten euphorischen Betrachtungsweise - alle Merkmale einer peripheren kapitalistischen Entwicklung und deren Auswirkungen.

Die sich in den letzten Jahren häufenden und verschärfenden Arbeitskämpfe und illegalen Landbesetzungen, die Mißstände auf den Bananenplantagen wie die allgemeine Tendenz der Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Bevölkerungskreise, geben erste Hinweise auf die Widersprüche zwischen Anspruch und sozialer Realität.

Auf diese - durch die revolutionäre Entwicklung in Nicaragua verstärkt wirkenden - destabilisierenden Faktoren, wirkte sich die ungeheure Energieverteuerung seit Mitte der 70er Jahre verheerend aus. Zugleich verringerte sich der Exporterlös besonders bei den Hauptausfuhrprodukten Kaffee und Bananen. Dies schlug sich in einer massiven Inflationswelle nieder, und auch andere, in der Struktur des Wirtschaftssystems begündete Mängel traten nun deutlicher hervor.

Während es in der Vergangenheit mehr oder weniger gelungen war, die schlimmsten Auswirkungen dieser Entwicklung aufzufangen, wurden gegen Ende der 70er Jahre die Grenzen des Entwicklungsmodells Costa Ricas - ein reformorientiertes Modell

mit einer am Weltmarkt orientierten Exportstruktur - deutlich.

Die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen übersteigt seit Jahren die Exporte. Durch Umschuldung und Neuaufnahme von Krediten versucht man, das Loch in der Handelsbilanz zu stopfen. Wie viele andere Entwicklungsländer sucht die Regierung gegenwärtig ihr Heil beim IWF, um der aussichtslosen Situation Herr zu werden. Inwieweit dieses "letzte" Mittel ungeeignet ist, die grundlegenden Probleme des Landes langfristig zu lösen und im Gegenteil die Klassenauseinandersetzungen verschärfen wird, soll in der folgenden Analyse der Vorschläge und Bedingungen des IWF, die an die Kreditvergabe geknüpft sind, aufgezeigt werden.

### die Bedingungen für den IWF-Kredit

Die direkte Beteiligung des IWF an der (Schein)Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise manifestiert sich gegenwärtig in dem Vorschlag, Kapital in das Land zu pumpen, um unmittelbar das chronische Zahlungsbilanzdefizit und die damit zusammenhängenden Probleme zu lösen. Der IWF gab kürzlich die Bedingungen für die Vergabe eines Kredites von rund 350 Millionen Dollar bekannt. Dieser Kredit soll innerhalb von drei Jahren ausgezahlt werden, die Rückzahlungsfrist beträgt 10 bis 12 Jahre. In der Folge werden die gestellten Bedingungen und ihre zu erwartenden Auswirkungen aufgelistet:

Instrumente (ökonomische Mittel)	Auswirkungen
<u>Strukturmaßnahmen:</u> 1. Entwicklung von Energieprojekten und Erhöhung der Exporte	Verminderung des Zahlungsbilanzdefizits und Anreize für das interne ökonomische Wachstum
<u>Konjunkturelle Maßnahmen:</u> 2. Freigabe des Wechselkurses für den Dollar mit einem Ausgangspunkt von 15 Colon für 1 Dollar	Erhöhung der Lebenshaltungskosten Zunahme der Arbeitslosigkeit Inflationsauftrieb
3. Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor um 1,5 Mill. C.	Verringerung der öffentlichen Dienstleistungen wie Erziehung etc. Verteuerung des Strompreises, Telefons und Wassers. Einschränkung der Löhne im öffentlichen Dienst
4. Permanente Angleichung der Preise	Einfrieren der Gewinne, aber Beschleunigung der Inflation
5. Höchststand der Außenhandels-schuld für 1981 von 350 Mill. C. (angestrebt)	Verringerung der Importe besonders des Handels und der Industrie. Preissteigerung.
6. Verringerung von Steuerabgaben für bestimmte Importe	Reduzierung von protektionistischen Maßnahmen verringert die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Industrie, Anstieg der Arbeitslosigkeit

7. Steuerabgaben für den Export von Fleisch und Veränderungen für andere Produkte (Bananen, Kaffee, Kakao) Streichung fiskalischer Anreize für ihre Produktion	Erschleichung finanzieller Ressourcen in Clon für die Regierung zur Finanzierung der Defizite. Man vermindert die positiven Folgen der Abwertung für die Exporteure
8. Steuerreform: Erhöhung der kommenssteuer, der Landbesitzsteuer, der Autosteuer	Verringerung der Einkommen von (Großgrundbesitzern und der Mittelklasse. Erhöhung der Preise. Die Gewinne des Großkapitals werden nicht berührt.

Nach Bekanntgabe der Zustimmung der Regierung zu den Bedingungen des IWF kündigten Gewerkschafter und Unternehmer die Möglichkeit eines nationalen Streiks an. Welchen Konfliktstoff diese Meldung in sich birgt, wird deutlich, wenn man sich die Streiks der letzten Jahre und die Mittel des Staates zur Beilegung dieser Konflikte vor Augen führt. Im Folgenden soll der Zusammenhang zwischen den Emanzipations- und Partizipationsbestrebungen der Arbeiter, Unterbeschäftigten und Arbeitslosen auf dem Hintergrund der Wirtschaftskrise mit dem Ausbau eines Staats- und Militärapparates mit zunehmend repressiven Funktionen dargestellt werden.

### Arbeitskonflikte und Repression

Zwischen 1972 und 1980 gab es insgesamt 168 Arbeitskämpfe, wobei besonders seit 1979 eine deutliche Verschärfung der Auseinandersetzungen zu registrieren ist. Diese Entwicklung hat ihren Ausgangspunkt in einem Streik vom Dezember 1979 auf den Bananenplantagen der Standard Fruit Company an der Atlantikküste. Bei diesem Streik ging es um folgende Forderungen: Anerkennung von Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeiter und Verbesserung der Sozialleistungen sowie eine 40 %ige Lohnerhöhung als Inflationsausgleich. Die Standard Fruit ging vor Gericht (Costa Rica ist stolz auf die demokratische Tradition). Das "unabhängige" Gericht erklärte den Streik kurzerhand für illegal, was wiederum der Regierung die Legitimation gab, 700 Angehörige der Sicherheitskräfte in die Region zu schicken, um "Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen und das "kommunistische Komplott" aufzulösen. Das Ergebnis bestand in 47 Schußverletzten und 150 vorläufig Festgenommenen.



Im Verlauf des Streiks demonstrieren die Pflücker und ihre Familien auch für die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen.

Am 7. April 1980 begann in der Hafenstadt Limón ein Streik mit ähnlichen Forderungen. (Dort wird gegenwärtig unter maßgeblicher Federführung der bundesdeutschen Firma ZÜBLIN der Hafen ausgebaut). Von dort ausgehend breitete sich der Streik auch wegen der unnachgiebigen Haltung der Konzerne und der Regierung über das ganze Land aus. So traten am 10. Juli von den 12 000 Beschäftigten der United Brands Cie. an der Pazifikküste 5 250 Plantagenarbeiter in den Streik. Es fanden sich wieder Richter, die den Streik für illegal erklärten. Die Polizei ging mit Tränengas und Waffen gegen Streikende vor. Als im Verlauf der Auseinandersetzungen zwei Polizisten als Geiseln genommen wurden, erschossen ihre Kollegen einen Arbeiter bei der Befreiung der Geiseln. In einer massiven Diffamierungskampagne der Medien versuchte man das Vorgehen zu legitimieren und einige angeblich von Moskau gesteuerte Rädelsführer für den Streik verantwortlich zu machen. Diese Kampagne in Verbindung mit der schlechten materiellen Situation war insofern erfolgreich, als die Arbeiter - auch wegen Versprechungen, die später nicht eingehalten wurden - wieder an die Arbeit gingen.

Diese neue Qualität der innenpolitischen Strategie zur Konfliktbewältigung setzte sich um in eine forcierte Aufrüstung und Militarisierung der Polizeieinheiten (Costa Rica hat keine Armee im herkömmlichen Sinn).

Ein weiterer Höhepunkt bei der schleichenden Einschränkung von elementaren Grundrechten stellen die Auseinandersetzungen um den Sender RADIO NOTICIAS DEL CONTINENTE dar. Dieser sorgte seit seiner Gründung vor einem Jahr für ständige Unruhe, da er sich als Sprachrohr der revolutionären und patriotischen Befreiungsbewegungen des Kontinents versteht. Diplomatische Schritte von Seiten Argentiniens, Honduras' und El Salvadors - also Ländern, über die aufgrund der dort herrschenden Verhältnisse viel berichtet wurde - hatten zunächst keinen Erfolg. So griff man zu härteren Mitteln. Der Terror wurde mehrmals von zivilen Terrortrupps unbekannter Herkunft überfallen. Im Februar dieses Jahres wurde von einem "nicht identifizierten" Flugzeug ein Behälter mit 25 Gallonen Benzin auf das Betriebsgebäude abgeworfen, der aber keinen größeren Schaden anrichtete. Offizieller Anlaß zur Schließung des Senders waren "Waffenfunde" im Sender selbst, die teilweise zur Verteidigung angeschafft worden waren, teilweise aber auch fingiert wurden. Die Betreiber des Senders versuchen gegenwärtig vor allem über mexikanische Zeitungen weiter publizistisch zu arbeiten.

Weiterhin erregten zwei Bombenattentate am 17. März dieses Jahres die Gemüter. Zielscheiben waren ein Auto der US-Botschaft mit drei Marines, die leicht verletzt wurden, sowie das honduranische Konsulat. Die Verantwortung für beide Anschläge wurde von einem Kommando "Carlos Agüero Echeverría" übernommen. Der Grund für die Attentate sei die Komplizenschaft der honduranischen Regierung mit der Junta El Salvadors. Daraufhin organisierten rechte Kreise mit Unterstützung der großen Parteien eine Demonstration "gegen den Terror", in deren Verlauf es zu Schlägereien mit der Polizei kam, als auch Rufe gegen Staatspräsident Carazo laut wurden.

Nur einen Tag vorher hatte sich in San José ein politischer Skandal mit erheblich größerer Tragweite abgespielt, der auch internationales Aufsehen erregte. Am helllichten Tag wurden sechs bekannte guatemaltekeische Mitglieder der Frente Democrático contra la Represión (FDCR) im Zuge einer breit angelegten Aktion mit mehreren anderen Personen mitten in der Stadt festgenommen. Nur die schnelle Bekanntmachung dieses Vorgangs und die daraufhin einsetzende internationale Solidarität verhinderten die Auslieferung nach Guatemala, was einem Todesurteil gleich gekommen wäre.

Dieser ungeheuerliche Vorgang zeigt deutlich, daß Costa Rica (nach Mexiko und Kuba Aufenthaltsort zahlreicher Asylanter des gesamten Kontinents) die freie politische Betätigung entscheidend einzuschränken versucht.

Die Zeiten als das Land als Drehscheibe internationalen Waffenhandels aktiv die sandinistische Revolution unterstützte sind vorbei. Im Gegenteil: Costa Rica, das Land, das den Sandinisten entscheidend half, unterstützt heute offen und eindeutig die Junta in El Salvador. Selbst die oppositionelle, sozialdemokratisch orientierte Partido de Liberación Nacional sah sich im Zuge des neuen Trends genötigt, in groß aufgemachten Zeitungsanzeigen eine Abgrenzung von kommunistischen Kräften, die den Frieden der Region stören, vorzunehmen. Die salvadoreanischen Flüchtlinge erhalten keine Anerkennung als politische Flüchtlinge und sind scharfen Repressionen ausgesetzt. Die Regierung muß darauf achten, daß die revolutionären Prozesse in den Nachbarländern nicht auf Costa Rica übergreifen.

Die herrschenden Kreise sind verunsichert, wie die zunehmenden Kapitaltransfers in "sichere Länder", vor allem in die USA, beweisen.

Die weitere Entwicklung sollte mit erhöhter Aufmerksamkeit beobachtet werden. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Krise nach dem Diktat des IWF - worüber sich die Regierung in zwei Lager spaltete, wie der Rücktritt von Finanzminister Sáenz, dem das Konzept zu lasch erschien, zeigt-, die Anlehnung an die Betrachtungsweise der USA für die Krisenursachen in der Region und die zunehmende Repression in allen gesellschaftspolitischen Bereichen schaffen jenes verhängnisvolle Klima, in dem schon zu viele lateinamerikanische Diktaturen ihren Ursprung fanden.

QUELLEN: uno más uno (Mexiko), Inforpress Centroamericana (Guatemala), La Nación (Costa Rica), Bohemia (Kuba), El Día (Mexiko), Latin America Weekly Report (London), Aportes (Costa Rica)

### !!! S U C H M E L D U N G !!!

1. Wer verbirgt sich hinter dem geschichtsträchtigen Pseudonym Marco Antonio aus 4400 Münster welches am 15. April 1981 unter eben diesem Tarnnamen 35.- DM für Abo-Kosten überwiesen hat ????????????????
2. Weniger geschichtsträchtig, doch mindestens ebenso unerkant bezahlte am 15. April. 1981 Wolfgang Meier aus 5300 Bonn -- und zwar 29.- DM für das Abo 81 (ab März?)  
Eure Abo-Kleopatra Ilka

## Religiöse Subversive oder subversive Religion?

Costa Rica ist ein Land mit einer langen und relativ stabilen demokratischen Tradition: "die Schweiz Lateinamerikas". Diese Selbstbezeichnung verkörpert einen gewissen nationalen Stolz, der ebenso Ausdruck der pazifistischen Tradition dieses Landes ist wie die Tatsache, daß Costa Rica keine Armee besitzt. Landesfrieden, innere Sicherheit und der Fortbestand dieser Geschichte sind die Tagesthemen, zu deren Unterstreichung kräftig die Werbetrommel gerührt wird.

Wollte man diesem Image Glauben schenken, wäre Costa Rica ein Land, in dem die Welt noch in Ordnung ist. Allerdings, so fragt man sich spätestens nach einem Tag Medienbeobachtung, ob dieses Bild nicht eher eine Wunschvorstellung als Realität ist: In Zeitungsanzeigen und häufiger noch in Einblendungen zwischen Musik, Werbung und Nachrichten erklingen zumindest stündliche Appelle an die Nation. Auf lange Sicht werden diese Appelle ihre Wirkung nicht verfehlen, sondern dazu dienen, in subtiler Weise einen eigenen Meinungsbildungsprozess zu verhindern, und das Nationalgefühl der Costarricenser in einer Weise formen, die kritische Anfragen an Mißstände nicht erlaubt und Widersprüche nicht zuläßt.

So sieht beispielsweise die wirtschaftliche Lage des Landes nicht allzu rosig aus. Die Inflationsrate ist enorm hoch. Mußte man vor einem Jahr für 1 US-Dollar noch 8,50 Colónes auf den Tisch legen, so sind es heute 16 bis 17 Colónes. Die Preise steigen zusehens, während die Löhne und Gehälter nur geringfügig erhöht werden. Demgegenüber sind die Preiserhöhungen der letzten Tage sehr einschneidende Ereignisse: Butter, Margarine, Öl, Salz und Brot verteuerten sich ebenso wie Reis, Milch sogar um 20 bis 25 %; ganz zu schweigen von den Preiserhöhungen der Bustarife. Dies sind Fakten, die in erster Linie die Grundnahrungsmittel betreffen und so vor allen Dingen die kleinen Leute hart ankommt, deren oft zahlreiche Kinderschar gewiß nicht weniger Hunger hat oder weniger Nahrung bedürfen, als zuvor.

Streiks und Demonstrationsmärsche, die früher keine ausgeprägte Tradition besaßen, sind immer häufiger Ausdruck der Unzufriedenheit und der vielfach nicht erfolgreichen Versuche, Lohnerhöhungen und Lohnangleichungen zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund war die Luft im Lande spürbar dick, als vor wenigen Wochen zwei Bomben in San José detonierten. Polizeikontrollen wurden verstärkt und die zahlreichen lokalen Radiostationen überschlugen sich fast mit Parolen und Appellen, die - zwischen andere Sendungen eingebettet - Panik vermeiden sollten. Es wurde zu Einheit und Zusammenhalten aufgerufen, das nationale Ich gestärkt: ' Wir sind uns alle einig, daß Costa Rica an erster Stelle kommt. In unserem Land und unserer friedliebenden Tradition entsprechend dürfen wir es nicht zulassen, daß Terror unser Land und unsere Demokratie zerstört. Wir sind uns alle einig, daß Costa Rica am wichtigsten ist und daß wir stolz sein können, Costarricenser zu sein, denn es ist ein Privileg Costarricenser zu sein.'

Im selben Atemzug nahmen die Anzeigen der "Anti-Kommunismus-Bewegung" in der Presse zu, ebenso Verdächtigungen gegenüber Ausländern, besonders aus Nicaragua und El Salvador. Notizen über Festnahmen und Ausweisungen folgten; laut einer Pressemeldung vom 3.4.81 wurden allein im März 56 Personen des Landes verwiesen, über die Hälfte Nicaraguenser, ein Drittel Salvadorianer sowie weitere Personen aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern. Zu den Meldungen über Ausweisungen gesellten sich Meldungen über Ausweisungsandrohungen und -ankündigungen vor allem bezogen auf salvadorianische Priester. Diese Tatsachen ließen auf den verschiedensten Ebenen aufhorchen. So wurde in diesem Zusammenhang auch immer wieder der Begriff der 'Religiösen' gebraucht, der gewöhnlich für katholische Ordensleute steht, jetzt aber eindeutig in einem erweiterten Sinn verwendet wird und generell für die Vertreter oder Mitglieder der verschiedenen Glaubensgemeinschaften verwendet wird.

Die Hausdurchsuchung im ökumenischen Forschungsinstitut (DEI) ist im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Wochen zu verstehen: Sechs Beamte des gerichtlichen Untersuchungsausschusses OIJ stellten sich mit einem Hausdurchsuchungsbefehl vor, der unter der Verdächtigung ausgestellt worden war, daß sich im DEI möglicherweise zu beschlagnahmende Waffen befänden.

Daß dies nur ein Vorwand war, zeigte sich während der Hausdurchsuchung vom 20.3.81. Nicht nur das Gebäude wurde aufs Genaueste inspiziert, sondern auch die Archive, Bücher, Zeitschriften und sämtliche Druckerzeugnisse in der Bibliothek. Dabei wurden während der Bücherrevision die Personen, die sich an jenem Nachmittag studienhalber im DEI aufhielten, wiederholt verbal bedroht und Anschuldigungen ausgesetzt. Am Ende ihrer Arbeit verhafteten die Vertreter des OIJ 5 der Personen im DEI und beschlagnahmten 19 Bücher, sowie eine grössere Anzahl von Zeitschriften unter dem Vorwand, es handle sich um 'subversives Material'. Fast alle diese Bücher dienen im theologischen Ausbildungsprogramm als Textbücher und sind vielfach in andere Sprachen übersetzt und international bekannt, wie beispielsweise die beiden Bände Ernesto Cardenals 'Das Evangelium von Solentiname!.

Seit einer Gesetzesänderung aus jüngerer Zeit laufen Hausdurchsuchungsbefehle nicht mehr über den obersten Gerichtshof, sondern unterliegen der Autorität lokaler Polizeinstanzen, die auf diese Weise eine relativ autonome und weniger kontrollierbare Rolle spielen, und leichter als zuvor im Interesse bestimmter politischer Richtungen arbeiten können.

Bislang konnte sich das Rote Kreuz und die verschiedenen kirchlichen Einrichtungen einigermaßen ungestört humanitärer Hilfeleistung widmen. Als direkter Nachbar Nicaraguas liegt Costa Rica in unmittelbarer Nähe zu Honduras, El Salvador und Guatemala. Die Probleme all dieser zentralamerikanischen Länder spiegeln sich in Costa Rica wieder, dem Zufluchtsland der Flüchtlinge aus diesen Nationen. Daß in Costa Rica wenig Interesse an diesen Leuten besteht, ist kein Geheimnis. Dennoch wurden bislang Hilfeleistungen kaum verweigert und Nachrichten und Informationen, die in den verschiedenen lateinamerikanischen Militärdiktaturen verboten sind, konnten hier, dank der demokratischen Tradition Costa Ricas veröffentlicht werden. Diese Dokumentations- und Veröffentlichungsarbeit gerät jedoch nun, nicht zuletzt unter dem Einfluß der jüngsten Politik der USA ebenso ins Zwielicht wie die Flüchtlingsarbeit.

Diese Tendenz läßt sich u.a. an verschiedenen Zeitungsartikeln festmachen. Auffällig, das Ross und Reiter nicht genannt werden und die costarricensische Öffentlichkeit mit vagen Aussagen und Verdächtigungen 'informiert' wird, die in unerschwelliger Art und Weise bewirken, daß Ausländer schon an sich verdächtig sind, schärfer beobachtet werden und daß Visumsverschärfungen durchgeführt werden. So wird auf der einen Seite mit Hilfe intensiver Propaganda in allen Massenmedien Misstrauen und Vorurteile gesät, auf der anderen Seite werden Ereignisse wie die beiden Bombendetonationen zum Anlaß genommen, intensiver die 'Angst vor dem Kommunismus' zu schüren. Was sich so allmählich in den Köpfen der Costarricenser festsetzt, ist die Propaganda der Massenmedien, die wie stetig fallende Tropfen mit der Zeit auch den letzten Zweifel an den Aussagen der Medien glättet.

Vielleicht wird, auf lange Sicht gesehen, hier ein Same gesät, der die Unzufriedenheit im Lande ideologisch im Zaume halten und ein weiteres Nicaragua oder El Salvador in Zentralamerika im Interesse 'des großen Bruders' verhindern soll.

Soviel jedoch ist sicher, daß die Beschuldigungen und Hausdurchsuchungen der letzten Zeit ein Klima des Mißtrauens und der Unsicherheit wachsen ließen, so daß das Bild Costa Ricas als einer friedlichen Demokratie Risse bekommen hat.

Wenn selbst Bücher wie Ernesto Cardenals 'Das Evangelium von Solentiname' unter den Verdacht fallen, subversive religiöse Literatur zu sein, stellt sich für die gesamte christliche und theologische Arbeit die Frage, was die Kriterien sind zur Unterscheidung von subversiver und nicht-subversiver Literatur und welches der Rahmen ist, in dem zu arbeiten, denken und schreiben den Theologen, Kirchen- und Ordensleuten, den sogenannten 'Religiösen' zugestanden wird.

Die Ereignisse der vergangenen Wochen in Costa Rica haben nicht nur zu Fragen und größerer Vorsicht Anlaß gegeben, sondern auch deutlich gemacht, daß mehr als die freie Meinungsäußerung hierzulande angetastet worden ist.

So bleibt im Moment nicht viel mehr als die Erwartung und Hoffnung in die Weltöffentlichkeit, daß sie offenen Auges und bewußt die Ereignisse in Costa Rica mitverfolgt und gegebenenfalls durch die Publikation der Geschehnisse, eine Verschärfung der Situation verhindern kann.



# BRASILIEN

## Neuer Prozeß gegen Gewerkschafter

Am 9. März dieses Jahres, zwei Wochen nach der Verurteilung von Lula und den anderen Gewerkschaftern der ABC-Städte (s. LN 90 u. 91), begann ein neuer Prozeß gegen brasilianische Arbeiter. Er nahm seinen Anfang in der Auditoria Militar do Amazonas mit der Anzeige auf Basis des Lei de Segurança Nacional -LSN- ("Gesetz der nationalen Sicherheit") gegen Lula und Jacob Bittar von der Partido dos Trabalhadores -PT- (Arbeiterpartei), José Francisco da Silva, Präsident der Confederação Nacional dos Trabalhadores da Agricultura -CONTAG- (Nationales Bündnis der landwirtschaftlichen Arbeiter) und Joao Maria da Silva, Vertreter der CONTAG im Bundesstaat Acre. Sie sind angeklagt, "zum Kampf für die Gewalt zwischen den sozialen Klassen angestiftet" zu haben und haben eine voraussichtliche Strafe zwischen acht und dreißig Jahren zu erwarten.

Es begann alles am 21. Juli letzten Jahres mit der Ermordung des Präsidenten der Landarbeitergewerkschaft von Brasiléia (Acre), Wilson Pinheiro, der gleichzeitig Mitglied der lokalen PT war. Eine Woche später nahmen 1500 Landarbeiter an einer Protestdemonstration teil, und alle, die heute angezeigt sind, hielten dabei Reden. Die Anklage der "Anstiftung" rührt daher, daß einige Tage später der Aufscher Nilo Sérgio de Oliveira, von den Landarbeitern als Mörder des Gewerkschaftspräsidenten bezeichnet, ums Leben kam.



## CONTAG antwortet auf die Beschuldigungen

Wir drucken im folgenden die Zusammenfassung des von 21 bundesstaatlichen Verbänden der Landarbeiter und den Direktoren der CONTAG unterzeichneten Dokumentes ab, in dem sie die Geschehnisse in Brasiléia analysieren, eine erschreckende Bilanz der Gewalt gegen den Landarbeiter in Brasilien ziehen und die Agrarpolitik, die "grileiros" (mit gefälschten Besitztiteln auftretende Landdiebe) und die Polizei als gewalttätig anklagen.

Der leicht gekürzte Artikel und einige Fotos wurden der brasilianischen Wochenzeitung "Em Tempo" entnommen.

»Die Lösung lautet,  
den Gewerkschaftspräsidenten zu töten«

Die unterschiedslose Verwüstung des amazonischen Urwaldes durch große Gruppen, die durch offizielle Kredite begünstigt werden und der offiziellen Politik des Kautschuk-Lockmittels widerspre-

chen, ist für die Ausbeutung von Holz und der Nutzung großer Flächen zur extensiven Viehzucht bestimmt. In diesen Gegenden lebten und arbeiteten seit mehr als 100 Jahren Millionen von Gummiarbeiter-Familien, die ihren Lebensunterhalt durch den Kautschuk und der Kastanie verdienten und Subsistenzanbau betrieben.

Die Politik der Entwaldung des Bundesstaates Acre hat unterdessen die Desaktivierung und Zerstörung der Kautschukbäume bewirkt und die Arbeiter von ihrer Arbeitsquelle verdrängt und vertrieben.

Angesichts der drohenden Vertreibung von ihren Besitztümern schufen seit 1966 die Kautschukarbeiter der Region der Munizipien Brasiléias, Sena Madureiras und Xapuris eine Bewegung zur Verteidigung ihrer Besitztümer und der Kautschukpflanzen, um die Entwaldung zu verhindern. Diese Bewegung, bekannt unter dem Namen "Hemmung oder Hindernis der Entwaldung", kümmert sich immer noch um Vorkehrungen der Waldschutzvorschriften, die diese barbarischen Aktivitäten verbieten.

Angesichts dessen forderte die Gewerkschaftsbewegung der Landarbeiter die unverzügliche Enteignung der Konfliktzonen, und die Bundesregierung gab ausdrücklich die Existenz von sozialer Spannung zu und verordnete im sozialen Interesse im September 1980, Flächen von insgesamt 262.000 Hektar zu enteignen.

Im Jahre 1980 begannen die Latifundienbesitzer eine wahre Kampagne gegen die Gewerkschafter des Staates Acre mit der Absicht, die Gewerkschaftsbewegung an der Seite der Arbeiter in Mißkredit zu bringen. Die Bedrohungen erreichten ihren Höhepunkt mit der Erklärung des Kautschukplantagenbesitzers Guilherme Lopes in der Versammlung der SUDHEVEA, daß "die Lösung für die Landprobleme Acres wäre, den Gewerkschaftspräsidenten, den CONTAG-Deligierten und einige Priester zu töten".

Solche Drohung wurde am 21. Juli mit der Ermordung des Gewerkschaftspräsidenten der Landarbeiter Brasiléias, Wilson Pinheiro, im Gewerkschaftssitz verwirklicht. Die Morddrohungen, die Wilson erhalten hatte, waren den Arbeitern Brasiléias in einer Gewerkschaftsversammlung mitgeteilt und von der CONTAG an die Secretaria de Segurança Pública weitergeleitet worden. Aus Protest gegen den Mord und zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiter in Acre organisierte die Gewerkschaftsbewegung am 27. Juli 1980 in Brasiléia eine Demonstration, die ungefähr 1500 Landarbeiter vereinigte und an der Repräsentanten der Stadtarbeiter, der Kirche und anderen zivilen Körperschaften teilnahmen.

Eine Woche nach der Ermordung des Gewerkschaftspräsidenten tötete eine Gruppe von Arbeitern einen Farmer der Region. Die Polizei, die von der Ermordung des Gewerkschaftspräsidenten überhaupt keine Notiz genommen hatte, errichtete in Brasiléia einen Kriegsschauplatz, um die Arbeiter festzunehmen, die verdächtig waren, mit dem Tod des Farmers etwas zu tun zu haben. Sie wurden im Gefängnis gefoltert und mußten vier Monate auf die Gewährung der Habeas Corpus warten.

## Gewalt-Verbrechen und Vertreibungen auf dem Land von Norden nach Süden

Hier zeigen die Landgewerkschafter Staat für Staat, wer in diesem Staat (Brasilien) Gewalt ausübt. Mindestens 10 Landarbeiter und Gewerkschafter sind 1980 ermordet worden.

Aus Hubschraubern wurde auf Häuser geschossen oder wurden Bomben auf Pflanzungen geworfen. Folterungen werden sogar an Kindern vorgenommen. Belagerungen, Abbrennen von Häusern und Besitzen, Drohungen - in allem sind große Wirtschaftsunternehmen und ihre Banditen verwickelt, das Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária - INCRA - (Regierungsorgan), die Polizei bis hin zu Justizvertretern.

Wer finanziert es? Das öffentliche Geld, durch den PROÁLCOOL ("Alkohol-statt-Benzin"- Programm der Regierung), die Banco do Brasil oder irgendeine andere Art von Darlehen.

"Die standhafte Verteidigung der Klasseninteressen hat hervorgebracht, daß die Gewerkschaftsbewegung der Landarbeiter, trotz des Gleichgewichts, das ihre Rolle charakterisiert, Ziel der Arbeitgebergewalt und der offiziellen Repression sei. Gewalt gegen Arbeiter und Gewerkschafter sind zum gewohnten Bild im ländlichen Sektor geworden".

Allein 1980 sind in Pará, Pernambuco und Acre drei Gewerkschaftsführer ermordet worden, die die Arbeiter verteidigten. Sie und die ermordeten Arbeiter in den Bundesstaaten Maranhão, Pará und Ceará "fielen dem bewaffneten Arm im Sold der unbegrenzten Gewinnsucht ökonomischer Interessen zum Opfer, der den Anwalt Eugênio Lyra schon 1977 erreicht hatte und den Anwalt Agenor Martins de Carvalho 1980 ermordete".



In Boca do Acre (Amazonien) fielen "posseiros" (Landbesitzer ohne Eigentumstitel) gewaltsamen und drohenden Räumungen durch "jagunços" (Banditen) im Sold von Großgrundbesitzern zum Opfer, Arbeiter und Landgewerkschaftsvertreter landeten im Gefängnis.

Das Munizip Conceição do Araguaia (Pará) ist Bühne von über 60 Landbesitzkonflikten wie z.B. auf der Fazenda Tupa-Ciretran, wo der Justizbevollmächtigte in direkter Zusammenarbeit mit der Polizei und Jagunços Folterungen an Kindern, sexuelle Gewalt und Hausverbrennungen befahl.

In Paragominas wurden Massenverhaftungen von Posseiros vorgenommen, die ihre Besitztümer gegen die unangebrachte Absicht von amerikanischen Farmern verteidigten. Im selben Munizip wurde der Arbeiter Antonio Cardoso da Silva auf Befehl des Fazendeiros Antonio Teixeira Barbosa ermordet.

Paraíba ist einer der Staaten mit dem größten Konfliktstoff. Die große Mehrheit seiner Landbevölkerung setzt sich aus kleinen Pächtern und Parzellenbesitzern zusammen, die augenblicklich bedroht sind durch die Expansion der Viehzucht und Zuckerrohrpflanzungen, welche das PROÁLCOOL-Projekt schmackhaft macht. Unter den Konflikten treten die Feststellungen im Munizip Salgado de São Felix hervor, auf den Ländereien von Alagamar, ein Großgrundbe-



#### Noch einige Zahlen:

In Brasilien kontrollieren 0,8 % der Landeigner 42,6 % der agrarischen Nutzfläche.

Im Nordosten verdienen 40 % der Erwerbspersonen weniger als die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns (umgerechnet 120 DM); 71 % der Kinder zwischen 1 und 4 Jahren der Region sind unterernährt.

(Zahlen von 1979)

Quelle: Lateinamerika Analysen und Berichte 4, Länderbericht Brasilien, Berlin 1980 (Band 5 dieser Reihe erscheint Ende Mai dieses Jahres)

sitz von über 10.000 Hektar, von dem man die Vertreibung von über 700 Familien beabsichtigte und noch in den Munizipien Caapora und Pedras de Fogo, wodrin mehr als 120 Familien verwickelt sind.

Sergipe wurde landesweit bekannt durch die Verfolgung der von den Kocós-Indianern abstammenden Possesiros von der Insel Sao Pedro. Seit 1978 ist das Munizip Pacatuba Bühne für schwere gewalttätige Angriffe gegen 300 Familien der Fazenda Santana dos Frades, wobei Häuser und Ackerbau zerstört und die Arbeiter und die ihnen beistehenden Priester mit massiven Drohungen bedacht wurden. Die Gewalttaten setzten sich mit der Festnahme von Arbeitern und des Gewerkschaftspräsidenten von Pacatuba 1980 fort und erreichten ihren Höhepunkt, als im Februar dieses Jahres Arbeiter durch Kugeln der im Dienste einer an den Ländereien "interessierten" Gruppe stehenden Jagunços verletzt wurden.

In Santa Catarina ist die soziale Spannung in den Munizipien Campo Erê und Maravilha verkörpert, wo die legal erworbenen Grundstücke von 1.200 Familien nicht rechtlich gestützt sein können, weil das Privatunternehmen als Ausführender des Kolonisationsprojektes die Aufrechterhaltung des Verkaufs nicht "interessiert".

Im Munizip Parambu (Ceará) waren die Besitztümer von 250 Familien durch Grileiros eingekreist, und in Sao Gonçalo do Amarante wurden mehr als 500 Familien mit jahrhundertaltem Besitztum durch Drohungen und der Zerstörung ihres Ackerbaus geschädigt. Im Munizip Tauá passierte 1980 der grausame Mord am Landarbeiter Francisco Sobreira Lima bei der Verteidigung der Gewerkschaft.

Der Landraub und die Vertreibung von Possesiros bilden fortwährende Praktiken im Staate Goiás im Norden des Landes. Im Ort namens Sampaio schoß ein Hubschrauber Maschinengewehrsalven über die Häuser von 60 Possesirofamilien und warf Bomben über die Pflanzungen, die den Tod zweier Arbeiter verursachten und verbreiteten Terror über die Bevölkerung ansteigen ließ.

In den Munizipien José de Freitas, Pimenteiras, Aroazes und Oeiras (Piauí) wurden Konflikte wahrgenommen, die mehr als 900 Landarbeiterfamilien betrafen, weil sie Enteignungsversuche ihrer Ländereien durch Wirtschaftsunternehmen einschließlich Nutznießern des lockenden PROATCOOP über sich ergehen lassen mußten.

Im Staate Espirito Santo, in der Region Comboios (Linhares und Araucruz), wehren sich Arbeiter, die seit mehr als 50 Jahren das Gebiet mit wirksamen Anbau und Wohnungen bevölkern, gegen Überfälle der Bundesregierung, die sie wegen der Anlage eines Naturreservats von dort vertreiben will.

Das INCRA beschloß in Mato Grosso do Sul die Vertreibung von 40 Landarbeiterfamilien von ihren Grundstücken, die sie im Munizip Paranhos besaßen. In Eldorado, Naviraí und Bataipora machen es Fazendeiros zur Regel, Vieh auf die Äcker der Arbeiter zu treiben, um damit die Vertreibung von 2.400 Kleinpächterfamilien zu bezwecken.

Im Gebiet Serra das Araras (Minas Gerais) versuchen Landdiebe 700 Possesiros zu vertreiben. Der Gewerkschafter Durval Ventura de Souza, Ex-Präsident der Gewerkschaft von Frutal, wurde ermordet, weil er seine Rechte vor der Justiz verteidigen und andere Arbeiter auch dazu bewegen wollte.

In Cabo Frio und Sao Pedro (Rio de Janeiro) versucht man 350 Familien durch Verprügeln zu vertreiben und die Feldbestellung durch Vieh und Traktoren zu zerstören. Paratí ist Austragungsort von brutalen Angriffen durch Kapitalunternehmen gewesen, die dort den Tourismus anlocken wollen. Noch schlimmere Gewalttaten passieren im Munizip Rio Pequeno, wo der Landarbeiter José Ferreira Nunes ermordet wurde.



Die Possesiros, Pächter und Parzellenbesitzer im Staate Alagoas wurden durch die unersättliche Gewinnssucht der Zuckerwerke und der Alkoholbrennereien geschädigt. Versuche und Vollendungen von Arbeitervertreibungen passierten in Uniao dos Palmares, Sao Luis do Quintunde und Penedo.

Das Munizip Igarassu (Pernambuco) verzeichnet soziale Spannungen in zahlreichen Fazendas, die ca. 300 Familien berühren, von denen schon 108 von der Fazenda Mulata vertrieben wurden. Im Munizip Tacaratu fand ein Landraub von 2.400 Hektar statt, Land, das traditionell von Hunderten von Possesiros besetzt wurde und nun an einen einzigen Fazendeiro geht, unterstützt von den gewährten Krediten der Banco do Brasil.

In Mato Grosso ereigneten sich schon Vertreibungen von Possesiros in den Munizipien Pontes de Lacerda, Rio Vermelho Cáceres, Rondonópolis und Diamantina. Im letzten wurden 200 Familien durch Fazendeiros von ihren Besitztümern vertrieben, trotz des Schutzes der von der INCRA ausgestellten Besetzungserlaubnis.

Der Landraub in Bahia wird von einer Comissao Parlamentar de Inquérito -CPI- (parlament. Untersuchungskommission) der Assembléia Legislativa untersucht. In den Munizipien Iaqu und Boa Vista do Cupim gingen die Gewalttätigkeiten bis zur Verbrennung der Wohnung des Landarbeitergewerkschaftspräsidenten Iaqu. In Xique-Xique, im sogenannten Retiro da Picado, wurde die ganze Ansiedlung heimge sucht und verbrannt und die Habe der Arbeiter zerstört.

Im Staate Sao Paulo kam es zu Konflikten in Itapevina, Angatuba, Urânia, Turmalina, Teodoro Sampaio und Andralina, wovon mehr als 2.500 Landarbeiterfamilien betroffen wurden.

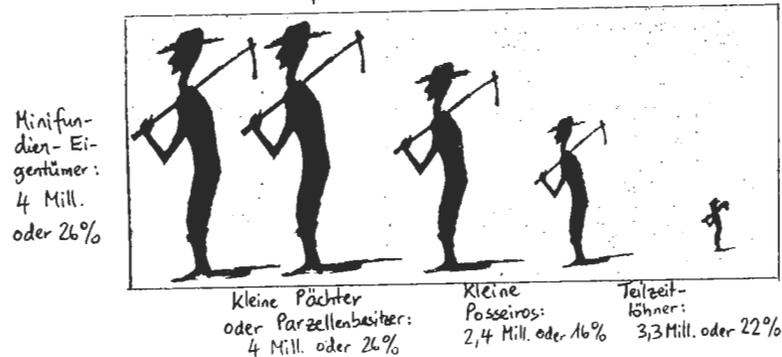
In Ortigueiro und Vescelau Braz (Paraná) versuchten zwei Landdiebe, fast 1000 Possesirofamilien mit über 50jährigem Bodenbesitz zu vertreiben. Der Konflikt auf dem Gebiet der Fazenda Curitiba, im Munizip Terra Rica, der anfang, 180 Possesirofamilien zu betreffen, hat schon zwei Todesopfer gefordert.

Die Fazenda Sarandi in Rio Grande do Sul ist seit über 10 Jahren enteignet, doch wurde bisher noch kein Neuverteilungsprojekt in Angriff genommen.

Verbrennen von Besitztümern und der landwirtschaftlichen Produktion, Zerstörung von Verbesserungen, Gefängnissen, Morddrohungen gegen Gewerkschaftsvertreter, Ermordungen von Arbeitern sind im ganzen Staate Maranhao tägliche Szenen. Im Munizip Luiz Gonzaga wurden 92 Häuser und andere Besitztümer von Arbeitern verbrannt, und über 600 Personen, unter ihnen Neugeborene, Kinder und Alte, mußten in der feuchten Nachtluft bleiben.



Fast  $\frac{2}{3}$  der Landarbeitskräfte sind Bauern, oder anders ausgedrückt: von 15,3 Mill. Landarbeitern sind fast 11 Mill. Kleinrentner, Posseiros und Kleinparzellenbesitzer



## CHILE

### Die Gurus der »freien Gesellschaft«

Ein Ende letzten Jahres gegründetes Zentrum für Öffentliche Studien in Santiago ist zu einem Wallfahrtsort der Propheten des lupenreinen Kapitalismus geworden. Eingeladen von den Wirtschaftspolitikern der Militärregierung und von den Vertretern der führenden Banken und Wirtschaftsgruppen Chiles, geben sich Nobelpreisträger für Wirtschaft die Ehre, die Regierung dieses Landes zu feiern, in dem nach ihrer Meinung die Grundlagen einer "freien Gesellschaft" gelegt werden. Zu den Bewunderern der chilenischen Regierung gehört natürlich auch der deutsche ultraliberale Ökonom Friedrich August von Hayek aus Freiburg.

Als Milton Friedman, Professor aus Chicago, 1976 den Nobelpreis für Wirtschaft erhielt, warf man ihm vor, durch seine Ratschläge an seine ehemaligen Schüler, die sogenannten "Chikago Boys", die die Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärdiktatur lenken, an der damaligen Wirtschaftskrise in Chile einen großen Anteil Schuld zu tragen und zur Rechtfertigung der brutalen politischen Unterdrückung beigetragen zu haben. Friedman hat diese Vorwürfe entrüstet zurückgewiesen. Seine Ratschläge seien rein technischer Natur gewesen, und mit Politik habe er absolut nichts zu tun.

Inzwischen haben sich die Zeiten geändert, und man kann getrost annehmen, daß Milton Friedman bald voller Stolz die volle Verantwortung für den Weg übernehmen wird, den seine Schüler in Chile eingeschlagen haben. Die Inflationsrate ist wesentlich gesenkt worden, dank der ultraliberalen Wirtschaftspolitik genießt das Land einen geradezu unbeschränkten Kredit bei der internationalen Finanzwelt, sodaß der Ausgleich der Zahlungsbilanz keinerlei Schwierigkeiten macht, und schließlich hat sich der auf den Massen der Bevölkerung lastende ökonomische Druck als so wirkungsvoll erwiesen, daß es der politischen Repression aus den Anfangszeiten der Diktatur nicht mehr im gleichen Ausmaß bedarf, um die Stabilität des Systems zu sichern.

So ist es denn auch kein Wunder, daß Friedmans Brüder im Geiste längst den Weg nach Chile gefunden haben. Die jüngste Gelegenheit bot sich anlässlich eines Vortragszyklus über die "Grundlagen eines freien Gesellschaftssystems", der von einem Ende letzten Jahres gegründeten "Zentrum für Öffentliche Studien" am 22. und 23. April 1981 veranstaltet wurde.

Dieses Zentrum hat es sich zur Aufgabe gemacht, aus dem "Geist der Freiheit und eines gesunden Individualismus" heraus alle Lebensbereiche - also nicht nur die Wirtschaft - mit den modernsten wissenschaftlichen Methoden - gemeint ist mit "modern" das mikro-ökonomische, betriebswirtschaftliche Kalkül - zu untersuchen. Ziel aller Angriffe ist vor allem der staatliche Einfluß auf die Wirtschaft.

Der deutsche Leser, der sich vielleicht darunter nicht viel vorzustellen vermag, findet eine begeisterte Darstellung all dieser Bestrebungen, alle gesellschaftlichen Beziehungen ( bis hin zur Liebe und zum Altruismus ) nach den Grundsätzen eines völlig ungehemmten Kapitalismus zu organisieren, in dem auch des französischen Wirtschaftsjournalisten Henri Lepage, das unter dem Titel "Der Kapitalismus von morgen", subventioniert von der Stiftung Gesellschaft und Unternehmen, im Campus-Verlag erschienen ist. Inzwischen ist Lepage in Frankreich schon mit einem neuen Buch auf dem Markt. Titel: "Demain le Liberalisme" ( Der Liberalismus von morgen ). Die Kronzeugen, die Lepage für sein wahres Höllenbild der Gesellschaft von morgen heranzieht, sind genau dieselben, deren Artikel in der vom Zentrum für Öffentliche Studien herausgegebenen Zeitschrift "Estudios Públicos" in Santiago erscheinen und zitiert werden: Friedrich August von Hayek, Milton Friedman, Theodore Schultz, Gary Becker, James Buchanan, Gordon Tullock und andere.

Dem Zentrum, das von 68 Banken und Unternehmen als private Stiftung mit einem Jahreshaushalt von mehr als anderthalb Millionen Mark finanziert wird, gehören neben den führenden Vertretern der chilenischen Privatwirtschaft selbstverständlich auch die Minister für Finanzen, Wirtschaft, Planung, Bergbau und der Zentralbankpräsident an. Und natürlich darf der Direktor der Zeitung "El Mercurio", des denkenden Organs der chilenischen Großbourgeoisie, Arturo Fontaine, nicht fehlen.

Die Ehrenpräsidentschaft des Zentrums hat man dem in Freiburg lebenden Nobelpreisträger des Jahres 1974 für Wirtschaft, Friedrich August von Hayek, angetragen. Von Hayek, der schon immer einen umfassenden Anti-Sozialismus gefordert hat, der gegen absolut jeden Eingriff des Staates in den freien Markt kämpft, ist



Friedrich August von Hayek

für die herrschende Klasse ein besonders angenehmer Wortführer, hat er doch wiederholt den Gegensatz von Liberalismus und Demokratie herausgestellt. Nach seiner Meinung besteht in jeder Demokratie eine Tendenz zum freiheitsfeindlichen Totalitarismus,

während die freie Gesellschaft des Liberalismus auch unter der Herrschaft eines autoritären Staates funktionieren könne, solange sich dieser aller Eingriffe in das Marktgeschehen enthalte.

Von Hayek, der auch - wie nicht anders zu erwarten - zu den bevorzugten Zitate-Lieferanten des bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zählt, hat sich denn auch der ihm erwiesenen Ehrungen gleich nach seiner Ankunft in Santiago als würdig erwiesen, indem er die Entwicklung Chiles in den letzten Jahren als "spektakulär und geradezu wunderbar" bezeichnete. In einem Interview mit dem "Mercurio" ließ er erkennen, daß für ihn - ähnlich wie für den chilenischen Staatspräsidenten General Augusto Pinochet - Chile gegenwärtig zu der Spitzengruppe der Länder gehört, die sich hin zu der von ihm ersehnten "freien Gesellschaft" bewegen. In der Darstellung des "Mercurio" heißt es:

"Er erklärte, daß andere Nationen, die sich gegenwärtig auf der Grundlage ähnlicher wirtschaftspolitischer Systeme entwickeln, Westdeutschland, Japan, Südkorea, Taiwan und Singapur sind. Und er fügte hinzu, daß die Premierministerin Margaret Thatcher diese Systeme in Großbritannien anzuwenden versucht und daß die Vereinigten Staaten unter der Regierung des Präsidenten Ronald Reagan anscheinend die korrekte Richtung wieder einschlagen."

Pinochet hatte am 11. März 1981 anlässlich der Verlängerung seines Präsidentenamtes ausgerufen:

"Vor sieben Jahren befanden wir uns allein in der Welt mit unserer festen antikommunistischen Haltung gegenüber dem sowjetischen Imperialismus und mit unserem entschiedenen Eintreten für ein System der sozialen Marktwirtschaft, das dem sozialisierenden Etatismus entgegengesetzt ist, das in der westlichen Welt vorherrschte. ...

Vor sieben Jahren waren wir fast allein. Heute nehmen wir teil an einer kategorischen weltweiten Tendenz. Und ich sage Ihnen, meine Herren, wer seine Vorstellungen geändert hat, das war nicht Chile!"

Kapitalismus ist wieder "in". Die Gurus der "freien Gesellschaft" fahren nach Chile, um ihn dort in Reinkultur zu bewundern. Sie tafeln im Hotel Sheraton und ergötzen sich am Angebot der Boutiques des Nobelviertels Providencia. Das Elend der Massen hat man längst vor den Besuchern versteckt. Einen Mann wie von Hayek könnte man aber ruhig in die Elendsviertel führen, ohne daß er seine Ansichten deshalb ändern würde. Für ihn ist schon das Reden von sozialer Gerechtigkeit ein ungeheurer Skandal, weil jeder Versuch, sie herzustellen, die wirtschaftliche Freiheit des Individuums beschneidet. Die Armen sind an ihrer Armut selbst schuld. So soll es seiner Ansicht nach bleiben. Wollten sie daran etwas auf demokratischem Wege ändern, so würde das zum Totalitarismus führen. So einfach ist das.

## Kunst und Politik

Die Deutsch-Ibero-Amerikanische Gesellschaft e.V. veranstaltet vom 28.4. bis 2.6. in Frankfurt "Ibero-AmerikanischeTage". Was diese Tage vermitteln sollen, zeigt schon der auf den ersten Blick etwas seltsam anmutende Titel einer Veranstaltung: "Freiheit oder Befreiung in Lateinamerika". Auf den zweiten Blick löst sich das Rätsel der Gegenüberstellung: Referent ist niemand anderes als Prof. Dr. Lothar Bossle, CSU-Redakteur und bekannter Verteidiger der chilenischen Militärdiktatur.

Wenn politisch denkende Menschen heute das Wort Zentralamerika hören, dann fallen ihnen dabei Stichworte wie Unterdrückung, Befreiungsbewegungen, Unterstützung repressiver Diktaturen durch die USA, Widerstand der mittelamerikanischen Völker gegen Unterdrückung und Ausbeutung ... Der DIAG fällt dagegen folgende Veranstaltung ein: "Natur und Mensch in Zentralamerika: Entwicklungsprobleme auf der amerikanischen Landbrücke von Guatemala bis Panama".

Im Rahmen dieser Veranstaltungen wurde auch eine Ausstellung eröffnet. Das El-Salvador-Komitee Frankfurt nahm sie zum Anlaß, den Besuchern der Ausstellungseröffnung die Stimme der Unterdrückten zu Gehör zu bringen. Wir drucken im folgenden die Presseerklärung des Komitees und den vom Komitee verlesenen Text ab:

"Am Dienstag Abend wurde in der 'Deutsch-Ibero-Amerikanischen Gesellschaft' (DIAG), Gräfstr. 83 in Frankfurt a.M. eine Ausstellung "Tapisserien in Uruguay" - in Anwesenheit des Botschafters - durch den Handels- und Wirtschaftsrat Pardo de León de León eröffnet mit den Worten: "Ich bringe Ihnen eine Botschaft des uruguayischen Volkes, sehen Sie sich die hohe Kunst dieser Gobelinteknik an."

Wir, das El Salvador-Komitee Frankfurt, haben am Dienstag Abend dort eine andere Botschaft des Volkes von Uruguay verlesen (s.u.) und einen Wandteppich mit der Aufschrift "Freiheit für alle politischen Gefangenen in Uruguay" ausgestellt.

Die anwesenden Herrschaften fanden für unsere Worte nur hysterische Ausrufe wie "So was wollen wir hier nicht!" und "Hier ist von Kunst die Rede, nicht von Politik! Raus hier, raus!!"

In den aggressiven Reaktionen dieser sogenannten 'feinen Gesellschaft' konnten wir die Arroganz und die menschenverachtende Haltung spüren und einen Hauch von dem wahrnehmen, was in Uruguay die alltägliche Realität der herrschenden Diktatur ist.

Wir werden auch am heutigen Mittwoch bei der nächsten Veranstaltung der DIAG die Stimme des Protests gegen die unmenschlichen Zustände in Uruguay zu Gehör bringen."

Der Text der Erklärung, die vom Komitee verlesen wurde, lautet:

*»Eine fremde Kultur sehen,  
begreifen und lieben lernen ...«*

Die Deutsch-Ibero-Amerikanische Gesellschaft zeigt unter der Schirmherrschaft des Konsuls von Uruguay in Frankfurt, Wolfgang Kirsten, "Tapisserien aus Uruguay".

Leiter der Wirtschafts- und Handelsabteilung der Botschaft von Uruguay, Pardo de León de León, Beauftragter der Militärdiktatur, präsentiert Kulturelles.

Kultur eines Landes, der ehemaligen Schweiz Lateinamerikas, in dem es nach amnesty international im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die meisten politischen Gefangenen gibt, in dem nach amnesty international die Folter "in erschreckendem Maße perfektioniert" wurde, Methoden entwickelt in Folterschulen, die Wissenschaftler, Polizei und Militärkräfte ausbilden. Kultur eines Landes, aus dem eine halbe Million Menschen emigrierten und jeder fünfte Uruguayer im Gefängnis war oder ist.

P.B. Schulmann schreibt in der Badischen Zeitung vom 12.11.1980 nach einem längeren Aufenthalt dort von dem gewaltsamen Ende aller kulturellen Offenheit. In Uruguay wird nicht mehr öffentlich diskutiert, da ein Gespräch über Kunst ein Verbrechen, "subversiv" sein kann, Bücher werden verbrannt, Filme verstümmelt, Künstler gefoltert.

Und "subversiv" ist es, die Namen verbotener Schriftsteller und Künstler wie Galeano, Benedetti, Viglietti etc. etc. öffentlich zu erwähnen. Ihre Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder ihre Unterstützung der Wahlkampagne von 1971 zugunsten des linken Parteienbündnisses, der "Frente Amplio", genügt, um sie verdächtig zu machen. Alle, die damals für die "Breite Front" gesungen haben, werden verfolgt, ihre Schallplatten zerstört. 20 Tonnen Bücher des Verlages "Pueblos Unidos" wurden in die Papierfabrik IPULSA gekarrt und zu Papierservietten verarbeitet. Sänger benötigen heute ein polizeiliches Führungszeugnis, um auftreten zu können und müssen einen Treueeid auf die Diktatur leisten.

Die Kultur Uruguays - nach dem durch die Militärs erzwungenen Exil eines Großteils der Intelligenz - ist verödet.

US-Senator Frank Church beschreibt Uruguay als die "Folterkammer Lateinamerikas", erwähnt jedoch nicht, daß die Folterwerkzeuge und die Fölyterausbildung durch die USA geliefert werden.

2 000 Menschen sitzen wegen ihrer politischen Überzeugung in den Folterlagern. 7 000 Uruguayer waren auf dem Höhepunkt der Repression in Kerkern, Konzentrations- und Militärlagern interniert. Die meisten Gefangenen werden in einem Lager mit dem zynischen Namen "Libertad" (Freiheit), 60 km von Montevideo entfernt, interniert.

David Campora, der mehr als 9 Jahre in verschiedenen uruguayischen Lagern interniert war, allein 5 Jahre in "Libertad", beschreibt die Folter so: "Zuerst wird man aufgeweicht. Man steht dabei auf den Fußspitzen, mit den Fingerspitzen an die Wand gelehnt, bis zu 10 Stunden. Die nächste Stufe ist das Zusammenschlagen. Dann kommt das U-boot, ein Becken, gefüllt mit Wasser und Exkrementen. Man wird so lange untergetaucht, bis man am Erstickten ist. Dann werden die Fragen gestellt. Und dann wird man wieder untergetaucht. In der dritten Phase gibt es abwechselnd U-boot und Elektroschocks. Dabei ist immer ein Arzt, der sagt, ob der Gefangene das noch durchhält, ob weitergemacht werden kann."

Nur konsequent, wenn die Militärdiktatur in Uruguay als einziges Land vor der UNO die Menschenrechtsverletzungen in El Salvador - welches ein harmloses Wort für den Völkermord! - nicht verurteilen will.

STELLVERTRETEND FÜR ALLE GEFOLTERTEN UND GEFANGENEN LATEINAMERIKAS  
FORDERN WIR

FREIHEIT FÜR RAUL SENDIC von der MLN Tupamaros und  
LIBER SEREGNI von der Frente Amplio

## Bücher für Nicaragua

" Es gibt kein Leben ohne Tod, wie es auch keinen Tod ohne Leben gibt. Aber es gibt auch einen 'Tod im Leben'. Und dieser 'Tod im Leben' ist genau das Leben, indem es verboten ist, zu sein." ( Paolo Freire )

Die wichtigste Aktivität des Jahres 1980 in Nicaragua war die Alphabetisierungskampagne, in der praktisch die Hälfte der Bevölkerung mobilisiert wurde, um die andere Hälfte zu alphabetisieren.

Diese Kampagne war der Beginn der Umsetzung eines Menschenrechtes, dem Recht auf Bildung. Ziel dabei war es, das somozistische Erbe des Analphabetismus möglichst schnell zu beseitigen.

Heute können die Nicaraguenser mit Stolz auf die Erfolge dieser Kampagne verweisen. Im Sinne Paolo Freires " Alphabetisieren heißt Bewußtsein bilden " wird das Bildungsrecht für jeden, den dialektischen Prozeß der Partizipation am Aufbau der neuen nicaraguensischen Gesellschaft entscheidend mitbestimmen.

In unseren Medien wird die Alphabetisierungskampagne zwar positiv bewertet, erhält jedoch immer den Hinweis auf die Gefahr einer kommunistischen Indoktrination durch Erziehung.

Erziehung kann nicht wertfrei sein und ist es auch bei uns nicht. Das Entscheidende der Kampagne ist ihr revolutionärer Charakter. In der Geschichte Nicaraguas ist es das erste Mal, daß das Recht auf Bildung jedem Bürger dieses Landes zugestanden und ermöglicht wird.

Hierin unterscheidet sich Nicaragua ( neben Cuba ) klar und parteilich von den anderen Ländern Lateinamerikas. Während in Chile z.B. die Schulen und Universitäten privatisiert werden, ist der Zugang zu den Bildungseinrichtungen Nicaraguas, die dem Staat unterstellt sind, kostenlos. Dieses garantiert jedem Nicaraguenser, an einer Ausbildung teilzunehmen.

Innerhalb der Alphabetisierungskampagne will der nicaraguensische Staat in jeder Schule eine Bibliothek einrichten. Durch diese sollen vor allem nationale Schriftsteller und Theoretiker der Gegenwart und Vergangenheit den Schülern durch deren Werke zugänglich gemacht werden.

Für die Umsetzung dieses Projektes ist jedoch Geld notwendig, die Bücher müssen gedruckt und die Bibliotheken eingerichtet werden. Die Wirtschaft Nicaraguas aber ist noch immer mit dem Erbe der Vergangenheit belastet - so hinterließ z.B. das Somoza - Regime einen Auslandsschuldenberg von 1000 Mio. US-Dollar.

Dieses Projekt für die Kinder Nicaraguas braucht unsere Hilfe. Eine Bibliothek kann man für 100 US-Dollar ( ca. 200 DM ) einrichten.

Wir möchten uns deshalb insbesondere an Schüler wenden und Euch um Unterstützung bitten.

Informationen und Projektbeschreibung sind erhältlich bei :

Evangelische Studen tengemeinde Essen  
Universitätsstrasse 2  
43 ESSEN 1                      Tel. 0201/183 - 3347/48

## Aufruf zur Pharma-Kampagne

Nachdem auf dem letzten Bundeskongreß developmentspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) beschlossen wurde, eine Kampagne zur pharmazeutischen Industrie und multinationalen Konzernen durchzuführen, ist einiges in dieser Richtung in Bewegung gekommen.

Auf zwei Seminaren in Hamm und Berlin wurde über das weitere Vorgehen gesprochen. Thema der Kampagne sollen die Praktiken der multinationalen Pharmakonzerne in den Ländern der "Dritten Welt" sowie hier bei uns sein.

In den meisten Ländern der Welt wird die medizinische Versorgung durch die Pharmaindustrie bestimmt. Die allgemein anerkannten Behandlungsschemata der Medizin im Kapitalismus orientieren sich nicht an rationalen oder wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern vor allem an ökonomisch motivierten Entscheidungen. Die Probleme unseres Lebens und unserer Gesellschaft werden nicht von uns, sondern von der Industrie 'bewältigt': Beziehungsschwierigkeiten und sexuelle Probleme werden mit "Extrakt aus den Keimdrüsen junger Stiere" zugekleistert, Unzufriedenheit in Schlafmitteln ertränkt, Unterernährung nicht mit ausreichender Ernährung begegnet, sondern mit Anabolika und Vitamintabletten. Unschädlichkeit und Effektivität der Präparate brauchen nicht bewiesen zu werden.

In den Ländern der "Dritten Welt" sind die Praktiken der Pharmakonzerne noch weitaus skandalöser und krimineller als in den westlichen Industrieländern, wo die Gesetzgebung zumindest Ansätze von Kontrollmöglichkeiten aufweist. Die bundesdeutschen Pharmakonzerne sind mit die größten und mächtigsten auf dem Weltmarkt und zugleich ein wesentlicher Faktor der bundesdeutschen Außenwirtschaft. (Ca. 60 - 70 % der Umsätze werden im Ausland erwirtschaftet.)

Daß die skandalträchtigen Praktiken der Pharmamultis in der "Dritten Welt" nicht unabhängig sind von ihren Interessen und Geschäften hierzulande, läßt sich ganz gut an dem Handel mit den Produkten aus menschlichem Blut aufzeigen.

Verschiedene, vor allem auch deutsche Konzerne, zapfen den Armen aus der "Dritten Welt" das Blut in großen Mengen aus den Adern, um daraus Medikamente herzustellen, die dann profitabel, z.B. auf dem bundesdeutschen Markt verkauft werden. Gleichzeitig wird durch eine gezielte Werbestrategie der Markt für die Medikamente ständig vergrößert.

Die Praktiken der Pharma-Industrie sind nur ein Beispiel für die Abhängigkeitsstrukturen, denen die "Dritte Welt" ausgesetzt ist. An ihrem Beispiel wird deutlich, wie sich die Macht der multinationalen Konzerne gegen die Bevölkerung dieser Länder richtet. Der Kampf gegen diese Ausbeutungsstrukturen sollte Teil der Arbeit aller developmentspolitischen Aktionsgruppen sein. Um Euch die Möglichkeit einer Mitarbeit deutlich zu machen, wird im Folgenden einiges zur Organisationsstruktur der Kampagne erläutert.

Die Vorbereitung der Kampagne wird von einer Projektgruppe getragen, die sich aus Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin zusammensetzt. Verschiedene Arbeitsgruppen kümmern sich um die Recherchenarbeit und sorgen für die Erstellung von Materialien (dabei ist die Mitarbeit von weiteren Gruppen erwünscht!). Daneben wird auch ein internationales Seminar stattfinden, auf dem die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit ausländischen Gruppen erörtert werden soll.

Ein Schwerpunkt der Kampagne soll auf dezentralen Aktionen liegen. Deshalb ist die Mitarbeit möglichst vieler Gruppen wichtig. Für Gruppen, die sich nicht an den Vorbereitungsarbeiten beteiligen können (oder wollen), aber die Kampagne mittragen wollen, werden im Frühjahr und Sommer regionale Seminare stattfinden, auf denen das Konzept erläutert und Aktionsmöglichkeiten und -formen besprochen werden können.

Gruppen und Einzelpersonen, die ein Interesse an der Kampagne haben und/oder Informationen liefern wollen, können sich an die Geschäftsstelle der Pharma-Kampagne wenden:

Dritte Welt Haus  
August Bebel-Str. 62

4800 Bielefeld 1

Tel.: 0521/62802

## Patenschaften für politische Häftlinge in Argentinien

Die Argentinien-solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik bitten um Unterstützung: Auch fünf Jahre nach dem Militärputsch ist die Situation in Argentinien durch schwerste Unterdrückung der Menschenrechte gekennzeichnet. Pressezensur, Parteienverbot, Unterdrückung des Demonstrationsrechts, sowie 15 000 Verschwundene und tausende politische Häftlinge sind das Ergebnis einer Militärdiktatur, die sich derzeit durch einen Amtswechsel zu erneuern sucht.

Die Argentiniengruppen der Bundesrepublik bieten deshalb die Übernahme von Patenschaften für politische Häftlinge und ihre Familien an. Die Übernahme einer Patenschaft beinhaltet die Verpflichtung, sich regelmäßig brieflich für den betreuten Gefangenen einzusetzen, mit dem Häftling und seiner Familie selbst brieflichen Kontakt aufzunehmen und schließlich die regelmäßige finanzielle Unterstützung der Familien der Gefangenen, soweit dies notwendig ist.

Nähere Auskünfte zu den Patenschaften sind erhältlich bei der

Argentinien-Gruppe Wuppertal, c/o Anne Steinbrink  
Stauffenbergweg 16 5600 Wuppertal 12

Die Argentinien-solidaritätsgruppen der  
Bundesrepublik

# REZENSION

## Die »gesunden Geschäfte« der großen Krankmacher

Vor gut zwei Monaten ist sie erschienen, die bislang umfassendste und best-dokumentierteste Veröffentlichung zu den Praktiken der Pharmaindustrie in Mitteleuropa. Das Buch "Gesunde Geschäfte" hat inzwischen nicht nur ein positives Echo im "aufgeklärteren" bundesdeutschen Blätterwald (bis hin zum etwa weniger "aufgeklärten" Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt) gefunden, es erfreut sich auch ganz beachtlicher Verkaufsziffern (siehe "Spiegel-Bestsellerliste") und damit auch einer hoffentlich breiten Leserschaft. Denn was die vier Verfasser an Vorgängen aus der wohlabgeschotteten Welt von Arzneimittelherstellung und -vertrieb enthüllen, dürfte wohl jedem Patienten und Krankenkassenzahler eine gehörige Portion Angst und Wut einjagen.

Exemplarisch geschildert und dokumentarisch belegt werden u.a. die Praktiken von drei Pharma-Multis in Österreich und in der Bundesrepublik: Bayer (BRD), Sandoz (Schweiz) und Schering Corporation (USA), wobei ausdrücklich daraufhin gewiesen wird, daß es sich bei deren Methoden um keine Einzelfälle handelt, sondern diese in der gesamten chemisch-pharmazeutischen Industrie gang und gäbe sind. So wird dargestellt, wie bekannte Mediziner im Auftrag der Pharma-Multis ihr "Patientenmaterial" skrupellos zu Versuchen mißbrauchen, die nahezu ausschliesslich dazu dienen, den Umsatz des getesteten Medikaments zu erhöhen. Säuglinge und Geisteskrankere sind dabei die bevorzugten Versuchsobjekte. Und lauten die darüber erstellten "Forschungsberichte" einmal nicht positiv, was angesichts der saftigen Honorare für die durchführenden Ärzte nur ausnahmsweise der Fall ist, so werden sie in den Konzernetagen hemmungslos manipuliert.

Gänzlich unter den Tisch fallengelassen werden Berichte über schädliche Nebenwirkungen von Medikamenten, die, wie im Fall der von den Autoren herausgegriffenen Präparate Mexaform und Duogynon/Cumorit, Tausenden von Patienten die Gesundheit oder gar das Leben kosteten. Wobei es sich in diesen Fällen nicht nur um bloße Ignoranz der Hersteller handelte, sondern um ein gezieltes Vorgehen wider besseres eigenes Wissen zur Geheimhaltung bzw. Verharmlosung der berichteten Auswirkungen.

Primäre Zielgruppe der Multi-Verkaufsstrategien sind die Ärzte, denen für den Absatz von rezeptpflichtigen Arzneimitteln eine Schlüsselposition zukommt. "Gesunde Geschäfte" beweist, daß allein in Österreich Hunderte von leitenden Krankenhausmedizinern und niedergelassenen Ärzten durch Geldzuwendungen und Geschenke dazu geschmiert werden ein bestimmtes Medikament zu verschreiben. Und in der BRD ist dies offensichtlich nicht anders, wenn z.B. der Bayer-Konzern 120 Kardiologen aus Universitäten, Kliniken und Praxen nebst Ehefrauen Reise und Aufenthalt in "die reizvolle jugoslawische Stadt Dubrovnik" zum sog. "deutschen Adalata Symposium" spendiert, wobei der Multi großzügig sämtliche "sonstigen Spesen" übernimmt.

Analog zur Schlüsselposition der Ärzte stecken die Pharma-Multis einen großen Teil ihrer ohnehin schon riesigen Werbeausgaben (40% des durchschnittlichen Medikamentenumsatzes) in die sog. "Pharmaberatung", d.h.

in die "Ausbildung" und Finanzierung eines Stabes von Ärztebesuchern, die außer durch die bereits erwähnten Bestechungen die Ärzte auch mittels ausgefeilter psychologischer Tricks zur Verschreibung ihres Firmenpräparates bewegen sollen. Wobei ihnen die Unwissenheit und Indifferenz vieler Ärzte eine hochwillkommene Hilfe ist.

Wen nimmt es bei alledem noch Wunder, daß "Gesunde Geschäfte" auch den Nachweis erbringt wie willkürlich und unverhältnismässig hoch die Medikamentenpreise festgesetzt werden. Die 16 Milliarden DM, die 1979 in der BRD von den Krankenkassen allein für Arzneimittel aufgebracht wurden, zahlte über seinen Krankenkassenbeitrag letztendlich der Patient genauso wie den Zehner, den er in der Apotheke über den Ladentisch schiebt für ein "garantiert wirksames Mittel gegen körperliche und geistige Abgeschlagenheit", das ihm die Werbung vorher suggeriert hat.

Denn auf die Wirksamkeit ihrer Produkte kommt es den Pharmaproduzenten ohnehin nicht sonderlich an. So enthielten von 18265 beim Bundesgesundheitsamt in West-Berlin innerhalb der letzten acht Jahre als "neu" registrierten Arzneimittel nur 309 Präparate (1,7%) auch einen neuen Wirkstoff, womit allerdings noch lange nicht ihre therapeutische Wirksamkeit als erwiesen gelten. Einen Wirksamkeitsnachweis für Medikamente verlangt nämlich das geltende Bundesarzneimittelgesetz immer noch nicht, geschweige denn daß es eine neutrale Überprüfungsstelle dafür gäbe.

Auch diesen politischen Aspekt der herrschenden Arzneimittelversorgung herausgearbeitet zu haben ist sicherlich ein weiterer Verdienst der Autoren von "Gesunde Geschäfte".

Das eigentliche Geheimnis ihres Erfolges liegt aber wohl darin, daß sie ihre sämtlichen publizierten Informationen hieb- und stichfest belegen können. Sie bedienen sich nämlich bei ihren Recherchen einer spätestens seit Günther Wallraff in der BRD wohlbekannten und von den Konzernen gefürchteten Vorgehensweise: der Wiener Medizinsoziologe Hans Weiss arbeitete fast ein Jahr lang als Pharmavertreter für Sandoz und Bayer, der Journalist Hans-Peter Martin ließ sich für die gleiche Tätigkeit bei Aesca, der österreichischen Tochterfirma der Schering Co. "ausbilden". Außerdem hatten sie über ihren unter dem Pseudonym Roland Werner fungierenden Co-Autor einen direkten Draht zu den geheimen Aktenordnern der Aesca und des US-Konzerns Eli Lilly. Denn wie inzwischen bekannt wurde handelt es sich bei Roland Werner um den ehemaligen Marketingmanager der Aesca Peter Sichrovsky, der ein Jahr lang in der gleichen Funktion auch für Eli Lilly in Österreich und in der Schweiz tätig war (siehe "Spiegel" Nr. 18 v. 27.4.81). Zusätzlich sammelten die Autoren seit Mitte 1979 über 40000 Blatt Dokumente von Pharma-Produzenten und erhielten zahlreiche weitere Geheiminformationen von Angestellten der Pharma-Konzerne.

Diese detailliert belegte Stichhaltigkeit ihres Informationsmaterials hat die Verfasser auch bislang vor jeglichen gerichtlichen Gegenmaßnahmen der Pharma-Multis bewahrt, die ansonsten mit Anträgen auf einstweilige Verfügungen nicht lange fackeln, sich in dieser Sache jetzt aber anscheinend eher auf eine defensive Vorgehensweise des Totschweigens und Abwimmeln eingestellt haben.

Aus den geschilderten Praktiken der Pharma-Multis leiten die Autoren von "Gesunden Geschäfte" die zentrale These ab, daß "alle Bereiche der 'Branche Medizin' vom privatkapitalistischen Denken und Handeln der Multis durch-

drungen" sind, was dazu führte, daß die Krankheiten heute im wesentlichen nach den Gesichtspunkten des Angebotes an Arzneimitteln geordnet werden. Für diesen Zustand wesentliche Voraussetzung war eine "ausschliesslich naturwissenschaftlich orientierte Medizin, die soziale und psychologische Ursachen bei der Krankheitsbekämpfung weitgehend ausklammert.". Um dabei übelsten Auswüchsen Abhilfe zu schaffen, werden staatliche bzw. öffentliche Sofortmaßnahmen in drei Bereichen gefordert: 1. bei der Grundlagenforschung, 2. bei der Organisation klinischer Forschung und der Überprüfung der Arzneimittelsicherheit, 3. bei Preisgestaltung und Information. Letzteres beinhaltet z.B. ein Werbeverbot für Arzneimittel und "strengste Bestrafung aller direkten Methoden der Einflußnahmen von Firmen auf die ärztliche Therapie". So positiv diese Forderungen bzw. ihre Realisierung auch anzusehen sind, so lassen sie m.E. doch teilweise unberücksichtigt, daß der chemisch-pharmazeutische Komplex mitsamt der ihm verbundenen reaktionären ärztlichen Standesorganisationen in der BRD einen politischen Machtfaktor darstellt, der bislang jegliche fortschrittliche gesetzgeberische Neuorganisation des Gesundheitswesens zu verhindern gewußt hat und dem auch gegenwärtig noch keine machtvolle Opposition gegenübersteht. Auf diesen gesamtgesellschaftlichen Aspekt der Rolle von Multinationalen Konzernen nicht ausführlicher eingegangen zu sein, ökonomische Verpflichtungen und Monopolstellungen werden im Vorwort kurz erwähnt, wäre ein Defizit welches ich dem Buch jedoch nicht übermäßig vorwerfen möchte, da diese Zusammenhänge sicherlich auch seinen vorgegebenen thematischen Rahmen gesprängt hätten.

Festzuhalten aber bleibt: die herrschende Pharmatherapie verhindert sinnvolle Therapieformen und verschleiert die wahren Ursachen unserer Krankheiten. Und an diesen wiederum haben die Multis als Umweltvergifter und Ausbeuter von menschlicher Arbeit einen wesentlichen Anteil. Weltweit!

Und noch etwas: im Informationsbalt zur Veröffentlichung von "Gesunde Geschäfte" teilten die Autoren mit, der hohe Preis von DM 19,80 sei im Hinblick auf die zu erwartenden Prozeßkosten festgelegt worden. Er ist bislang trotz ausgebliebener gerichtlicher Schritte der Pharma-Multis noch nicht gesenkt worden.

Kurt Langbein/Hans-Peter Martin/Hans Weiss/Roland Werner: Gesunde Geschäfte Die Praktiken der Pharma-Industrie. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1981

# ZEITSCHRIFTENSCHAU

**FORUM** Nr. 41 / Mai 1981. Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Diskussion - Waffen für El Salvador, Buko-Thema "Multis"?, Kwangju - ein Jahr danach, 4. Russell-Tribunal: Peru, Sozialistische Ökologiepolitik contra "Öko-Sozialismus", Argentinien-Solidarität, Pharma-Brief, Frauen in der 3. Welt, ICDA-Focus, Neuerscheinungen, Solidarität mit Azania, Rüstungsexport.

**NICARAGUA AKTUELL** Nr. 11 / April 1981. Magazin-Verlag, Königsweg 7, Kiel 1

Nicaragua-Reisebericht Teil 3, Die Auslandsverschuldung Nicaraguas und ihre außenpolitischen Folgen, Frauen in El Salvador: Kampf ums Überleben, Interview mit einer Genossin von AMES, Belize, Guatemala: Die Indio-Guerrilleros, Solidaritätsarbeit: Boykottiert die Kaffee-konzerne, Material / Zeitschriften

**ILA-INFO** Nr. 45 / Mai 1981 . Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Deutsche Entwicklungshilfe in Ecuador  
Reisebericht Nicaragua: Die Schule in die Hütten tragen  
Die ökonomische und politische Bedeutung des La Plata-Beckens, Teil 2  
Rechtentwicklung in Costa Rica  
Philipp Agee: Waffen in El Salvador  
Diskussion um Indiokaffee  
Ländernachrichten: Argentinien, Chile, Guatemala

**SOLIDARITÄT** Nr. 56/57 / April/Mai 1981 Postfach 2009, CH-4001 Basel

Brasilien: Fluchtgelder auf Schweizer Banken?  
Basis in Lateinamerika: Und sie bewegt sich doch!  
Agrarreform in Paraguay?  
Der Andenpakt  
Sozialistische Internationale: Frieden - Freiheit - Willy Brandt

**ENTWICKLUNGSPOLITISCHE NACHRICHTEN** Nr. 4 / 1981 Tuchlauben 8/6/16,

A- 1010 Wien  
Bewußtseinsbildung und Spendenwerbung  
Pharmaindustrie und Dritte Welt  
Wenigst entwickelte Länder

**PARAGUAY RUNDBRIEF** Nr. 29 / April 1981 c/o Inge Gräfe, Sandbergstr. 45

6100 Darmstadt  
Die Situation der Indianer in Paraguay  
Landprobleme der Indianer  
Die Haltung der paraguayischen Bischötskonferenz zum Fall der Toba Maskoy

**SOLIDARIDAD** Nr. 16 / April 1981, c/o KSG , Frauenstr. 3-7, 4400 Münster

Verfassung und Menschenrechte: Das Legale oder das Gerechte  
Wohnungsdefizit  
Gespräch mit Bischof Alvear

# Gesundheitstag Berlin 1980

**MEDIZIN UND NATIONAL-SOZIALISMUS**

Tabuisierte Vergangenheit - Ungebrochene Tradition?



Dezember 1980



Januar 1981



**UNSERE TÄGLICHE GESUNDHEIT**

Krankheit und Industriegesellschaft

Februar 1981

**BANKROT DER GESUNDHEITS-INDUSTRIE**



Februar 1981

**Frauenbewegung Selbsthilfe, Patientenrechte: SELBSTBESTIMMUNG IN DER OFFENSIVE**



Marz 1981



**VERSUCHE GEGEN DIE HILFLOSIGKEIT**  
Krankheit ohne neuen Praxis für die helfenden Berufe

**7**  
Rebellion gegen das Valiumzeitalter  
Überlegungen zur Gesundheitsbewegung

**Preis je Band 12,50 DM**

## Dokumentation in 7 Bänden

### Bestellungen

**Buchhändler:** Regenbogen - Buchvertrieb  
Seelingstr. 47 1 Berlin 19 030/3225017

**Einzelbesteller:** Verlagsgesellschaft Gesundheit mbH  
Postscheckamt Bln-W, Konto 489 47 - 107  
(Bitte Verwendungszweck angeben!)



**Verlagsgesellschaft Gesundheit mbH**  
Mehringhof, Gneisenastr. 2, 1-Bln. 61

### Filmverleih im Lamuv-Verlag



#### Domitila aus dem »20. Jahrhundert«

Domitila Barrios de Chungara (s.a. das Buch «Wenn man mir erlaubt zu sprechen») wurde 1937 in Siglo XX (20. Jahrhundert), der größten Zinnmine Boliviens, geboren.

Das Leben Domitilas (wichtige Stationen ihrer Entwicklung) werden in dem Film in Rückblenden dargestellt, gespielt von Menschen aus Siglo XX. Domitilas Individualität wird so zur Hoffnung für ihre Leidensgenossen, aus ihrer Sprachlosigkeit herauszukommen und zu sprechen, auch wenn es ihnen nicht erlaubt wird.

»Diese miserablen Lebensbedingungen, dies kommt im Film deutlich zum Ausdruck, sind nicht auf irgendeine 'höhere Macht' zurückzuführen, sondern sind Folge des herrschenden Systems, das einigen wenigen die Möglichkeit gibt, den allergrößten Teil des Reichtums an sich zu reißen. Gegen solche Zustände wehren sich die 'mineros' seit Jahrzehnten, und für den gleichen Kampf engagieren sich auch ihre Frauen... Die Frauen haben sich ihren Platz erobert, und es ist heute ganz selbstverständlich, daß sie, die ja in unvermindertem Maße die schlechten Lebensbedingungen ihrer Männer teilen, auf gleicher Ebene mit diesen kämpfen.«

Elisabeth Hausmann im Tages-Anzeiger (Zürich)

Domitila aus dem »20. Jahrhundert«, Dokumentar-Spielfilm (16 mm), Bundesrepublik 1979. Farbe - Magnetton - 85 min. Produktion: Sandkorn-Filmproduktion/Fernande Kauffmann, Ton: Christian Völker, Regieassistent: Klaus Schütt, Kamera und Regie: Michael Gregor. Verleih: 16 mm Magnettonkopie 1. Tag DM 200,00; jeder weitere Tag DM 80,00.

#### Wir suchen dringend Material über Frauen in BOLIVIEN!

- Entwicklung der Rolle der Frau seit der Inkazeit
- Entwicklungshilfe
- Frauen auf dem Lande
- Frauen und Widerstand
- Bevölkerungspolitik, usw.

Kontakt: Frauengruppe Bolivien  
c/o Liane Lieske, Schäferkampsallee 45,  
2000 Hamburg 6, Tel.: 040/410 48 41

ES IST ZEIT, UNSERE  
REVOLUTIONÄRE GESINNUNG  
ZU BEZEUGEN...



Texte von der bolivianischen Minenarbeitersfrau Domitila Chungara und von Frauen aus den Elendsvierteln von Lima

An CONADE im ZEF  
Pariserstr. 7  
8000 München 80  
Hiermit bestelle ich  
... Exemplar(e) des  
o. gen. Buches zum Preis  
DM 500 (einschl. Porto)  
Der Betrag von DM .....  
 Pschkto.Nr.2805 89-805  
Regina Mackowiak  
Postcheckamt München  
eingezahlt  
 wird gegen Rechnung  
bezahlt  
 ist in Briefmarken  
beigelegt

Name Adresse Unterschrift

... und sie  
fordern nur das  
Land und ihr Leben

Ein Interview  
mit zwei Priestern  
der "Guatemaltekischen  
Kirche im Exil". Mit einem  
Nachwort von Dorothee Sölle.

Zu beziehen bei:

Informationsstelle Guatemala  
Friedrichstr. 25  
8 000 München 40

Arias Gómez

# FARABUNDO MARTI

## VOLKSAUFSTAND IN EL SALVADOR

# 1932

Zu beziehen bei:

Informationsstelle El Salvador  
Kiliansplatz 5  
8 000 München 2

Magazin-Verlag  
Königsweg 7  
2300 Kiel 1

### Arbeiterbildung und Dritte Welt

Bedingungen entwicklungspolitischer  
Offentlichkeitsarbeit mit  
gewerkschaftlich organisierten Arbeitern  
Band 11  
Bilder der Studien zur Entwicklungssoziologie  
Bielefeld Studies on Sociology of Development  
Herausgegeben von / Edited by  
Prof. Dr. Hans-Dieter Evers  
Privatdozent Dr. Georg Elwert, Dr. Georg Slauth,  
Dr. Claudia von Werthof

Verlag breitenbach Publishers  
Saarbrücken - Fort Lauderdale 1981

Verbilligte Autorenenexem-  
plare (13,50 DM) bei:  
M. Bröckelmann, Pelargus-  
str.7, 7 Stgt.1, Tel.:  
0711/642252